



97. Sitzung

Mittwoch, 8. Oktober 2014

Vorsitzende: Präsidentin Carola Veit, Vizepräsidentin Barbara Duden, Vizepräsidentin Antje Möller,
Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg und Vizepräsidentin Kersten Artus

Inhalt:

Mitteilungen der Präsidentin

Gedenkworte zum Tode des Ehren-
bürgers der Freien und Hansestadt
Hamburg Siegfried Lenz 7229

Abwicklung der **Tagesordnung** 7229

**Regierungserklärung des Ersten
Bürgermeisters gemäß § 12 Ab-
satz 1 GO**
mit
Beratung gemäß § 12 Absatz 2 GO 7229

Olaf Scholz, Erster Bürgermeister 7229
Dietrich Wersich CDU 7233, 7253
Dr. Andreas Dressel SPD 7236
Jens Kerstan GRÜNE 7240
Katja Suding FDP 7243
Dora Heyenn DIE LINKE 7245
Dr. Walter Scheuerl fraktionslos 7248
Jan Balcke SPD 7248
Dr. Anjes Tjarks GRÜNE 7249
Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP 7250
Norbert Hackbusch DIE LINKE 7251
Dr. Kurt Duwe FDP 7253

Aktuelle Stunde 7254

CDU-Fraktion:

**In Hamburg wird es immer
dreckiger – der Senat schafft
den Ordnungsdienst ab und
lässt jetzt Müll beobachten**

Birgit Stöver CDU 7254, 7260
Dr. Monika Schaal SPD 7255, 7261
Martin Bill GRÜNE 7256, 7261
Carl-Edgar Jarchow FDP 7257
Christiane Schneider DIE LINKE 7258
Jutta Blankau, Senatorin 7258
Hjalmar Stemmann CDU 7261
Jörg Hamann CDU 7262
Heike Sudmann DIE LINKE 7262

GRÜNE Fraktion:

**Starrsinn ist hier fehl am Platz
– SPD muss die Betreuung in
den Kitas verbessern**

Christiane Blömeke GRÜNE 7263, 7269
Dr. Melanie Leonhard SPD 7264, 7270
Christoph de Vries CDU 7265, 7271
Finn-Ole Ritter FDP 7266, 7272
Mehmet Yildiz DIE LINKE 7267, 7272
Detlef Scheele, Senator 7267

FDP-Fraktion:

**Organisiertes Chaos und kein
Ende – SPD-Senat legt mit so-
genannter Busbeschleunigung**

nach dem Westen jetzt den Osten Hamburgs lahm		Olaf Duge GRÜNE Dr. Kurt Duwe FDP Heike Sudmann DIE LINKE	7276 7277 7278
(nicht behandelt wegen Redezeitablaufs)			
Fraktion DIE LINKE:		Beschlüsse	7279
Der Schiffsverkehr muss sauberer werden: Für die Anwohner, die Beschäftigten und die Umwelt!		Senatsmitteilung:	
(nicht behandelt wegen Redezeitablaufs)		Evaluationsbericht zur Fortführung der Hamburg Kreativ Gesellschaft mbH – Drs 20/13047 –	7279
SPD-Fraktion:		Beschluss	7279
Hamburg führt als erstes Bundesland Karenzzeit für Senatorinnen und Senatoren ein: klare Regelungen für alle Beteiligten und ein fairer, vernünftiger und verfassungskonformer Weg		Senatsantrag:	
(nicht behandelt wegen Redezeitablaufs)		Ausübung der Umbestelloption aus dem S-Bahn-Verkehrsvertrag und Stellungnahme des Senats zu dem Ersuchen der Bürgerschaft vom 27. Februar 2014 "Für ein gutes und leistungsfähiges S-Bahn-Netz: S4 nach Bad Oldesloe und S21 nach Kaltenkirchen kommen dazu" (Drucksache 20/10867) – Drs 20/13049 –	7279
Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:		Ole Thorben Buschhüter SPD Karl-Heinz Warnholz CDU Martin Bill GRÜNE Dr. Wieland Schinnenburg FDP Heike Sudmann DIE LINKE Martina Koeppen SPD	7279 7281 7281 7282, 7283 7283 7283
Wahl einer oder eines Deputierten der Finanzbehörde – Drs 20/13017 –	7273		
Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:			
Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt – Drs 20/13046 –	7273		
Ergebnis	7279	Beschluss	7284
Antrag der SPD-Fraktion:		Große Anfrage der CDU-Fraktion:	
Weiter für Verbesserungen im Mieterschutz eintreten – Mietpreisbremse für Hamburg zugänglich einführen! – Drs 20/13153 –	7273	Schulen in freier Trägerschaft als Bereicherung der Hamburger Schullandschaft – Drs 20/12845 –	7284
dazu		Karin Prien CDU Gerhard Lein SPD Dr. Stefanie von Berg GRÜNE Katja Suding FDP Dora Heyenn DIE LINKE	7284, 7289 7285, 7289 7286 7287 7288
Antrag der Fraktion DIE LINKE:		Beschluss	7289
"Mietpreisbremschen" wenigstens rechtzeitig in Hamburg umsetzen – Drs 20/13268 –	7273		
Dirk Kienscherf SPD Hans-Detlef Roock CDU	7273 7275	Antrag der GRÜNEN Fraktion:	

Holsten-Brauerei: Planwertgewinne zur Gestaltung des neuen Quartiers abschöpfen!		Antrag der CDU-Fraktion:	
– Drs 20/13154 –	7290	Keine Verlegung des bestehenden Radwegs in der Shanghai-allee (HafenCity)	
Beschluss	7290	– Drs 20/13166 –	7294
		zurückgenommen	7294
Antrag der FDP-Fraktion:		Bericht des Eingabenausschusses:	
Integriertes Gesamtkonzept zur Minderung von Hochwasserrisiken sowie zur Verbesserung ökologischer Bedingungen in Hamburger Gewässereinzugsgebieten		Eingaben	
– Drs 20/13164 –	7290	– Drs 20/13095 –	7294
dazu		Beschlüsse	7294
Antrag der SPD-Fraktion:		Sammelübersicht	7294
Aktionsplan "Anpassung an den Klimawandel" ist auf den Weg gebracht und wird umgesetzt – Sorgen im Zuge der Ausweisung von Überschwemmungsgebieten weiter ernst nehmen		Beschlüsse	7294
– Drs 20/13290 –	7290	Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:	
Dr. Kurt Duwe FDP	7290	Bürgerschaftliches Ersuchen vom 28. August 2013: "Langjährige Sozialbindungen auch in nachgefragten Stadtvierteln anbieten!" – Drs. 20/8958	
Anne Krischok SPD	7291	– Drs 20/13144 –	7294
Birgit Stöver CDU	7291	Beschluss	7294
Martin Bill GRÜNE	7292	Bericht des Ausschusses für Justiz, Datenschutz und Gleichstellung über die Drucksache 20/9559:	
Dora Heyenn DIE LINKE	7293	Entwurf eines Achten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über das Hamburgische Verfassungsgericht (Senatsantrag)	
Beschlüsse	7293	– Drs 20/13044 –	7294
Antrag der Fraktion DIE LINKE:		Beschlüsse	7294
Wohnen statt Unterbringen: endlich ein nachhaltiges Konzept auf den Weg bringen, das menschengerechtes Wohnen für alle zum Ziel hat		Antrag der SPD-Fraktion:	
– Drs 20/13161 –	7293	"Sanierungsfonds Hamburg 2020": Ausfinanzierung wichtiger Stadtteilprojekte im Bezirk Wandsbek (Get-to in Hohenhorst und BRAKULA in Bramfeld)	
dazu		– Drs 20/13151 –	7295
Antrag der GRÜNEN Fraktion:		Beschlüsse	7295
Schaffung einer unabhängigen Kommission für die öffentliche Unterbringung und die Zentrale Erstaufnahme			
– Drs 20/13275 –	7294		
vertagt auf den 5.11.2014	7294		

Antrag der SPD-Fraktion:

**WindEnergy Hamburg 2014 –
Rückenwind für den Cluster-
standort "Erneuerbare Energi-
en Hamburg"**

– Drs 20/13152 –

7295

dazu

dazu

Antrag der SPD-Fraktion:

**Aktenvorlageersuchen nach
Artikel 30 Hamburgische Ver-
fassung zur Einsichtnahme in
die Verträge zu JUS-IT**

– Drs 20/13273 –

7296

Antrag der GRÜNEN Fraktion:

**WindEnergy Hamburg 2014 –
berichten, ehe die Luft raus ist**

– Drs 20/13274 –

7295

Beschlüsse

7296

Beschlüsse

7295

Antrag der GRÜNEN Fraktion:

**Deputationen abschaffen –
Bürgerschaft durch Wissen-
schaftlichen Dienst und Bud-
getbüro stärken**

– Drs 20/13156 –

7295

Beschlüsse

7295

Antrag der FDP-Fraktion:

**Einhaltung der Schuldenbrem-
se sichern – automatische
Sanktionsmechanismen ein-
führen**

– Drs 20/13162 –

7295

Beschlüsse

7295

Antrag der FDP-Fraktion:

**Frühzeitige Beteiligung der Öff-
entlichkeit bei der Einrichtung
menschwürdiger Unterkünf-
te in der öffentlichen Unterbrin-
gung gewährleisten**

– Drs 20/13163 –

7296

Beschlüsse

7296

Antrag der Fraktionen der CDU,
GRÜNEN, FDP und LINKEN:

**Aktenvorlageersuchen nach
Artikel 30 Hamburgische Ver-
fassung zur Einsichtnahme in
die Verträge zu JUS-IT**

– Drs 20/13165 –

7296

Beginn: 15.01 Uhr

Präsidentin Carola Veit: Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist eröffnet.

Ich möchte Sie bitten, sich von Ihren Plätzen zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir trauern um unseren Ehrenbürger Siegfried Lenz, der gestern im Alter von 88 Jahren verstorben ist.

Er war ein Schriftsteller, der in unsere Lebenswelten förmlich hineintauchte und dabei unserer Gesellschaft einen Spiegel vorsetzte, aber niemals polemisch, sondern einfühlsam beobachtet, gestochen scharf skizziert und unausweichlich nahe. Mit seinem literarischen Werk hat er Zeitzugnisse geschaffen, die uns stets zum Nachdenken anregen. Geprägt von seinen Kriegserfahrungen hat er sich ein Leben lang für Freiheit, Demokratie und Aussöhnung eingesetzt. Sein Begriff von Politik und Geschichte, von Verstrickung und Verantwortung in der NS-Zeit war stets geprägt von einem Blick auf Menschen statt auf Theorien. Immer wieder hat Siegfried Lenz in seinen Romanen und Erzählungen, seinen Essays und Interviews den Finger in diese allgegenwärtige deutsche Wunde gelegt, seine Figuren in jenen komplexen Zusammenhang zwischen deutscher Gegenwart und deutscher Geschichte gestellt, zwischen Aufarbeitung und Verdrängung. Aus den Figuren seiner Werke spricht auch der Erzähler selbst, so wie bei seinen "Leuten aus Hamburg": der Künstler, für den Hamburg die einzige Stadt ist, die er liebt, oder die Lehrerin, die sich zu Menschenrechten, Bürgerstolz und Feinsinnigkeit bekennt und ihre Schüler zu Pionieren macht, die Brücken schlagen müssen über die Ströme der Unwissenheit.

Wir, die Abgeordneten der Hamburgischen Bürgerschaft, verneigen uns vor Siegfried Lenz und werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren. Er wird in seinem literarischen Vermächtnis weiterleben. Unser tiefes Mitgefühl gilt seiner Familie und seinen Angehörigen. – Ich danke Ihnen.

Meine Damen und Herren! Wir kommen nun zur **Regierungserklärung** des Ersten Bürgermeisters.

Der Präsident des Senats hat mich gebeten, ihm gemäß Paragraf 12 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung die Gelegenheit zu geben, vor Eintritt in die Tagesordnung eine Regierungserklärung zum Thema "Zum Stand der Fahrrinnenanpassung der Elbe" abzugeben. Die Fraktionen haben vereinbart, dass hierzu eine Beratung stattfinden soll. Dabei soll jeder Fraktion eine Redezeit von 20 Minuten und dem fraktionslosen Abgeordneten eine Redezeit von 5 Minuten zur Verfügung stehen.

Herr Bürgermeister, Sie haben das Wort.

Erster Bürgermeister Olaf Scholz: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das Bundesverwaltungsgericht hat bereits in der Überschrift seiner Pressemitteilung klar gemacht, worum es geht: "Elbvertiefung: Warten auf Luxemburg". Das Gericht will abwarten, was der Europäische Gerichtshof im Zusammenhang mit dem Ausbau der Weser zur Europäischen Wasserrahmenrichtlinie sagt. Wir haben anderes erhofft, und ich will nicht verbergen, dass ich wie viele, denen der Hamburger Hafen am Herzen liegt, enttäuscht bin.

Angesichts der erfreulichen Konjunktur im Hafen ist der weitere Zeitaufschub für die Beschäftigten und die Unternehmen gerade jetzt ein unwillkommenes Hindernis. In der ersten Hälfte dieses Jahres sind im Hafen mehr beladene Container umgeschlagen worden als jemals zuvor, trotz der bekannten Einschränkungen für Containerschiffe oberhalb einer bestimmten Größe, die selbst mit der Flut nur teilbeladen den Hamburger Hafen anlaufen können. Trotz dieses Handicaps wächst der Hafen und schafft neue, vielfach hochqualifizierte Arbeitsplätze, aber auch gute Arbeitsplätze für alle, die zupacken wollen. Verrinnende Zeit aber ist genau das, was der internationale Seehandel am wenigsten toleriert und was der Hamburger Hafen am wenigsten hat. Das Handicap ist dauerhaft nicht tragbar.

Hamburg ist an der Bille, Alster und Elbe entstanden. Ohne ihren großen Fluss, die Elbe, wäre Hamburg nicht die Stadt, die sie heute ist, und könnte sie es nicht länger sein: ein bedeutendes Logistikzentrum für das gesamte Nord- und Mitteleuropa. Jede und jeder hier weiß um die engen Beziehungen unseres Hafens zu allen Kontinenten und unzähligen Häfen in aller Welt, nicht zuletzt in Asien. Dass Hamburg auch weiter an seiner Lebensader und mit ihr wachsen kann, ist unverzichtbar für die Zukunft unserer Stadt und ihrer Bürgerinnen und Bürger.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Hanseatische Fairness gebietet uns dennoch, die Perspektive und den Beschluss des Bundesverwaltungsgerichts zu verstehen, nicht nur, weil ein Urteil gar nicht gesprochen worden ist. Das Bundesverwaltungsgericht hat eigene Gründe, auch im Hinblick auf künftige, ähnlich gelagerte Verfahren, die ganz Europa betreffen werden, Gründe dafür, dass es am Ende zu einem Urteil kommen will, das auf sicheren Pfählen gegründet ist und das künftigen Klagefluten trotzen kann. Die Stadt Hamburg respektiert das und wird das ihre zur noch besseren Klärung der wenigen offenen fachlichen Fragen beitragen. Ich bin zuversichtlich, dass die Behörden die gerichtlichen Anforderungen beantworten werden und sich das wiederaufzunehmende Verfahren beim Bundesverwaltungsgericht allein auf die verbliebenen sechs Monita beschränken wird, während der gesamte

(Erster Bürgermeister Olaf Scholz)

übrige Teil des Planfeststellungsbeschlusses jetzt sicher ist. Das hat das Bundesverwaltungsgericht nämlich auch deutlich gemacht.

(Beifall bei der SPD)

Übrigens ist, ungeachtet der immer wieder beklagten übermäßig langen Dauer von Planungsverfahren in Deutschland, mit Sicherheit noch kein anderes deutsches Infrastrukturprojekt so eingehend auf die Umweltauswirkungen untersucht worden wie dieses. Auf mehr als 6600 Seiten kommen alle denkbaren Umweltauswirkungen gutachterlich zur Sprache. Die schiere Fülle an Karten und Abbildungen ist nur ein äußerer Beleg. Das Gericht hat von all dem nur einzelne Bereiche beanstandet, die bei einer solchen Zählung vielleicht gerade einmal 100 Seiten ausmachen. Nicht von ungefähr muss das Ausbauvorhaben als solches weder geändert noch ergänzt werden, sondern es bleibt, das wissen wir nach aller Voraussicht schon jetzt, auch nach der Gerichtsentscheidung unbeanstandet.

Das Verfahren ist hoch komplex. Mit der Planung einer Fahrrinnenanpassung der Unter- und Außenelbe für 14,5 Meter tief gehende Containerschiffe wurde bereits im Jahre 2004 mit dem Planfeststellungsverfahren 2007 begonnen. 2012 ist der Planfeststellungsbeschluss der zuständigen Bundesbehörde, der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes und ihrer WSD Nord, und der für den Hamburger Abschnitt zuständigen Hamburger Planungsbehörde, der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation, ergangen. Zuvor hatte die Europäische Kommission ebenso zugestimmt wie die Anrainerländer Niedersachsen, Schleswig-Holstein und ja auch Hamburg.

Gegen den Planfeststellungsbeschluss haben BUND und NABU mit Unterstützung des WWF geklagt. Ähnlich war es schon bei früheren Elbvertiefungen. Neu war und ist, dass jetzt für das Verfahren nur noch eine Instanz, nämlich das Bundesverwaltungsgericht, zuständig ist. Das ist das Ergebnis einer dringend notwendigen Beschleunigung von Infrastrukturvorhaben. Bei früheren Elbvertiefungen mussten viele Jahre für den Instanzenweg vom Verwaltungs- über das Oberverwaltungs- und das Bundesverwaltungsgericht einkalkuliert werden. Deshalb wurden Maßnahmen oft schon vollzogen, während das ordentliche Verfahren noch lief. Das ist oft kritisiert worden. Ein hochkomplexes Verfahren, bei dem nun alles in einer Instanz geklärt werden muss, ersetzt das frühere Vorgehen. Das ist gut, macht aber nichts leichter.

Ich danke im Namen der Stadt sehr ausdrücklich den Planungsbehörden des Bundes und des Landes Hamburg. Bei zahlreichen Fragen waren Untersuchungen zu beauftragen und Entscheidungen zu treffen, die sich nicht unmittelbar aus dem Gesetzestext und aus der Fachliteratur ergeben. Deshalb ist es etwas Besonderes, dass das Bundes-

verwaltungsgericht Folgendes festgehalten hat: dass nach der vorläufigen Einschätzung die Planfeststellungsbeschlüsse im Bereich der FFH- und der Umweltverträglichkeitsprüfung an einzelnen naturschutzfachlichen Mängeln litten, die, so heißt es ausdrücklich, behebbar seien und weder einzeln noch in ihrer Summe zur Aufhebung der Planfeststellungsbeschlüsse führen – weder einzeln noch in ihrer Summe. Daran ändert sich auch nichts dadurch, dass das Gericht weitere Vorgaben gemacht hat und weitere Untersuchungen verlangt.

Und an noch etwas hat das Gericht keinen Zweifel gelassen, an der Notwendigkeit der Elbvertiefung als solcher. Wenn die Fahrrinnenanpassung nicht stattfinden kann, hat das Folgen für die Wirtschaft Mittel- und Osteuropas, Deutschlands und natürlich für die hier im Norden und ganz besonders für den Hamburger Hafen. Diese Meinung hatte schon die EU-Kommission. Darauf komme ich noch zurück.

Mein Dank aber schließt die Vertreter der Bundesregierung ein, die für die wesentliche Planungsbehörde, nämlich die Wasser- und Schifffahrtsdirektion Nord, zuständig sind. Kritik an ihnen, nämlich den Bundesministern Manfred Stolpe, Wolfgang Tiefensee, Peter Ramsauer und jetzt Alexander Dobrindt, wäre unberechtigt.

(Beifall bei der SPD)

Das gilt übrigens auch für diejenigen, die seit Beginn das Verfahren in Hamburg begleiten: als Wirtschaftssenatoren Gunnar Uldall, Axel Gedaschko und Ian Karan und jetzt Frank Horch, oder die Bürgermeister wie auch meine Vorgänger Ole von Beust und Christoph Ahlhaus.

Meine Damen und Herren!

"Heute dies, morgen jenes zu tun, morgens zu jagen, nachmittags zu fischen, [...] nach dem Essen zu kritisieren, wie ich gerade Lust habe [...]"

– ein schöner Traum war das immer und wird es immer bleiben, auch in heutiger Zeit, da die meisten Elbfische längst wieder essbar sind. Natürlich wusste der Urheber dieses Zitats, dass "kritisieren" aus dem Griechischen kommt und "unterscheiden" bedeutet.

Unterscheiden wir also, was das Bundesverwaltungsgericht zur Wasserrahmenrichtlinie gesagt und gefragt hat und was nicht. Machen Sie sich auf ein etwas längeres und nicht ganz einfaches Zitat gefasst.

"Klärungsbedürftig ist, ob das sogenannte Verschlechterungsverbot eine bloße Zielvorgabe für die Bewirtschaftungsplanung der Gewässer darstellt oder ob die Zulassung eines Projekts grundsätzlich zu versagen ist, wenn es eine Verschlechterung des Gewäs-

(Erster Bürgermeister Olaf Scholz)

serzustands verursachen kann (Frage 1), unter welchen Voraussetzungen von einer 'Verschlechterung des Zustands' auszugehen ist (Fragen 2 und 3) und welche Bedeutung dem sogenannten Verbesserungsgebot neben dem Verschlechterungsverbot zukommt (Frage 4). Die Fragen sind entscheidungserheblich, da die von der Wasser- und Schifffahrsdirektion vorsorglich zugelassene Ausnahme vom Verschlechterungsverbot nicht auf einer hinreichenden Tatsachenermittlung und -bewertung beruht, und sie eine eigenständige Bedeutung des Verbesserungsgebots für die Zulassung der Vorhaben verneint hat."

Soweit das Zitat.

Die genannten vier Fragen hat das Bundesverwaltungsgericht bereits vor einem Jahr dem EuGH gestellt – es ging um die Weservertiefung –, und die Antworten zu formulieren, scheint nicht ganz so einfach zu sein. Das sind jedenfalls die Worte, um die Fragen geht es, und wer jetzt behauptet, er oder sie haben das auf Anhieb verstanden, ist Parlamentarier des Tages.

(Beifall bei der SPD)

Leider, und das ist der Punkt, können wir zu dieser Thematik offenbar nicht auf eine ständige Rechtsprechung, 200 Seiten stark und leicht verständlich, zurückgreifen. Nein, sondern es wird, sozusagen, gerade an Seite 1 formuliert.

Die Europäische Wasserrahmenrichtlinie und das bundesdeutsche Wasserhaushaltsgesetz verbieten prinzipiell jede Verschlechterung der Gewässer. Fachlich umstritten ist, ab wann eine Verschlechterung als solche definiert werden muss. Geht es um Zustandsklassen und den etwaigen Abstieg in eine schlechtere? Oder geht es um jede Veränderung gegenüber dem vorherigen Zustand im Sinne jeder messbaren Qualitätsminderung? Um diese Frage, marginal wie sie auf den ersten Blick scheinen mag, geht es, und das nicht nur jetzt und nicht nur an der Elbe.

Liegt eine – wie auch immer definierte und festgestellte – Verschlechterung vor, darf ein Vorhaben auch dann ausnahmsweise genehmigt werden, wenn besonders gewichtige öffentliche Interessen eine Ausnahme rechtfertigen. Im vorliegenden Fall haben die Planfeststellungsbehörden nach einer vorsorglichen Prüfung hilfsweise, wie die Juristen sagen, eine Verschlechterung unterstellt, dann aber in Anerkennung der Allgemeinwohlinteressen, die mit einer Elbvertiefung verbunden sind, eine solche Ausnahme gestattet. Damit haben sie aus meiner Sicht verschiedene Szenarien ausgeleuchtet und auch gut gearbeitet.

An den Gründen, die eine Ausnahme vom Verschlechterungsverbot rechtfertigen – also am Ausbaubedarf, an der Schiffsgrößenentwicklung, an

den Arbeitsmarkteffekten und anderen Parametern –, hat das Gericht ausdrücklich keine Zweifel. Da es aber bislang noch keine anerkannte Standardmethode zur Bestimmung einer Verschlechterung gebe, sei dennoch die Auslegung durch den EuGH abzuwarten.

Zu einem anderen Punkt. In einer fünftägigen mündlichen Verhandlung im Juli 2014 ist alles auf den Tisch gekommen, ganz wörtlich zu nehmen: Gutachten der Bundesanstalt für Wasserbau zu den Auswirkungen des Vorhabens auf die Tidewasserstände, die Strömungsgeschwindigkeiten und die Sedimentationsraten, ferner der Verkehrsbedarf und die alternativen Prüfungen sowie die Frage, welche geschützten Tier- und Pflanzenarten in welcher Weise zu befassen wären, wenn sie denn selbst mitreden dürften. Ich habe das Ergebnis schon zitiert: Weder einzeln noch in der Summe führen die Monita zur Aufhebung der Planfeststellungsbeschlüsse.

Meine Damen und Herren! Die anstehende Entscheidung des EuGH zur Auslegung der Wasserrahmenrichtlinie hat, wie leicht erkennbar ist, eine ökologische und eine industriepolitische Dimension. Ohne jeden Zweifel muss ein Planfeststellungsbeschluss so ausgerichtet sein, dass die Umweltverträglichkeit gewährleistet ist. Reden wir also davon, gern auch einmal mit dem größeren Ganzen im Blick. In der "ZEIT" hat Frank Drieschner ausgerechnet, dass rund um ein fiktives Hamburg des Jahres 2025 ohne Elbvertiefung, das aus diesem Grund Teile seines Container- und überhaupt Güterumschlags an andere Häfen abgegeben hätte, im norddeutschen Raum plus Rotterdam pro Jahr eine halbe Million Tonnen CO₂-Ausstoß pro Jahr zusätzlich entstünde, wohlgemerkt per saldo, denn die Einsparung in Hamburg sowie stromauf- und -abwärts hat er eingerechnet. Und weil die Zahl eine halbe Million Tonnen den meisten nichts sagt, fügt er hinzu, das entspräche drei Milliarden zusätzlich gefahrenen Kilometern im privaten Autoverkehr.

Nun bin ich durchaus skeptisch gegenüber Modellrechnungen, seit ich weiß – und führende Klimaforscher wie auch Statistiker es bestätigen –, dass Unsicherheitsfaktoren und Variabilitäten leicht unterschätzt werden. Dennoch ist es eine beeindruckende Vorstellung – und keine angenehme –, dass Bayern, Österreich und die Tschechische Republik von ihren guten Schienenverbindungen nach Hamburg abweichen müssten, und Polen, ein wichtiger Handelspartner Hamburgs, Lkws in enorm steigender Zahl quer durch Deutschland in Richtung von Häfen außerhalb unseres Landes schicken würde, nicht zu vergessen Hamburg selbst, das Teile seiner eigenen Versorgung und der der Metropolregion ebenfalls von weiter her über Land zu transportieren hätte.

(Erster Bürgermeister Olaf Scholz)

So viel zu denjenigen, meine Damen und Herren, die der Meinung sind und sie uns auch hier in der Bürgerschaft einreden wollen, dass eine ausbleibende Fahrrinnenanpassung nichts schade, aber viel nütze. Es sind nicht alle Ecken rund, auch nicht im Umweltschutz.

(Beifall bei der SPD und bei Karin Prien CDU)

Die Geschichte aber lehrt, dass die Industrialisierung in Deutschland und Europa sehr viel mit Wasser und Wasserwegen zu tun hat. In durchaus dialektischer Weise, denn Flüsse, große Flüsse zumal, waren und sind immer alles: Verkehrswege für Binnen- und Seeschiffe und Verkehrshindernisse für andere Fahrzeuge, Orte der Erholung – auf dem Wasser und entlang der Ufer –, Quellen des Brot- und Fischerwerbs und, gerade auch in Hamburg in der frühindustriellen Zeit, Vorfluter für Trübes.

Flüsse sind ein einzigartiger Lebensraum für Flora und Fauna, an manchen Stellen von hoher ökologischer Bedeutung, und sie erinnern an Sturmfluten und die Verpflichtung, diesen vorzubeugen. Dieser Dialektik und dem Zwang, uns damit auseinanderzusetzen, entkommen wir nicht.

Die meisten wirtschaftlich erfolgreichen Standorte liegen am Wasser, die einen näher am Meer, die anderen, wie Hamburg, weiter entfernt. Hamburgs Wohlstand und seine ökonomische Stärke beruht letztlich auf seiner Lage am Wasser, und wir sind in der Pflicht, das nicht zu gefährden.

(Beifall bei der SPD)

"Am Hamburger Hafen [...]"

– das mahnt mit Recht auch Uwe Polkaehn für den Deutschen Gewerkschaftsbund –

"hängen Hunderttausende von Arbeitsplätzen in der gesamten Region. Angesichts der Gütertransporte auf der Straße hat der Ausbau der Wasserwege auch eine wichtige ökologische Dimension. [...] Stillstand wäre nicht gut für den Norden."

(Beifall bei der SPD)

Dem stimme ich zu. Der Hamburger Senat hat alles getan und wird alles tun, um eine Realisierung der Fahrrinnenanpassung so schnell wie noch möglich zu erreichen. Wir müssen aber auch sehen, dass mit der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs zur Auslegung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie über viele entschieden wird, weit über Hamburg hinaus – über die wirtschaftliche Stärke Hamburgs und die anderer Wirtschaftszentren in Deutschland und in Europa, die am Wasser liegen. Die Weser wird insofern ein Präzedenzfall für die ganze Europäische Union.

Wir müssen die Angelegenheit also richtig einordnen. Es geht um eine schicksalhafte Entscheidung

des Europäischen Gerichtshofs für ganz Europa. Die rechtlichen Grundsätze, die er aus den wenigen Sätzen der Wasserrahmenrichtlinie ableitet, werden überall in Deutschland und Europa Konsequenzen haben. Europas Städte und Kultur, die Industrialisierung und der Handel sind mit und an den Flüssen entstanden. In Deutschland sind schon jetzt viele Flüsse von dieser Frage berührt. Ein Stillstand der Entwicklungsmöglichkeiten würde mit einer jahrtausendealten Entwicklung brechen. Sollte am Ende die Auslegung die sein, dass alle Projekte gegen das Verschlechterungsverbot verstießen, die auch nur marginale Folgen für die Wasserqualität nach sich ziehen könnten, dann wären zahlreiche Infrastrukturvorhaben in allen Mitgliedsländern betroffen. Das führte nicht nur zu einem unverhältnismäßigen Planungs- und Untersuchungsaufwand inklusive Verlängerung und Verteuerung aller Genehmigungsprozesse, sondern es ergäben sich ernstliche Risiken, letztlich auch für ständig notwendige Unterhaltungs- und Hochwasserschutzmaßnahmen. Und sogar für umweltpolitisch eigentlich erwünschte Verkehrskonzepte wie etwa das sehr zu unterstützende, wenngleich am Ende einer Rede zungenbrecherische Short Sea Shipping Program.

Wir werden intelligente Lösungen suchen und finden müssen. Ich will die französische Lösung nicht verschweigen. Dort ist offenbar die vorhin angesprochene Zustandsklassentheorie ins eigene nationale Umsetzungsgesetz – das auf Französisch hoffentlich einen eleganteren Namen hat – hineingeschrieben worden. Vielleicht müssen wir hin und wieder gemeinsam in Europa und mit der Bundesregierung überlegen, wie wir europäische Vorgänge jeweils national implementieren.

Meine Damen und Herren! Nicht nur für die eigene Konkurrenzfähigkeit, nein, auch als entschiedene Europäer, die wir sind, müssen wir aufpassen, dass wir mit der Anwendung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie den Fisch nicht mit dem Wasser ausschütten. Es darf nicht so weit gehen, dass die Auslegung einer europäischen Umweltrichtlinie für Standorte am Wasser in Deutschland und Europa bedeutet, dass die Industrie dort generell gefährdet ist.

(Beifall bei der SPD)

Vielmehr müssen wir eine Debatte in Deutschland und in Europa darüber führen, wie wir ökologischen Schutz und wirtschaftliches Wachstum in ein Gleichgewicht bringen. Wir können es uns in Zeiten der Globalisierung nicht leisten, bei wichtigen Infrastrukturentscheidungen unnötig Zeit zu verlieren. Damit verhindern wir Investitionen in Standorte in Deutschland und in Europa. Vielen Dank dafür, dass Sie alle das nicht wirklich wollen.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort bekommt Herr Wersich von der CDU-Fraktion.

Dietrich Wersich CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Anspruch und Wirklichkeit in der Hafenspolitik klafften noch nie so weit auseinander wie beim derzeitigen regierenden SPD-Senat.

(Beifall bei der CDU und bei *Jens Kerstan* und *Dr. Anjes Tjarks*, beide GRÜNE)

Da hilft auch nicht die Flucht in die große Philosophie des Wassers. Es geht nicht um ewige Menschheitsfragen und es geht nicht um den Untergang des Abendlandes, es geht um das Hier und Jetzt. Es geht um Ihre konkrete Politik für die Menschen in Hamburg und für den Hamburger Hafen.

(Beifall bei der CDU)

Und diese Wirklichkeit sieht anders aus. Es war schon ein denkbar schlechter Start. Erinnern wir uns: Das Hafenenwicklungskonzept der Vorgängerregierung war vorlagefertig. Der neue Senat hat das erst einmal zurückgezogen und anderthalb Jahre gebraucht, um ein Hafenenwicklungspapier vorzulegen, was dann unsinnige Kapazitätsmengen fortgeschrieben hat zu einem Zeitpunkt, wo jeder wusste, das stimmt nicht mehr. Der erste Schritt zur Umsetzung dieses Hafenenwicklungspapiers war es, dass entgegen der dort festgelegten Planung ein Kreuzfahrtterminal am Kronprinzkaai geplant worden ist. Das war die Wirklichkeit, mit der Sie misslungen in die Hafenspolitik gestartet sind.

(Beifall bei der CDU)

Die Wirklichkeit ist auch, dass viele Probleme rund um die andauernde maritime Krise ungelöst sind. Wir alle kennen den markigen Spruch im Zusammenhang mit Hapag-Lloyd: I want my money back. Die Einlösung dieses Versprechens steht in den Sternen. Wir haben erlebt, Stichwort HSH Nordbank, wie sich der Erste Bürgermeister erst als Retter des neuen Konzepts in Brüssel hat feiern lassen, und es dann hinterher eine vorschnelle Rücknahme der Garantie gab, die eilig nachgebessert werden musste. Nein, auch die Probleme im maritimen Cluster unserer Stadt sind ungelöst.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Und wie sieht die Wirklichkeit im Hafen aus?

(*Sylvia Wowretzko SPD:* Die Elbphilharmonie liegt auch an der Elbe!)

Täglich Verkehrs- und Stauchoas. Die Hafenswirtschaft und die Hafenspediteure sind auf Zinne, weil sie schlecht informiert werden und weil sie nicht rechtzeitig einbezogen werden, wenn es um die Bauvorhaben rund um die Straßen des Hafens

geht. Das ist die Wirklichkeit: Stauchoas im Hamburger Hafen.

(Beifall bei der CDU)

Die Wirklichkeit sind auch massive Abfertigungsprobleme bei der HHLA, und das zuzeiten des Normalbetriebs. Wir haben noch gar nicht dieses gesteigerte Aufkommen, und trotzdem stauten sich während der Fußball-Weltmeisterschaft die Schienenfahrzeuge bis in den Süden der Republik.

(Zuruf von der SPD: Thema! – *Dirk Kienscherf SPD:* Wovon reden Sie eigentlich? Das ist eine Sauerei, was Sie da machen!)

– Ich kann verstehen, wenn Sie Probleme mit der Wirklichkeit Ihrer Hafenspolitik haben,

(Beifall bei der CDU und den GRÜNEN – *Dirk Kienscherf SPD:* Sie haben Probleme mit dem Thema!)

aber das ist der richtige Ort und das ist der richtige Zeitpunkt, um diese Probleme nach einer Regierungserklärung zum Hamburger Hafen zu besprechen. Das müssen Sie schon noch ertragen.

(Beifall bei der CDU – *Dirk Kienscherf SPD:* Fahrrinnenanpassung steht hier!)

Ich kann Ihnen die Wirklichkeit nicht ersparen.

Noch einmal zur HHLA. Ich finde, das Informationsverhalten der HHLA ist inakzeptabel. Wir haben mehrere Schriftliche Kleine Anfragen gestellt, in denen der Senat als Anteilseigner weitergeben lässt, die HHLA werde die Fragen im Rahmen der Jahreshauptversammlung beantworten. Meine Damen und Herren, ich bin gespannt auf die dicke Drucksache, die wir nach der Jahreshauptversammlung der HHLA bekommen werden, in der dann all unsere offenen Fragen beantwortet werden. Diese Form, auf Auskunftersuchen der Bürgerschaft zu reagieren, ist inakzeptabel.

(Beifall bei der CDU und den GRÜNEN – *Wolfgang Rose SPD:* Sie wollten doch die HHLA ganz verkaufen!)

Die Wirklichkeit zeigt, dass auch der Hafen unsolid finanziert ist.

(Zurufe von der SPD – Glocke)

Sie kündigen seit vier Jahren an,

(*Dirk Kienscherf SPD:* Reden Sie doch mal zum Thema!)

dass Sie die Hafensinvestitionen auf gesunde Beine stellen wollen. Fakt ist, die gesamte Legislaturperiode über bis heute haben Sie weiter die HHLA-Milliarde zur Finanzierung verwendet, keinen zusätzlichen Euro. Was Sie nun für die nächste Legislaturperiode vorgelegt haben, ist mit 100 Millionen Euro allerdings viel zu wenig, um die tatsächlichen Investitionsvorhaben im Hafen zu finanzieren. Das sind Luftankündigungen, die nicht ausreichen. Alle

(Dietrich Wersich)

Experten und der Senat selbst sprechen von einer Finanzierungslücke von 300 bis 400 Millionen Euro. 100 Millionen Euro sind nicht ausreichend. Das ist die Wirklichkeit Ihrer Hafeninvestitionsfinanzierungspolitik.

(Beifall bei der CDU – Zuruf von *Arno Münster SPD*)

Nach dieser Reihe von wirklich schwerwiegenden Problemen mit dem Hafen kommt nun noch die Verzögerung bei der Elbvertiefung dazu.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Ah! Die Elbvertiefung!)

Das ist ein Desaster für den Hamburger Hafen und für unsere gesamte Wirtschaft. In einer der wichtigsten Fragen seiner Amtszeit hat Olaf Scholz das Versprechen vom ordentlichen Regieren nicht halten können.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der FDP)

Es ist nicht die böse Opposition,

(Zurufe von der SPD: Oh!)

sondern Olaf Scholz selbst, der die Messlatte, die er nun reißt, so hoch gelegt hat. Erinnern wir uns doch einmal. Im Wahlkampf, Januar 2011, tönnte Olaf Scholz in einem Interview im Schleswig-Holsteinischen Zeitungsverlag zur Elbvertiefung:

"Bisher ist das Thema nicht mit dem nötigen Nachdruck vorangetrieben worden."

(Beifall bei der SPD – *Arno Münster SPD*: Treten Sie doch mal den Gegenbeweis an!)

– Es freut mich, dass Sie erkennen, dass man das heute auch noch sagen könnte.

Gegenüber "ZAMAN" sagte er:

"Die Elbvertiefung muss kommen. Es ist traurig, wie wenig Energie der bisherige Senat in dieses Projekt investiert hat."

(Beifall bei der SPD)

"Ich werde die Elbvertiefung ganz energisch vorantreiben."

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Richtig! – *Arno Münster SPD*: Das hat er auch gemacht!)

Es ging weiter. Nach der Regierungsübernahme wurden die Versprechungen immer konkreter. Im Oktober 2011 sagte er, dass es demnächst eine Entscheidung aus Brüssel geben werde. Spätestens Anfang 2012 könne mit den Baggerarbeiten begonnen werden.

Im März 2012 sagte er der "Welt":

"Wir sind weiter als wir je waren. Sobald der endgültige Planfeststellungsbeschluss der Wasser- und Schifffahrtsdirektion in Kiel vorliegt, kann losgebaut werden."

Dann hat das Verwaltungsgericht stopp gesagt.

(Zuruf von *Juliane Timmermann SPD*)

Daraufhin hat Olaf Scholz hier vor der Bürgerschaft gesagt:

"Wir haben dabei eine ganze Reihe von Umweltrisiken sehr wohl berücksichtigt und viele Maßnahmen vorgesehen. Deshalb sind wir auch optimistisch, dass wir vor dem Bundesverwaltungsgericht am Ende gemeinsam Erfolg haben werden."

(Beifall bei der SPD)

"Deshalb habe ich die Hoffnung, [...] dass sie schnell entscheiden."

(*Arno Münster SPD*: Da sind 80 Millionen Euro vorgesehen, 80 Millionen!)

Als Ende 2012 noch keine Entscheidung vorlag, sagte er beim Kuratorendinner:

"Und jetzt hat das Bundesverwaltungsgericht gesagt: 'Wir sind stark genug, in der Hauptsache zu entscheiden. Und wir machen es auch einigermaßen zügig.' – so mein Eindruck. Ich bin nicht sehr besorgt, was diese derzeit noch offene Frage betrifft."

Solche Zitate und viele Formulierungen wie "es ist alles mit großem Engagement getan worden" ziehen sich durch all die Jahre. Wirtschaftssenator Horch sagte zum Prozessaufakt am 15. Juli noch:

"Ich habe ein gutes Gefühl. Denn wir haben alles für einen positiven Ausgang getan."

(Beifall bei der SPD – *Wolfgang Rose SPD*: Tolle Rede!)

– Ich frage mich angesichts des Applauses, ob die SPD-Fraktion diese Entscheidung überhaupt mitbekommen hat.

(Beifall bei der CDU und den GRÜNEN)

Mitnichten ist so entschieden worden, das Gericht hat anders entschieden. Die Elbvertiefung liegt auf Eis, und jetzt tun der Bürgermeister und die SPD so, als wären sie Opfer höherer Mächte.

(*Juliane Timmermann SPD*: Die haben richtig entschieden! Es gibt noch keine Entscheidung!)

Wer die Erklärung des Gerichts liest – so viel Zeit sollten Sie sich nehmen –, findet dort die Antwort. Der Beschluss kritisiert ausdrücklich, dass die im Oktober 2013 und während der mündlichen Verhandlungen im Juli dieses Jahres noch nachgebesserten Vorlagen nicht tragfähig sind. Nach Auffassung des Gerichts hätten die angewandten Kriterien für die Bewertung der unterstellten Verschlechterung des Gewässerzustands im Ergänzungsbeschluss definiert und ihr fachlich untersetzter Sinngehalt nachvollziehbar dargelegt werden

(Dietrich Wersich)

müssen. Das ist nicht hinreichend geschehen. Auf Deutsch:

(Dr. Andreas Dressel SPD: Die Bundesminister haben wieder Mist gebaut! – Juliane Timmermann SPD: Das war Deutsch!)

Die Planungsbehörden haben Beurteilungskriterien angewendet, die weder fachlich begründet noch sinnvoll waren. Das ist ein nicht wegzudiskutierender Mangel Ihrer Planung, Herr Bürgermeister.

(Beifall bei der CDU und bei Jens Kerstan GRÜNE)

Die hochmütige Kritik von Olaf Scholz gegenüber den Vorgängersenen und die vollmundigen Ankündigungen zum schnellen Start der Elbvertiefung entbehren jeder Grundlage und wenden sich nun gegen den Bürgermeister selbst. Das kann er heute auch nicht heilen, wenn er nach vier Jahren Gunnar Uldall, Ole von Beust und anderen nachträglich ein Lob ausspricht. Wenn Sie vier Jahre lang gesagt haben, der Vorgängersenat hätte an dieser Stelle versagt, dann war das heute an Erkenntnis zu wenig, Herr Bürgermeister.

(Beifall bei der CDU)

Abgesehen davon, dass Sie das Ihrer Fraktion vielleicht noch einmal aufschreiben sollten, damit das auch dort ankommt und sie nicht immer an den falschen Stellen klatschen.

(Beifall bei der CDU und den GRÜNEN – Wolfgang Rose SPD: Nun mal nicht so arrogant! – Juliane Timmermann SPD: Gut, dass wir Sie haben, Herr Wersich!)

Meine Damen und Herren! Diese fortgesetzten Ankündigungen des Senats haben nicht nur wirtschaftlichen Schaden verursacht, sondern sie haben auch die Glaubwürdigkeit dieses Senats und der Stadt Hamburg in der ganzen Welt beschädigt,

(Barbara Nittruch SPD: Das ist eine Beleidigung!)

und Vertrauen und Glaubwürdigkeit sind das höchste Gut des hanseatischen Kaufmanns. Herr Scholz, Sie sind heute die Antwort schuldig geblieben, wie Sie dieses Vertrauen in Ihre Person, aber auch in das Handeln unserer Stadt wieder herstellen wollen. Unser Hafen ist das Herz der Hamburger Wirtschaft. Der Hafen hat Hamburg zum Tor zur Welt gemacht. Dieses Tor dürfen wir uns von niemandem zuschlagen lassen, nicht von Umweltverbänden, aber auch nicht von einer phantasielosen SPD, die nicht weiß, wie sie den Hafen weiterentwickeln soll.

(Beifall bei der CDU)

Es geht um nichts weniger als um die Frage, ob Hamburg ein Welthafen bleibt oder ob wir in die Regionalliga absteigen.

(Dirk Kienscherf SPD: Sie sind schon Regionalliga, Herr Wersich!)

Die Elbvertiefung ist notwendig, sie muss kommen, aber ich warne auch vor dem Irrtum zu glauben, damit sei dann alles getan. Das ist nicht so. Wir müssen auf vielen Ebenen handeln, um die Attraktivität und wirtschaftliche Bedeutung des Hamburger Hafens zu sichern. Deutschland ist als Exportnation darauf angewiesen, dass wir ein hochleistungsfähiges System von See- und Binnenhäfen in Verbindung mit einer guten wasser- und landseitigen Anbindung haben. Der Hamburger Hafen als größter deutscher Seehafen hat dabei eine Schlüsselrolle für die gesamte Volkswirtschaft der Bundesrepublik. Deshalb sehe ich in zehn Punkten dringenden Handlungsbedarf. Das sind die Forderungen der CDU, was Hamburg jetzt braucht.

(Zuruf von Dr. Andreas Dressel SPD)

– Lieber Herr Dressel, auch das gehört zur demokratischen Kultur, dass eine mit absoluter Mehrheit regierende Fraktion ertragen kann, dass andere Fraktionen ihre Meinung vortragen.

(Beifall bei der CDU, den GRÜNEN und einzeln bei der FDP – Zurufe aus dem Plenum)

– Ich weiß, Sie sind unschuldig und Sie haben keinen Einfluss auf Ihre Fraktion.

Erstens: Die vom Gericht angemahnten Mängel im Planverfahren müssen beseitigt werden, und es müssen alle Vorbereitungen inklusive der Sicherstellung der Finanzierung getroffen werden, sodass, wenn hoffentlich das Gerichtsverfahren positiv ausgeht, sofort mit den Arbeiten begonnen werden kann.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Haken drunter!)

Zweitens: Wir brauchen darüber hinaus jetzt eine schonungslose Analyse der Kapazitäten und der Engpässe im Hamburger Hafen, denn es ist nicht nur die Elbvertiefung, sondern – wir haben es erlebt – es gibt viele andere Engpässe in der see- und landseitigen Anbindung. Es nützt nichts, wenn wir an der Kaikante 20 Millionen Container umschlagen können, die aber weder in den Hafen hinein- noch hinauskommen können. Diese aktualisierte Analyse muss Grundlage für ein Prioritätenkonzept für den Hamburger Hafen werden.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Liegt vor, Haken drunter!)

Drittens: Wir brauchen ein Port Traffic Center, das mit moderner Telematik die Verkehre im Hafen bündelt und lenkt, damit wir die bestehende Infrastruktur besser ausnutzen können.

Viertens: Wir brauchen den Abschluss des Masterplans Wasserstraßen für den Hamburger Hafen, und wir brauchen einen Ausbau der Binnenschiff-

(Dietrich Wersich)

fahrt, weil das die ökologischste Form ist, Waren weiter zu transportieren.

Fünftens: Wir müssen die Finanzierungslücke im Hafenausbau schließen. Wir brauchen 150 Millionen Euro jährlich aus dem Hamburger Haushalt, um die Vorhaben zu finanzieren.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Und wo kommen die 50 Millionen Euro her?)

Sechstens: Wir brauchen die zügige Realisierung des 600-Meter-Drehkreises am Parkhafen und folgend die Westerweiterung unseres Hafens.

Siebtens: Beim CTS, dem Containerterminal Steinwerder, geht es nicht primär um Container. Dieser Bereich ist ideal für einen Universalhafen mit Branchenmix. Dort kann produziert werden, dort kann montiert werden, dort kann Logistik stattfinden. Die Flächen könnten zukunftssträchtigen Unternehmen, zum Beispiel im Bereich der erneuerbaren Energien und Speichertechnik, und für die Verladung von Spezialladung zur Verfügung gestellt werden.

Achtens: In zehn Jahren muss die südliche Hafenspanne, die Verbindung zwischen der A 1 und der A 7, vollendet werden.

Neuntens: Wir brauchen eine norddeutsche Kooperation der Häfen. Wir haben dazu den Vorschlag gemacht, einen Koordinierungskreis Häfen zu bilden,

(Dr. Andreas Dressel SPD: Wer ist aus Wilhelmshaven ausgestiegen?)

um die Effizienz, die spezifische Funktionsaufteilung, das gemeinsame Marketing und die gemeinsamen Interessen gegenüber dem Bund und Europa zu vertreten. Es geht nicht darum, dass wir Hamburger Geld nach Wilhelmshaven bringen.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Ach so!)

Wir haben wirklich in Hamburg genug zu tun. Es geht darum, dass wir mit den norddeutschen Häfen zusammenarbeiten und damit dazu beitragen, dass die wirtschaftlichen Potenziale in Norddeutschland mit einer Reindustrialisierung an der Wasserkante ausgeschöpft werden. Dafür braucht es ein gemeinsames norddeutsches Konzept.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Anspruch und Wirklichkeit in der Hafenpolitik klappten noch nie so weit auseinander wie bei der derzeit regierenden SPD.

(Zuruf von Arno Münster SPD)

In einer der wichtigsten Fragen hat Olaf Scholz sein Versprechen vom ordentlichen Regieren nicht halten können.

(Dirk Kienscherf SPD: Lächerlich ist das! Lächerlich!)

Hamburg braucht mehr als die Elbvertiefung. In den kommenden fünf Jahren sind wichtige Weichenstellungen nötig, damit unser Tor zur Welt offen bleibt, damit Hamburg Welthafen bleibt und damit Hamburgs Wohlstand gesichert werden kann. Hamburg kann mehr und Hamburg braucht mehr. – Vielen Dank.

(Lang anhaltender Beifall bei der CDU)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort bekommt Herr Dr. Dressel von der SPD-Fraktion.

Dr. Andreas Dressel SPD:* Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Rede des Kollegen Wersich hat – jedenfalls aus unserer Sicht – gezeigt, wie nötig es war, hier und heute eine Regierungserklärung, allerdings mit Betonung auf Erklärung, abzugeben, denn offenbar haben Sie, lieber Kollege Wersich, den Verfahrensstand, den wir seit vorigen Donnerstag haben, entweder nicht richtig verstanden

(Dr. Eva Gümbel GRÜNE: Das ist aber sehr hochmütig!)

oder nicht richtig verstehen wollen, denn sonst wären Sie nicht zu solchen Schlussfolgerungen gekommen.

(Beifall bei der SPD)

Insbesondere die parteipolitisch und ein bisschen auch wahlkampfgeprägten Schuldzuweisungen, die Sie, Herr Wersich, eben von sich gegeben haben und die sicher gleich auch von den anderen Seiten des Hauses kommen werden, sind schlicht und ergreifend fehl am Platz; sie halten den Fakten nicht stand.

(Beifall bei der SPD)

Man muss an dieser Stelle einfach einmal die zeitlichen Abläufe vor Augen führen. Wer hat was wann gemacht und vor allem, wenn ich in Richtung CDU schaue,

(Dr. Anjes Tjarks GRÜNE: Jetzt kommen die Schuldzuweisungen!)

wer hat was wann nicht gemacht. Das ist doch das Entscheidende. Schauen wir uns doch einfach noch einmal an, was wir im März 2011 vorgefunden haben: keinen Planfeststellungsbeschluss, keine Einigung mit den Obstbauern und Anrainern im Alten Land, kein Einvernehmen mit Niedersachsen,

(Zuruf von Dietrich Wersich CDU)

kein Einvernehmen mit Schleswig-Holstein und kein Einvernehmen – was das Wichtigste ist – mit der EU-Kommission.

(Dietrich Wersich CDU: Wollen Sie behaupten, dass Sie innerhalb von drei Monaten alles geschafft haben?)

(Dr. Andreas Dressel)

Stattdessen konnten wir einen interessanten Streit mit einem CDU-Wahlkreisabgeordneten aus Cuxhaven, der dagegen war, beobachten. Man kann sagen, es ist okay, wenn man als Cuxhavener CDU-Wahlkreisabgeordneter gegen die Elbvertiefung ist. Ein kleines Problem ist nur, dass er auch parlamentarischer Staatssekretär im Verkehrsministerium ist. Es hat leider sehr lange gedauert, bis dieses Problem behoben werden konnte. So viel zu Ihrer Vorleistung.

(Beifall bei der SPD)

Unter unserer Verantwortung ist das seit März 2011 Punkt für Punkt abgearbeitet worden. Deshalb haben wir auch bei Ihrer Rede so viel geklatscht, Herr Wersich, weil Sie nämlich genau die Zitate von den einzelnen Meilensteinen, die der Bürgermeister genannt hat, erwähnt haben.

(Birgit Stöver CDU: Aber gebracht hat es nichts!)

Er hat nämlich genau das eingehalten, was er zugesagt hat. Ich sage es noch einmal: Im Dezember 2011 gab es die förmliche Zustimmung der EU-Kommission. Am 30. Dezember 2011 – das war alles schon, nachdem wir die Regierung übernommen hatten – wurde der Entwurf des Planfeststellungsbeschlusses vorgelegt. Von Januar bis April 2012 kam es zur Einigung mit zahlreichen Beteiligten aus dem Alten Land; dabei ging es um Siele, Sperrwerke, Nebengewässer, Ausgleichsregelungen für die Landwirte; Sie kennen alle die Themen.

(Dietrich Wersich CDU: Auf welcher Basis denn?)

Im April 2012 hat Niedersachsen das Einvernehmen formell erklärt, Schleswig-Holstein ebenso. Es kamen der finale Erlass des Planfeststellungsbeschlusses und – der wichtigste Punkt – die förmliche Zustimmung der EU-Kommission. Wir haben unsere Hausaufgaben gemacht. Das war genau das ordentliche Regieren, das wir zugesagt haben.

(Beifall bei der SPD)

Die unklare Wasserrahmenrichtlinie, an der die Verzögerung hängt, liegt außerhalb des Verantwortungsbereichs dieses Senats.

(Dr. Anjes Tjarks GRÜNE: Ach so!)

Vielleicht hören Sie einmal nicht nur, was wir sagen,

(Zurufe von den GRÜNEN)

sondern auch das, was andere, die sich mit diesem Thema beschäftigen, sagen. Der von Olaf Scholz schon zitierte Frank Drieschner hat in der "Zeit" ausgeführt – ich möchte das vorlesen, vielleicht hören Sie einfach einmal zu, das richtet sich nämlich an die gesamte Opposition –:

"Wo ein Schaden entsteht, und sei er auch unvermeidlich, müssen offenbar Schuldige gefunden werden. 'Schwerwiegende Mängel in dem von Olaf Scholz verantworteten Planungszeitraum führen jetzt zum Stopp der Elbvertiefung', behauptet die Hamburger CDU."

(Beifall bei der CDU)

– Genau, jetzt können Sie noch einmal klatschen. Mal sehen, ob Sie am Ende auch noch klatschen. Das Zitat geht nämlich weiter:

(Zuruf von *Jörg Hamann CDU*)

"Man kann der Landesregierung manches vorwerfen – nicht aber, dass sie für unklar formulierte Bestimmungen im europäischen Umweltrecht verantwortlich sei."

Nun kommt der schönste Satz des Zitats.

"Die Opposition scheint noch nicht ganz auf der Höhe der Debatte zu sein."

Schönen Dank auch.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD)

Den entscheidenden Satz des Bundesverwaltungsgerichts in der Pressemitteilung hat der Bürgermeister auch genannt. Ich will ihn auch noch einmal sagen, Sie müssen ihn einfach verinnerlichen.

"Diese Mängel sind aber behebbar und führen weder einzeln noch in ihrer Summe zur Aufhebung der Planfeststellungsbeschlüsse."

Die entscheidende Botschaft ist, dass es eine Aufhebung der Planfeststellungsbeschlüsse nicht gibt. Das sollten Sie in dieser Diskussion nicht negieren, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD – *Dietrich Wersich CDU: Aber zur FFH Umweltverträglichkeit!*)

Wer für die heutigen Abendstunden etwas vertiefende Lektüre sucht, dem empfehle ich zur vergleichenden Betrachtung den Beschluss zur Weservertiefung. Die haben zwei Beschlüsse gefasst, nämlich einmal den Vorlagebeschluss zum EuGH und dann den Beschluss, wo sie sich mit den Mängeln im Weserverfahren auseinandergesetzt haben. Dort gibt es schon große qualitative Unterschiede, was die Frage angeht, wie von den Planungsbehörden vorgearbeitet wurde.

(*Dietrich Wersich CDU: Ja, und seit wann?*)

Nehmen Sie sich das als Hausaufgabe mit, sehen Sie einmal dort hinein. Wir sind der Auffassung, dass die Planungsbehörden von Bund und Land sehr ordentlich gearbeitet haben. Lieber Kollege Wersich, wenn ich das richtig sehe, untersteht die Wasser- und Schifffahrtsdirektion nicht einem SPD-geführten Ministerium, sondern sie untersteht

(Dr. Andreas Dressel)

eindeutig dem Verkehrsministerium, in dem, wenn ich richtig informiert bin, nicht die SPD die Verantwortung hat, sondern die CSU. Sie sollten also wirklich überlegen, an wen Sie die Vorwürfe richten.

(Beifall bei der SPD)

Natürlich haben die Planungsbehörden versucht, die Klippe der Wasserrahmenrichtlinie auch in der mündlichen Verhandlung zu umschiffen. Das Zitat aus der Pressemitteilung hat Kollege Wersich eben genannt. Die Problematik ist nur, dass die Wasserrahmenrichtlinie bei der Frage Verschlechterungsverbot/Verbesserungsgebot sehr schwierig in der Auslegung ist, sodass man um diese Klippe nicht herumgekommen ist. Das ist auch nicht verwunderlich oder etwas völlig Neues. Deshalb müssen wir nun die Entscheidung aus Luxemburg abwarten.

(Dietrich Wersich CDU: Das ist ja ganz erstaunlich!)

Der Generalanwalt soll noch Ende Oktober in diesem Verfahren plädieren, und im Frühjahr wird mit einer Entscheidung gerechnet. Deshalb, das ist für uns ganz klar: Aufgeschoben ist nicht aufgehoben. Wir gehen mit guten Argumenten auch in diese letzte Runde beim Europäischen Gerichtshof.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie nun schon uns oder dem Senat nicht glauben wollen, vielleicht auch einzelnen Presseorganen nicht glauben wollen, dann schauen Sie doch in Richtung CDU, die das Thema Wirtschaft, wie wir heute gehört haben, für sich wieder neu entdeckt hat. Schauen Sie sich die Stimmung in der Wirtschaft zu dieser Frage bei denen an, die sich vielleicht noch einen Tick mehr als wir alle zusammen mit diesem Thema auskennen.

(Dr. Anjes Tjarks GRÜNE: Ach so!)

– Es würde Herrn Tjarks auch ganz gut tun, sich dort einmal ein bisschen umzutun.

(Beifall bei der SPD)

Nehmen wir nur anstelle aller Stellungnahmen, die es gegeben hat, das Interview des AGA-Chefs Kruse, der dem "Hamburger Abendblatt" gesagt hat:

"Das Gericht hat aber auch honoriert, dass man sich angestrengt hat und willens ist, allen Vorgaben zu genügen."

(Dr. Eva Gümberl GRÜNE: Man hat sich angestrengt?)

– Lachen Sie nicht, hören Sie einfach einmal zu.

"Deshalb mache ich dem Senat da auch keine Vorhaltungen. Das Umweltrecht ist inzwischen dermaßen komplex, dass selbst Ex-

perten kaum mehr in der Lage sind, alles zu überschauen."

So ist die Lage. Das ist eine Stellungnahme aus der Wirtschaft, die sich, glaube ich, ein bisschen mehr damit auskennt, als wir alle in dieser Runde. Deshalb sollten Sie auch das zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der SPD)

Ich finde es in der Tat wichtig, und zwar nicht nur für Hamburg, dass wir nun Klarheit bekommen, was genau nun die Wasserrahmenrichtlinie an der Stelle gebietet und verbietet. Wo endet das Verschlechterungsverbot, wo beginnt das Verbesserungsgebot? Gilt beides absolut? Inwieweit kann es mit den Ausnahmeregelungen funktionieren? Der Bürgermeister hat eben auf die Punkte hingewiesen. Es geht dabei nicht nur um Hamburg, sondern um eine grundsätzliche Frage, die für viele Städte in Europa, die in Bezug auf Arbeitsplätze, Wohlstand und Infrastrukturentwicklung auf ihre Flüsse angewiesen sind, eine große Rolle spielt. Deswegen sage ich auch für uns sehr klar: Wer den Gewässerschutz ohne Ausnahme, ohne Abwägungen, ohne Interessenausgleich absolut über alles stellt, der legt die Axt an wichtige wirtschaftliche Standorte an den Flüssen unseres Kontinents. Es muss den Richtern klar sein, welche Entscheidung sie hier zu treffen haben.

(Beifall bei der SPD)

Selbst wenn sie den strengsten Maßstab an die Auslegung der Wasserrahmenrichtlinie legen, wird man trotzdem sehen, dass es für einen Ausnahmetatbestand reicht, weil die Ausnahmebegründung "zwingendes öffentliches Interesse" aus unserer Sicht in jedem Fall hier vorliegt. Was ich aber jenseits dessen noch ausführen will und was mich an dem gesamten Verfahren ein bisschen stört, ist, dass wir immer sehr eng nur auf die Frage, was für den Gewässerschutz wichtig und richtig ist, schauen, aber zu wenig auf die ökologische Gesamtbilanz, die man bei der Frage gewissermaßen als Gegencheck, als Alternativprüfung mit hineinnehmen muss.

(Zuruf von Jens Kerstan GRÜNE)

– Kollege Kerstan, das musst du dir jetzt leider anhören.

Bei diesem Thema muss man sinnvollerweise auch schauen, was ohne Elbvertiefung passiert. Hat das auch eine Folge für Ökologie und Klimaschutz? Das gehört doch zur Wahrheit dazu, ohne dem kann man das doch nicht machen.

(Beifall bei der SPD – *Dr. Eva Gümberl GRÜNE: Ist das eine Drohung?*)

Schauen wir doch zum Beispiel wieder in "Die Zeit" vom 26. September.

(Zuruf von Jens Kerstan GRÜNE)

(Dr. Andreas Dressel)

– Ich weiß, das haben Sie sich über den Schreibtisch gehängt, das sollten Sie auch tun.

(Jens Kerstan GRÜNE: Das ist eine totale Milchmädchenrechnung!)

– Es ärgert Sie. Das kann ich auch total verstehen. Die Zitate, die gleich kommen, werden Sie, glaube ich, noch mehr ärgern. Ich will es trotzdem noch einmal sagen, weil es zur Wahrheit dazu gehört.

In der "Zeit" vom 26. September wird ausgeführt:

"Nach einer Debatte von gut zwanzig Jahren sollte man zu diesem Thema eine Fülle von Rechnungen, von Gutachten und Gegengutachten erwarten können. Frage an die Hamburger Grünen: Könnte man das bitte mal nachlesen? Zur Antwort kommen erst einige Tausend Seiten über Elbschnäpel, Schierlingswasserfenchel und Co. Dann kommt nichts mehr.

Frage an den Nabu, den vom ehemaligen Umweltsenator Alexander Porschke geleiteten Naturschutzbund, der zu den Klägern gegen die Elbvertiefung zählt: Was gibt es an Verkehrsberechnungen? Antwort: So etwas gibt es nicht.

Frage an Christian Maaß, den ehemaligen Umweltstaatsrat der schwarz-grünen Landesregierung, der inzwischen den kleinen Öko-Thinktank Hamburg-Institut leitet: Wurde je untersucht, welche ökologischen Folgen ein Verzicht auf die Elbvertiefung für den Güterverkehr hätte? Antwort: So etwas ist mir nie unterkommen."

Aha. Deshalb wäre es jetzt ein schöner Zeitpunkt, dass Sie, lieber Herr Kerstan, und Sie, liebe Frau Heyenn, gleich einmal nach vorn treten und Ihre Alternativrechnung erläutern.

(Dr. Anjes Tjarks GRÜNE: Gucken Sie doch mal in die Kosten-Nutzen-Rechnung! Unfassbar!)

Was bedeutet das für das Klima? Diese Antwort sind Sie diesem Hause und auch der Öffentlichkeit schuldig.

(Beifall bei der SPD – Dr. Eva Gümber GRÜNE: Aber Sie haben das ja sicher gemacht! – Norbert Hackbusch DIE LINKE: Sie haben das gemacht?)

Ich will noch einen letzten Satz aus der "Zeit" zitieren als Frage; die können Sie gleich beantworten. Die Frage ist nämlich durchaus an Sie gerichtet:

"Verlassen Sie sich so blind auf das Gefühl moralischer und intellektueller Überlegenheit, dass es Ihnen nicht einfällt, die eigenen Positionen infrage zu stellen?"

(Beifall bei der SPD – Jens Kerstan GRÜNE: Mehr gibt es ja auch nicht als diesen einen Artikel!)

Ausgangspunkt ist doch einfach die Gleichung, die man noch einmal betrachten muss. Was bedeutet es denn für den Lkw-Verkehr, wenn 8000 Container pro Containerschiff nicht mehr mit dem Schiff, sondern mit dem Lkw kommen? Dann kommen wir auf 6400 Lkws.

(Norbert Hackbusch DIE LINKE: Aber das ist doch Quatsch!)

Man muss schon ziemlich naiv sein, wenn man glaubt, ohne Elbvertiefung ginge dann alles nach Wilhelmshaven oder Bremerhaven und würde von dort mit dem Schiff weitertransportiert. Man muss schon sehr naiv sein, um zu glauben, dass der Lkw-Verkehr dann nicht zunehmen würde. Unsere Befürchtung ist – das muss man doch mit betrachten und Sie müssen sich eigentlich Sorgen machen, weil das Thema Klimaschutz Ihnen doch auch so wichtig ist –, dass die Schiffe dann gleich in Rotterdam anhalten, dort entladen werden und die Lkws über die A 1 nach Hamburg kommen.

(Dr. Eva Gümber GRÜNE: Das steht doch hier gar nicht zur Debatte!)

Das kann doch nicht die Alternative sein, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Der Bürgermeister hat eben noch Zahlen aus dem besagten "Zeit"-Artikel genannt – Millionen Tonnen CO₂, die es mehr gäbe und zusätzliche Autoverkehre –, die will ich nun nicht wiederholen, aber der schönste Satz kommt jetzt:

"So viele Stadtbahnen könnte selbst eine grüne Landesregierung nicht bauen, dass dieser Schaden für das Klima je ausgeglichen würde."

Hört, hört, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD – Vizepräsidentin Barbara Duden übernimmt den Vorsitz.)

Zum Thema Hafenkooperation. Natürlich muss man dort, wo es wirtschaftlich sinnvoll ist, diesen Weg ergänzend gehen. Ich finde es interessant, wenn der Kollege Wersich sagt, wir müssen nun eine Hafenkooperation machen. Wer ist denn an der Stelle aus Wilhelmshaven aus dem Projekt ausgestiegen? Das war nicht dieser Senat, sondern es ist unter deren Regierungsverantwortung passiert.

(Olaf Ohlsen CDU: Das hat nichts mit Kooperation zu tun! – Dietrich Wersich CDU: Das ist doch Quatsch! – Zuruf von Norbert Hackbusch DIE LINKE)

Wo es wirtschaftlich sinnvoll ist, muss man auch einen kooperativen Weg betrachten, aber das hat

(Dr. Andreas Dressel)

natürlich wirtschaftliche Grenzen, denn Warenströme lassen sich nicht politisch verordnen, sondern suchen sich ihren Weg. Kluge Politik setzt vernünftige Rahmenbedingungen, aber verordnet an der Stelle nicht. Das muss man immer mit bedenken.

(Beifall bei der SPD)

Rotterdam und andere würden sich ins Fäustchen lachen, wenn die Elbvertiefung endgültig scheitern sollte. Wir werden weiter alles dafür tun, dass die Elbvertiefung gelingt. Das ist unser festes Ziel.

(Beifall bei der SPD)

Ich will zwei bis drei Punkte ansprechen, weil der Kollege Wersich eben einen Ausflug zu anderen Themen aus dem Bereich Hafen gemacht hat. Dass die Elbvertiefung natürlich nicht alles ist, ist klar, denn es gibt auch in anderen Bereichen Handlungsbedarfe. Bei Ihrem Plan mit mehreren Punkten konnten wir an vielen Stellen einen Haken machen, weil es bereits in Arbeit ist und angepackt wird. Ich nenne dazu ein paar Stichworte.

Ich finde es recht putzig, wenn Sie jetzt sagen, wir müssten die Hafenfinanzierung auf eine neue Grundlage stellen. Wer hat denn diesen wirklich hafententwicklungsfeindlichen Grundsatz "Hafen finanziert Hafen" in die Welt gesetzt?

(Dietrich Wersich CDU: Sie haben doch gar nichts geändert!)

Das waren doch Sie und das war falsch.

(Beifall bei der SPD)

Sie schlagen nun als tätige Reue vor, jetzt müssten zu den 100 Millionen Euro, die wir für die Folgehaushalte zusagen, noch einmal 50 Millionen Euro dazugegeben werden, sagen jedoch nicht, woher das Geld kommen solle. So sieht solide Hafenpolitik nicht aus.

(Beifall bei der SPD)

Das nächste Thema ist die Hafenhinterlandanbindung und die vernünftige Abwicklung der Transporte. Wir haben bei der Hafenbahn etwas getan, da laufen die Planungen und die Umsetzung. Natürlich muss es auch um die weitere Hinterlandanbindung gehen, den Autobahnausbau, die Hafenquer- spange und so weiter. Aber da sitzen wir mit Berlin aktuell gemeinsam in einem Boot, nämlich dafür Sorge zu tragen, wenn ich mir jetzt die Hafenquer- spange und die anderen Projekte ansehe, dass der Bund seinen Worten, wenn es um unsere nationale Bedeutung als der Exporthafen für Deutschland insgesamt geht, auch Taten folgen lässt. Da muss ganz klar sein, dass die Hafenquer- spange und andere wichtige Infrastrukturvorhaben für diese Stadt Vorfahrt haben vor einer bayerischen Umgehungsstraße. Das muss unser gemeinsamer Anspruch sein.

(Beifall bei der SPD)

Abschließend komme ich zu den Stichworten Ökonomie und Ökologie. Es geht um die Themen Weiterentwicklung von Energieeffizienz im Hafen und um die Windräder.

(Finn-Ole Ritter FDP: Landstrom!)

Landstrom kommt, wir haben jetzt auch gesehen, dass die Port Feeder Barge eine weitere alternative Stromverbindung sind.

(Zuruf von Tim Golke DIE LINKE)

Es geht los, andere haben geredet, aber wir machen es jetzt, wir packen es an. Und wir werden auch die letzten Schritte bei der Elbvertiefung erfolgreich gehen, zusammen schaffen wir das. – Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD – Finn-Ole Ritter FDP: Je lauter der Applaus, je schlechter die Rede!)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Kerstan von der GRÜNEN Fraktion.

Jens Kerstan GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das Bundesverwaltungsgericht hat entschieden, das Verfahren zur Elbvertiefung auszusetzen. Diese Entscheidung ist die Quittung für die jahrelange Ignoranz der Hafenwirtschaft und des Senats gegenüber Umweltbelangen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Leipziger Richter sind zu dem Schluss gekommen, dass die Planungen zur Elbvertiefung in der derzeitigen Form so nicht vollziehbar sind und ohne Änderungen auch rechtswidrig, und zwar unabhängig davon, was der Europäische Gerichtshof im Frühjahr in Luxemburg entscheiden wird. Darüber redet der Bürgermeister nicht so gern, sondern er zeigt lieber mit dem Finger auf die anderen, die seiner Meinung nach dafür die Schuld haben: der Bundesgesetzgeber, der europäische Gesetzgeber, der Bundesgerichtshof, der CDU-Verkehrsmi- nister, nur er selbst nicht. Diese Mängel, die auch ohne das europäische Wasserrecht dazu führen würden, dass der Hamburger Hafen in diesem Monat keine Rechtssicherheit bekommen wird, liegen in dem Planverfahren und seinen Mängeln, das dieser Senat vorgelegt hat. Und angesichts dieser Situation steht der Hochmut Ihnen nicht gut zu Gesicht, Herr Bürgermeister.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In der Sache bedeutet es nämlich, dass das Bundesverwaltungsgericht eine weitere Elbvertiefung nur dann genehmigen wird, wenn erhebliche Verbesserungen und neue Elemente in der Planung für die Elbvertiefung in Richtung Umwelt aufgenommen werden. Und das ist ein wichtiger Teilerfolg für die Elbe und für die Umwelt.

(Jens Kerstan)

(Beifall bei den GRÜNEN – *Arno Münster SPD*: Überrascht aber nicht!)

Angesichts dieser Entscheidung, Herr Bürgermeister, ist jetzt einfach nicht die Zeit, mit dem Finger auf andere zu zeigen und den Schwarzen Peter weiterschieben zu wollen. Sie müssen sich stattdessen einfach einer Tatsache stellen. Dass der Hamburger Hafen heute keine Planungssicherheit und keine Rechtssicherheit hat, liegt einzig und allein daran, dass dieser Senat und große Teile der Hafenvirtschaft selbst heute, im 21. Jahrhundert, meinen, bei der Hafentwicklung gesetzlich vorgeschriebene Umweltstandards nicht wichtig nehmen zu wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Bundesverwaltungsgericht hat Ihnen gesagt, das werde so nicht durchgehen. Ich kann Ihnen einfach nur raten, dieses Signal ernst zu nehmen, wenn Ihnen an der Zukunft des Hamburger Hafens gelegen ist, Herr Bürgermeister.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ihr pathetischer Appell an den Europäischen Gerichtshof, das Abendland und die Entwicklung der Städte würden in Gefahr sein, zeigt doch eines in aller Deutlichkeit: Ihre absolute Hilflosigkeit, mit dieser Situation umzugehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deshalb gilt eines, für diesen Senat wie auch für die Hafenvirtschaft und für alle anderen Bürgerinnen und Bürger dieses Landes: Auch wenn einem Gesetze nicht passen, muss man sich doch an sie halten. Und wenn Sie Ihre Haltung diesbezüglich nicht ändern, dann wird der Hamburger Hafen auch in Zukunft nur sehr schwer Rechtssicherheit bekommen können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Da hilft es auch nicht, wenn so manche den Schwarzen Peter den Umweltverbänden zuschieben wollen. Wenn man sich einfach einmal den Zeitablauf der Elbvertiefungsdebatte ansieht, nämlich 14 Jahre, dann wird man feststellen, dass von diesen 14 Jahren zwei Jahre Stillstand auf die Klagen der Umweltverbände zurückgehen. Zwölf Jahre lang waren die Behörden dieser Stadt und des Bundes ganz ohne jede Klage irgendeines Umweltverbandes nicht in der Lage, Pläne vorzulegen, die die Umweltgesetze einhalten. Sie mussten sie mehrfach zurückziehen, komplett überarbeiten, neu auslegen und immer wieder nachbessern. Und jetzt, nach 14 Jahren und 8 Nachbesserungen, hat das Bundesverwaltungsgericht festgestellt, dass die Planungen so, wie Sie sie vorgelegt haben, immer noch rechtswidrig sind und ohne Änderungen nicht durchgeführt werden können.

Diese Entscheidung bestätigt sehr eindrücklich das, was die Umweltverbände und auch wir GRÜ-

NE immer gesagt haben. Eine weitere Elbvertiefung ist mit so großen ökologischen Risiken und Gefahren verbunden, dass sie die ökonomischen Vorteile, die auftreten könnten, weit überkompensieren, und deshalb lehnen wir GRÜNE die Elbvertiefung ab.

(Beifall bei den GRÜNEN – *Wolfgang Rose SPD*: Jetzt kommt die Alternative!)

Es kann durchaus sein, dass die Gerichte im Laufe des Verfahrens diesen Argumenten teilweise oder ganz nachkommen werden, denn anders als die SPD, der Bürgermeister und auch Herr Dressel suggerieren, sind diese Mängel, die behoben werden müssen, damit die Elbvertiefung genehmigt wird, durchaus erheblich. Diese Mängel können sogar so schwierig zu beheben sein, dass sie in der Konsequenz dazu führen, dass die Elbvertiefung entweder gar nicht kommt oder noch viele Jahre ins Land gehen werden, bevor diese Mängel behoben werden können.

(*Arno Münster SPD*: Das stimmt doch gar nicht! – Zuruf von *Dr. Eva Gümbel GRÜNE*)

Ich möchte Ihnen zwei Beispiele nennen. Bei der Umweltverträglichkeitsprüfung war es Aufgabe dieses Senats, 131 bedrohte Arten zu untersuchen und nachzuweisen, dass sie durch die Elbvertiefung nicht geschädigt werden. Bezüglich dieser 131 Arten, die untersucht werden müssen, hat das Bundesverwaltungsgericht festgestellt, dass dieser Senat sage und schreibe eine Art hinreichend untersucht hat. Das muss jetzt nachgebessert werden.

(*Finn-Ole Ritter FDP*: Was ist mit dem Rest?)

– 130 von 131 Arten müssen noch untersucht werden.

Wenn es um Kartierungen geht, wird es darum gehen, ganze Vegetationsperioden abzuwarten, und wahrscheinlich nicht nur eine, sondern zwei oder mehrere. Wenn also dieser Planfeststellungsbeschluss geheilt werden soll,

(*Sylvia Wowretzko SPD*: Schade, dass die Vorgängersenate das nicht angeschoben haben!)

dann reden wir nicht über das Frühjahr 2015, sondern dann reden wir im besten Fall über Ende 2016 oder 2017.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Gericht hat noch einen weiteren Mangel angeführt. Auch das zwingend vorgeschriebene Ausgleichsflächenkonzept durch die FHH-Richtlinie wurde als ungenügend dargestellt. Das Gericht bemängelt, dass die angemeldeten Flächen gar keine zusätzlichen Flächen sind und deshalb gar kein Ausgleich sein können.

(Jens Kerstan)

(Dora Heyenn DIE LINKE: Genauso ist es!)

Das sind alles Maßnahmen, die gesetzlich vorgeschrieben sind, die durchgeführt werden müssen, unabhängig davon, ob eine weitere Elbvertiefung geplant ist oder kommen wird oder nicht. Wenn das wirklich so sein sollte – wir kennen die schriftliche Begründung des Gerichts noch nicht –, dann steht die Elbvertiefung durchaus in Gänze infrage, denn es ist rein theoretisch, weitere Flächen für den Ausgleich zu melden. Insofern hat das Gericht damit recht, dass die Mängel theoretisch behoben werden können. Wir alle, die wir uns mit der Elbe und mit Ausgleichsflächen beschäftigen, wissen, dass das praktisch fast unmöglich ist, denn auch 14 Jahre, nachdem die letzte Elbvertiefung durchgeführt wurde, ist diese in keiner Weise komplett ausgeglichen. Und der nächste Eingriff wäre ein viel größerer Eingriff. Insofern steht wirklich in den Sternen, ob das vom Gericht geforderte Ausgleichskonzept umgesetzt werden kann. Wenn das so sein sollte, dann kann die Elbvertiefung endgültig scheitern, ganz egal, was die Richter in Luxemburg entscheiden. Dazu hätte ich heute gern etwas von Ihnen gehört, Herr Bürgermeister. Sie machen es sich sehr einfach, darüber noch nicht einmal reden zu wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Darum besteht der Hauptfehler dieses Senats nicht in einem handwerklich zweifellos schlecht durchgeführten Planfeststellungsverfahren, sondern der Hauptfehler besteht eigentlich darin, in einer Situation, in der man sieht, dass die Probleme fast unüberwindbar sind, nicht darauf gesetzt zu haben, einen politischen Ausgleich zu schaffen, einen Ausgleich zwischen Ökonomie und Ökologie zu suchen, sondern die Entscheidung an ein Gericht abzugeben mit der Folge, dass nun Gerichte darüber entscheiden, was geht und was nicht, ganz unabhängig davon, was Politik will.

(Olaf Ohlsen CDU: Hier gilt, was die Umweltverbände entscheiden!)

Und das ist eindeutig Politikversagen, insbesondere verursacht von Ihnen, Herr Bürgermeister.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn Sie jetzt beklagen oder fast schon drohen, wie bewusst den Gerichten sein müsse,

(Zuruf von Dr. Andreas Dressel SPD)

was sie da entscheiden, dann waren Sie es doch, die darauf gesetzt haben, dass Gerichte entscheiden, und selbst nicht mit den Umweltverbänden verhandelt haben, um einen Ausgleich herbeizuführen. Das ist wirklich der Zauberlehrling, der die Geister nicht mehr loswird, die er selbst gerufen hat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Elbvertiefung ist keineswegs alternativlos, und es ist keineswegs unmöglich, einen Ausgleich zwischen Ökonomie und Ökologie zu finden,

(Olaf Ohlsen CDU: Das ist doch passiert! – Wolfgang Rose SPD: Na, denn sag doch mal!)

der beiden Seiten gerecht wird. Und denjenigen Herren, die jetzt Horrorszenarien an die Wand malen und von einer Halbierung des Umschlags im Hamburger Hafen reden, muss man einfach sagen, dass das mit der jetzigen Situation nichts, aber auch wirklich gar nichts zu tun hat. In diesem Jahr nämlich, ohne Elbvertiefung, wird der Hamburger Hafen so viele Container umschlagen wie noch nie in seiner Geschichte, wenn man den Prognosen dieses Senats glauben kann.

Wenn man sich einmal die Begründung der HPA ansieht, warum das so ist, dann staunt man. Da wird nämlich geschrieben, dieser Containerboom erfolge vor allem dadurch, dass Containerschiffe mit 10 000 TEU und mehr in rauen Mengen den Hamburger Hafen anlaufen und diesen Containerboom auslösen. Man staunt deshalb, denn als vor zehn Jahren die Elbvertiefung geplant wurde, wurde gesagt, diese Schiffe, die heute für den Containerboom sorgen, würden ohne Elbvertiefung den Hamburger Hafen gar nicht anlaufen können.

(Arno Münster SPD: Das hat doch was mit Tiefgang zu tun! Das kann ja keiner ertragen hier!)

Insofern sind diese Untergangsszenarien, die an die Wand gemalt werden, alle nicht eingetreten und werden zurzeit durch die Realität widerlegt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber natürlich wird das irgendwann einmal ein Ende haben. Wir sind im Moment bei Containerschiffen mit 18 000 bis 19 000 TEU, die stehen alle Schlange in Hamburg, um den Hamburger Hafen anzulaufen, auch ohne Elbvertiefung. Aber das wird irgendwann einmal ein Ende haben. Es werden jetzt nämlich bereits Schiffe mit 25 000 TEU geplant. Diese Schiffe, das ist wirklich so, werden den Hamburger Hafen nicht anlaufen können, allerdings auch nicht, wenn wir eine weitere Elbvertiefung vornehmen würden. Und wie der Hamburger Hafen mit dieser Situation umgehen soll, die früher oder später, wahrscheinlich früher, eintreten wird, dafür gibt es keinen Plan.

(Sylvia Wowretzko SPD: Dafür haben wir ja Sie!)

Das ist mit Sicherheit keine verantwortungsvolle Politik, die die Zukunft des Hamburger Hafens sichert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eine verantwortungsbewusste Politik würde jetzt nicht darauf setzen, was irgendwelche Gerichte in

(Jens Kerstan)

ein paar Jahren entscheiden. Eine verantwortungsvolle Politik für den Hamburger Hafen würde jetzt Alternativplanungen, einen Plan B, vorlegen, der mit dieser Situation, die doch kommen wird, umgehen kann und stärker auf Kooperation setzt, als einzig und allein darauf zu vertrauen, dass eine weitere Elbvertiefung alle Probleme löst. Jeder von uns weiß doch, dass sie das nicht tun wird. Dass das nicht passiert, ist ebenfalls ein klarer Fall von Politikversagen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was die Gerichte letztendlich auch immer entscheiden mögen, am Ende werden die Menschen in dieser Stadt für eine Politik sorgen, denn ein Hafen in der Mitte einer Millionenmetropole wird nur dann prosperieren, wenn die Menschen darauf vertrauen können, dass er ihre Lebensqualität nicht zerstört und nicht beeinträchtigt. Und die Menschen in dieser Stadt werden es einfach nicht akzeptieren, dass durch Rußwolken im Hafen die Rauchmelder in Krankenhäusern oder in Restaurants angehen und auf ihren Tellern eine giftige Brühe schwimmt.

(*Arno Münster SPD: Das ist doch nicht wahr! Keine Argumente mehr! – Gabi Dobusch SPD: Dann schließen wir den Hafen!*)

Sie werden auch nicht akzeptieren, dass aus der Elbe ein umgekippter und ökologisch toter Fluss wird, eine stinkende Kloake, so, wie es der Ems nach der letzten Emsvertiefung ergangen ist. Diesen Punkten muss sich die Politik stellen, wenn sie den Hamburger Hafen sichern will.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Diejenigen Menschen, die meinen, das wäre nicht nötig, sondern der Auffassung sind, dass wirtschaftliche Belange ohne Wenn und Aber Vorrang vor Lebensqualität und Umweltschutz haben, die jetzt sogar Umweltgesetze ändern wollen, gefährden in Wirklichkeit die Zukunft des Hamburger Hafens mit all seinen Arbeitsplätzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deshalb lassen Sie uns doch einfach einmal versuchen – das ist ein interessantes Gedankenspiel –, das zu tun, was in anderen Wirtschaftsbereichen längst Standard und eine Binsenweisheit ist, nämlich dass ökologische Standards und Umweltschutz nicht nur ein Risiko sein können, sondern durchaus auch eine Chance, die, wenn sie genutzt wird, Arbeitsplätze dauerhaft sichert. Ich bin mir sicher, das gilt auch für den Hamburger Hafen, und daran sollten wir versuchen, gemeinsam zu arbeiten. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Suding von der FDP-Fraktion.

Katja Suding FDP: Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Nach der Rede des Ersten Bürgermeisters wissen die Hamburger jetzt, woher der Name Scholzomat kommt: tonlos, ohne Ideen, ohne Politikansätze.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Sie reden wie ein Verwalter, Herr Scholz, und in dieser für Hamburg so wichtigen Entscheidung der Elbvertiefung sind Sie sogar ein schlechter Verwalter.

(Beifall bei der FDP und bei *Dr. Eva Gümbe* GRÜNE)

Was wir heute diskutieren, ist nicht nur eine Verlängerung einer Hängepartie, hier geht es nicht nur um mangelhafte Regierungskunst eines Bürgermeisters und seiner Administration oder die Vertagung einer Gerichtsentscheidung, es geht um nichts weniger als das Wohl und Wehe unserer Hafenstadt. Diese Entscheidung zur Fahrrinnenanpassung ist für die Zukunft Hamburgs ein schwerer Schlag.

Die Befragung des Europäischen Gerichtshofs bedeutet mindestens ein Jahr, vielleicht sogar zwei Jahre weiteren Stillstand für die dringend nötige Fahrrinnenanpassung. Unternehmer und Beschäftigte im Hafen, Handelspartner Hamburgs und Deutschlands in der ganzen Welt werden nun weiter verunsichert und müssen abwarten und möglicherweise dabei zusehen, wie Tonnage aus Hamburg in andere Häfen der Nordrange verlagert wird.

Die Zeichen für diese Verunsicherung sind klar erkennbar. Allein seit Donnerstag hat der Aktienkurs der HHLA um über 8 Prozent nachgegeben. Das ist ein Wertverlust von rund 100 Millionen Euro, und das allein aufgrund der Vertagung der Entscheidung. Analysten erwarten jetzt bis zur Klärung europarechtlicher Fragen einen Projektstart nicht vor dem Frühjahr 2016. Damit dürfte sich der für die HHLA und andere Hafenbetreiber wichtige Ausbau der Elbe frühestens 2017 bemerkbar machen. Das bedeutet, Hamburg verliert Wettbewerbsfähigkeit gegenüber Antwerpen und Rotterdam und büßt Wirtschaftskraft ein – ein Desaster in ohnehin unsicheren Zeiten.

(Beifall bei der FDP und bei *Dr. Walter Scheuerl* fraktionslos)

Und es gibt gleich mehrere, die für dieses Desaster die Verantwortung tragen, NABU und BUND, die wider besseres Wissen behaupten, dass die Fahrrinnenanpassung nicht zu kompensierende Nachteile für Vögel, Fische und Pflanzen mit sich bringen würde. In Wahrheit hat die EU-Kommission bereits 2011 festgestellt, dass die ökologischen Eingriffe durch die Maßnahmen mehr als ausgeglichen werden.

(*Dr. Anjes Tjarks* GRÜNE: Sie haben doch überhaupt keine Ahnung!)

(Katja Suding)

NABU und BUND aber führen gegen jede Vernunft mit juristischen Mitteln einen ideologischen Feldzug gegen den Hamburger Hafen, gegen seine Unternehmen und die dort Beschäftigten.

(Beifall bei der FDP)

Und der Hamburger Steuerzahler finanziert das auch noch durch die Staatsalimentierung dieser Verbände, durch Hunderttausende nicht zweckgebundene Euro, die von NABU und BUND auch für Klagen gegen die Stadt verwendet werden könnten. Das ist ein echter Zuwendungsirrsinn.

(Beifall bei der FDP)

Schuld an diesem Desaster trägt der aktuelle SPD-Senat unter Olaf Scholz, aber auch der schwarzgrüne Vorgängersenat. Sie können sich da nicht so leicht aus der Verantwortung stehlen, lieber Herr Wersich.

(Beifall bei der FDP – *Dr. Andreas Dressel SPD*: Gut, dass ihr hier nie regiert habt!)

Immerhin hat die CDU als führende Regierungspartei des letzten Jahrzehnts die ursprünglichen Planungen zu verantworten und hat damit den Grundstein für wesentliche Verzögerungen gelegt. Sie hätten es gemeinsam mit den GRÜNEN schon vor ein paar Jahren besser wissen können. Auf Mängel im Planfeststellungsverfahren wurde hingewiesen, übrigens auch von meinem Kollegen Dr. Duwe. Wer wie die CDU und die GRÜNEN die Bedeutung europäischer Richtlinien unterschätzt, der hat eben zeitliche Verzögerungen selbst zu verantworten. Das schrieb er Ihnen bereits 2009 und 2010 ins Stammbuch.

Olaf Scholz hatte sich im November 2010 dazu in der "Bild"-Zeitung wie folgt geäußert – ich zitiere –:

"Die Elbvertiefung muss kommen. Es ist traurig, wie wenig Energie der bisherige Senat in dieses Projekt investiert hat. Ich werde die Elbvertiefung ganz energisch vorantreiben."

– Zitatende.

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Bürgermeister! Es ist schon traurig, wie wenig Sie Wort gehalten haben. Und es ist bestürzend, wie wenig Energie Ihr SPD-Senat in dieses Projekt investiert hat.

(Beifall bei der FDP)

Sie haben es von Anfang an versäumt, eine erfolgreiche Strategie gegen die Klage der Naturschutzverbände zu entwickeln. Sie waren nie in der Lage, die von Ihnen kritisierten Versäumnisse der CDU vollends zu beseitigen. Und Sie wurden schon vor zwei Jahren mit Ihrem Wirtschaftssenator während einer Indienreise von der einstweiligen Anordnung eines Baustopps überrascht. Herr Bürgermeister, zweifellos haben Sie jahrelang Zeit genug gehabt,

die Folgen der Fahrrinnenanpassung für Fische, Vögel und Pflanzen zu untersuchen. Den Behauptungen der Naturschutzverbände hätten Sie überzeugend entgegnetreten müssen. Stattdessen wurden auch Sie vom langen Fragenkatalog des Bundesverwaltungsgerichts in diesem Frühjahr überrascht und haben jetzt die bittere Quittung für dieses politische Versagen bekommen.

Auch heute haben Sie nicht schlüssig erklären können, wie es zu den schweren handwerklichen Mängeln gekommen ist. Ein tragendes Konzept für das weitere Gerichtsverfahren konnten Sie uns nicht präsentieren, und allein darauf zu vertrauen, dass der Planfeststellungsbeschluss noch gilt, wird nicht ausreichen.

(Beifall bei der FDP)

Eines muss jetzt jedoch ganz klar sein: Hamburg muss endlich aus den Fehlern der Vergangenheit lernen. Die Menschen erwarten, dass die Politik gemeinsam endlich das Notwendige tut, damit die Fahrrinnenanpassung kommt. Als Erstes muss der Bürgermeister dafür Sorge tragen, dass alle Mängel im Planverfahren umgehend beseitigt werden. Es darf bis zur Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs und zur abschließenden Entscheidung in Leipzig keinen Zweifel mehr an der Qualität und Richtigkeit der Hamburger Unterlagen geben. Das sind Sie der Hamburger Hafenvirtschaft und ihren Beschäftigten schuldig, Herr Bürgermeister.

(Beifall bei der FDP)

Zweitens müssen wir die Wettbewerbsposition des Hamburger Hafens stärken. Wir schlagen daher erneut die Streichung der Zuschüsse für die Stiftung Lebensraum Elbe vor. Seit 2010 hat die Stiftung Lebensraum Elbe insgesamt gut 20 Millionen Euro von der Stadt und der HPA erhalten. Jedes Jahr erhält die Stiftung 4 Prozent des Hafengeldes von der HPA. Da die Umweltverbände aber offenbar kein Interesse mehr an einer Kooperation mit der Stadt haben, sollten wir die jährliche Verschiebung von Millionen von Euro aus dem Hafen in die Stiftung endlich beenden.

(Beifall bei der FDP und bei *Dr. Walter Scheuerl fraktionslos*)

Damit wäre es dann auch möglich, die Hafengebühren kurzfristig um 4 Prozent zu senken. Das stärkt die Hafenvirtschaft im internationalen Wettbewerb und mindert das Risiko der Verlagerung von Umschlag in andere Häfen der Nordsee.

Selbst wenn sie kommt, wird die Fahrrinnenanpassung allein aber nicht reichen, um die Zukunft des Hamburger Hafens und Tausende von Arbeitsplätzen zu sichern. Daher müssen wir drittens die Finanzierung der Hafeninfrastruktur auf sichere Beine stellen. Anstatt insgesamt über eine Viertel Milliarde Euro in einem unnötigen Busbeschleuniger

(Katja Suding)

gungsprogramm zu versenken, sollte der Senat lieber das Geld für den Hafen verwenden, knapp 30 Millionen Euro jährlich, die hier wirklich gut investiert wären.

(Beifall bei der FDP und bei *Ralf Niedmers CDU*)

Außerdem müssen wir die Engpässe in der sogenannten Hinterlandanbindung endlich beseitigen. Die Waren müssen schnell, zuverlässig und kostengünstig in den Hafen hinein-, aber auch wieder herauskommen. Ich wünsche mir deshalb auch und gerade von der CDU, dass sie dem Bundesverkehrsminister, der seit vielen Jahren von der Union gestellt wird, endlich Beine macht.

(Beifall bei der FDP)

Hamburgs Hafen muss über Straßen, Schienen und Binnenschiffahrtswege jederzeit und gut erreichbar sein. Dazu brauchen wir eine stärkere norddeutsche Kooperation. Es nützt überhaupt nichts, wenn sich unsere Nachbarn wichtigen Infrastrukturprojekten einfach verweigern.

Gemeinsam haben wir in der Bürgerschaft die Stärkung der Binnenschiffahrt beschlossen, doch passiert ist unter dem Strich nichts. Das liegt unter anderem auch daran, dass die Parteifreunde von CDU und SPD in Sachsen-Anhalt die Schifffbarkeit der Elbe auf Eis gelegt haben. Herr Wersich, Herr Scholz, es nützt gar nichts, lange Hafentypen zu schreiben, aber in der Umsetzung von den eigenen Parteifreunden kräftig ausgebremst zu werden.

(Beifall bei der FDP)

Dann brauchen wir auch keine theoretischen Diskussionen über neue Wege für die Waren, etwa über Wilhelmshaven. Das ist per se keine Alternative zu Hamburg, schon wegen der schlechten Ökobilanz durch längere Transportwege und höhere Transportkosten. Außerdem entscheidet doch nicht die Politik über die Wege der Warenströme, sondern der Kunde, der die Waren bestellt und bezahlt, und der wird sich den günstigsten Weg suchen.

Meine Damen und Herren! Wir müssen uns darüber hinaus mit der Frage beschäftigen, wie wir das Planungsrecht reformieren können. Das Planungsrecht in Deutschland ist eindeutig zu kompliziert und langwierig; ich möchte Ihnen ein Beispiel nennen. Von der Vorplanung bis zur Fertigstellung des Sengelmannstraßentunnels sind 20 Jahre vergangen. Dabei handelt es sich hier um ein eher unspektakuläres Projekt.

(*Tim Golke DIE LINKE*: Das kann man wohl sagen!)

Dänemark und Schweden haben für die Realisierung der Öresundbrücke nur etwa vier Jahre gebraucht; beides EU-Mitglieder mit dem gleichen

europäischen Recht im Rücken. Das zeigt nur eines: Wir haben kein europäisches Problem, sondern ein deutsches Problem mit dem Planungsrecht, und mein Kollege Dr. Kluth wird das gleich noch einmal ein bisschen ausführen.

Meine Damen und Herren! Hamburg steht an einem historischen Scheideweg. Werden wir unseren Hafen so weiterentwickeln können, dass er ein Umschlagplatz von Weltrang bleibt oder werden wir daran scheitern? Werden wir das Herz von Handel und Wandel im deutschen Norden, den Hafen mit über 130 000 Arbeitsplätzen, erhalten und ausbauen oder werden wir es verlieren? Werden wir aus dem Hafen weiter knapp 80 Millionen Euro an Steuereinnahmen für den Hamburger Haushalt schöpfen können oder wird Hamburg mit einer ganz wesentlichen Einnahmequelle auch ein großes Stück Zukunft verspielen? Die Antwort der FDP darauf ist klar: Wir müssen diese Hafenerweiterung mit Fahrrinnenanpassung intensiv angehen. Wir müssen und wir können das ökonomische Herz Hamburgs auf ökologisch vertretbare Weise erhalten. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Heyenn von der Fraktion DIE LINKE.

Dora Heyenn DIE LINKE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Bürgermeister, was war das denn für eine Regierungserklärung? Sie haben überhaupt nichts dazu gesagt, wie Sie damit umgehen wollen.

(*Jens Kerstan GRÜNE*: Das stimmt!)

Ich entnehme daraus, dass Sie die ganzen Stellungnahmen der Gerichte überhaupt nicht ernst nehmen.

(*Dirk Kienscherf SPD*: Sie haben die doch gar nicht gelesen!)

Sie erzählen uns etwas von runden Ecken, und ansonsten wollen Sie trotzig weitermachen wie bisher. Das geht so nicht.

(Beifall bei der LINKEN)

Das einzig Neue, was Sie uns erzählt haben, ist, dass Sie ein neues Argument für die Elbvertiefung haben: Sie sind neuerdings für Klimaschutz und wollen CO₂ einsparen. Das sollten Sie einmal Ihrer Senatorin Blankau sagen. Schauen Sie in den Haushalt, da sind die Klimschutzmittel gekürzt.

Dann ist gesagt worden, Klimaschutz sei jetzt eine Querschnittsaufgabe und werde in allen Behörden gemacht. Ich habe den Eindruck – Herr Dressel hat das gerade noch einmal bestärkt –, dass Sie nach dem Prinzip Hoffnung handeln. Sie wollen mit der Elbvertiefung, wenn sie denn irgendwann kom-

(Dora Heyenn)

men sollte, CO₂ einsparen, und bis dahin wird munter in die Luft gepustet, was das Zeug hält.

(Beifall bei der LINKEN)

Fakt ist, am vergangenen Donnerstag hat das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig eine Entscheidung über die Klagen der Umweltverbände BUND und NABU gegen die Elbvertiefung verhängt; das können Sie nicht schönreden. Das Bundesverwaltungsgericht hat erklärt, dass die vorliegenden Planungsunterlagen die gesetzlich geforderten Bedingungen nicht erfüllen und als Entscheidungsgrundlage für eine Genehmigung des Vorhabens nicht geeignet sind. Und Sie kommen uns mit juristischen Deutungsversuchen, die Sie hier coram publico machen. Kein Mensch weiß, was das eigentlich soll. Sie müssen lernen, mit den Fakten umzugehen, und das tun Sie nicht.

In der Kritik des Gerichts standen neben dem Artenschutz auch die Umweltverträglichkeitsprüfung, die korrekte Berücksichtigung der FFH-Linie, die Ausgleichs- und Kohärenzmaßnahmen sowie die Berücksichtigung des integrierten Bewirtschaftungsplans des Elbeästuars. Nun haben Sie und Herr Dressel immer Zitate gebracht, die Ihnen gut passen, wie es viele gerne machen. Ich möchte mich ans Original halten. Das Original ist Senator Horch. Er ist nicht da, aber wir werden uns einmal vor Augen halten, was er Schönes gesagt hat, als die erste Gerichtsentscheidung kam, die nicht so ausgefallen ist, wie Sie sich das erhofft haben. Senator Horch sagte am 24. Oktober 2012 – ich zitiere –:

"Mit voller Überzeugung muss ich Ihnen sagen, dass das Planfeststellungsverfahren an Unter- und Außenelbe, so wie es in den letzten Jahren betrieben wurde, mustergültig durchgeführt wurde."

Weiter:

"Die Planfeststeller des Bundes und Hamburgs haben bei diesem so breit angelegten Projekt vorbildliche Arbeit geleistet."

Und später kommt dann:

"Wer hier etwas anderes behauptet, der bringt engagierte und motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unberechtigt in Misskredit und schadet am Ende dem Standort Hamburg."

(Wolfgang Rose SPD: Richtig!)

Das ist starker Tobak. Die Entscheidung widerlegt genau das.

(Beifall bei der LINKEN und bei Dr. Anjes Tjarks GRÜNE)

Herr Balcke, der wahrscheinlich gleich wieder in dasselbe Horn tuten wird, hat in dieser Sitzung der

Bürgerschaft im Oktober 2012 gesagt – ich zitiere –:

"Die Verantwortung liegt allein aufseiten der Umweltverbände."

Und dann hat er davon gesprochen, dass die Naturschutzverbände, die GRÜNE und DIE LINKE eine Allianz gegen Arbeitsplätze seien. Auch das ist starker Tobak und es ist falsch. Außerdem ist es so, dass die Verantwortung für die Planfeststellung nicht einzelne Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben, sondern die hat der Senat, und der hat versagt.

(Beifall bei der LINKEN und bei Dr. Anjes Tjarks GRÜNE)

Im Arbeitsprogramm des Senats vom Mai 2011 heißt es – ich zitiere –:

"Gemeinsam mit dem Bund werden wir die dringend notwendige Fahrrinnenanpassung der Elbe vorantreiben. Die nächsten Schritte sind die Erstellung des Planfeststellungsentwurfs, Stellungnahme der EU-Kommission gem. Flora-Fauna-Habitat (FFH)-Richtlinie und die Einholung der Einvernehmenserklärungen von Niedersachsen und Schleswig-Holstein. Unmittelbar danach können die Baggerarbeiten aufgenommen werden, sofern das erforderliche Baurecht vorliegt."

– Zitatende.

Herr Wersich hat schon darauf hingewiesen, und Herr Senator Horch hat 2011 angekündigt, dass Anfang 2012 die Bagger kommen. Dann kamen die Korrekturen März 2012, dann Mitte 2012, dann Herbst 2012, und im Oktober kam der Baustopp. Das war es dann. Jetzt haben wir Oktober 2014 und wieder eine Vertagung.

Die Schuldzuweisung, den Hafen und Arbeitsplätze aufs Spiel zu setzen, ist ein untaugliches Mittel, um vom eigenen Versagen abzulenken.

(Jan Quast SPD: Sie müssen mal die Konsequenzen Ihres Redens bedenken!)

Ich finde es, ehrlich gesagt, eine Unverschämtheit, Personen, Parteien und Verbände, die sich um einen Ausgleich von Ökologie und Ökonomie bemühen, derart zu verunglimpfen.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich persönlich bin davon überzeugt, dass allen Hamburgerinnen und Hamburgern der Hafen am Herzen liegt. Das heißt aber nicht, dass alle für eine Elbvertiefung sein müssen. Das ist eine ganz andere Nummer, und das setzen Sie gleich. Das ist nicht in Ordnung.

(Beifall bei der LINKEN)

Ihr Totschlagargument heißt Arbeitsplätze. Das kommt mir irgendwie bekannt vor aus der Diskussi-

(Dora Heyenn)

on um die Netze. Da haben wir das auch gehört; Sie haben sogar die Betriebsräte hier oben versammelt. Aber dieses Argument ist auch hier völlig falsch. Herr Balcke sagte im Oktober 2012, am Hamburger Hafen hingen 150 000 Arbeitsplätze, der Bürgermeister sprach eben von mehreren Hunderttausend.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Ja, wenn man den Radius größer zieht!)

– Genau, man kann den Bogen immer größer spannen.

Nun ist die Frage, was eigentlich Hafen ist, was dazu zählt, wie und nach welchen Kriterien die Daten ermittelt worden sind. Diese Zahl von 150 000 ist nirgendwo erhärtet worden, man kann sie glauben oder auch nicht.

Die Realität ist, dass in den letzten Jahren die Zahl der Arbeitsplätze durch Automatisierung, Rationalisierung und Computerisierung des Containerumschlags rapide gesunken ist. Das kann jeder sehen, der sich einmal im Hafen umsieht. Der NABU führt aus, dass im direkten Umfeld der Kaianlagen nur noch wenige Tausend Arbeitnehmer beschäftigt sind. Die Zeiten haben sich in vielen Branchen geändert, auch im Hamburger Hafen. Stetig wurde angepasst; das ist ein Prozess, der in den letzten Jahren immer stattgefunden hat. Wenn jetzt als Untergangsszenario an die Wand geworfen wird, dass im Hafen die Lichter ausgehen, wenn es keine Elbvertiefung gibt, dann fragt man sich doch, wieso der Containerumschlag nach der Weltwirtschaftskrise, nach der Schifffahrtskrise,

(Zuruf von Dr. Andreas Dressel SPD)

nach der Finanzkrise ohne Elbvertiefung wieder zugenommen hat.

Die "WirtschaftsWoche" hat am 1. März 2014 unter dem Titel "Containerumschlag: Hamburger Hafen auf Erfolgskurs" Folgendes geschrieben – ich zitiere –:

"Der Hamburger Hafen steigerte seinen Umschlag und kann sich damit im Vergleich zu den Wettbewerbern behaupten. [...] Der Hamburger Hafen kann sich damit hinter Rotterdam in den Niederlanden als zweitgrößter europäischer Hafen vor Antwerpen, Bremerhaven, Le Havre, Zeebrugge und Southampton behaupten. Weltweit liegt Hamburg auf Platz 15."

Und das alles ohne eine Elbvertiefung in den letzten vierzehn Jahren. Kommen Sie mir also bitte nicht damit, dass wir die Arbeitsplätze im Hafen nur retten, wenn wir sofort eine Elbvertiefung machen. Das ist Blödsinn.

(Beifall bei der LINKEN und bei Dr. Anjes Tjarks GRÜNE)

Eines ist klar: Sie benutzen die Arbeitsplatzfrage wieder einmal, um den Hamburgerinnen und Hamburgern Angst zu machen. Das ist unredlich, damit sollten Sie aufhören. Selbst die Hamburg Port Authority hat für den Hafen bis 2025 prognostiziert, dass es auch ohne Elbvertiefung eine gesunde Hafententwicklung mit mehr Beschäftigung geben wird, selbst wenn die Elbvertiefung nicht käme und der Welthandel zeitweilig lahmen würde. Auch der NABU kommt zu der Auffassung, dass Hamburgs Bedeutung als maritimer Welthafen ohne Elbvertiefung unverändert groß sein wird.

(Wolfgang Rose SPD: Hast du auch mal mit den Gewerkschaften gesprochen?)

Fakt ist – das ist eben schon gesagt worden –, dass circa 10 000 Seeschiffe pro Jahr den Hamburger Hafen anlaufen. Mehr als 5000 davon sind Containerschiffe. Umfragen und Anfragen aus dem Parlament haben ergeben, dass sich laut Hafententwicklungsplan zwischen 2007 und 2011 insgesamt 400 Schiffe pro Jahr entsprechend anpassen mussten, weil sie den Hafen bei voller Fracht nicht unabhängig von Ebbe und Flut anlaufen konnten. Nur wenige der großen Containerschiffe konnten Hamburg bei Flut nicht voll beladen anlaufen und wären auf eine zusätzliche Vertiefung der Elbe angewiesen.

Unser Fazit: Der Anteil der wirklich großen Containerschiffe, der Hamburg nicht voll beladen anlaufen beziehungsweise aus dem Hafen auslaufen kann, ist verhältnismäßig gering und rechtfertigt Ihre Angstmache nicht. Und eines ist auch klar: Die Schiffbauentwicklung geht weiter. Selbst wenn die Elbe vertieft wird, wird es immer wieder Schiffe geben, die den Hamburger Hafen nicht anlaufen können; auch das ist schon gesagt worden. Der JadeWeserPort in Wilhelmshaven mit seinen 18 Metern Tiefgang und den circa 657 Millionen Euro Steuer-geld, die er gekostet hat, könnte hervorragend für eine Hafenkooperation als Teil des Transshipmentverkehrs in Richtung Ostsee genutzt werden. Das war auch schon einmal so angedacht. Als der Schwarz-Schill-Senat nach einem guten Jahr der Planung zum JadeWeserPort aus der im März 2000 vom rot-grünen Senat vereinbarten Kooperation mit Wilhelmshaven ausstieg, entwickelte sich dann aber wieder der gesamte Subventionswettlauf und jeder arbeitete gegen jeden.

(Olaf Ohlsen CDU: Wer hat Ihnen denn das aufgeschrieben?)

– Das habe ich mir selbst aufgeschrieben, ich kann nämlich selber denken.

Wir reden doch immer so gern von der Metropolregion. Wir als LINKE sehen es so, dass wir auf eine Elbvertiefung verzichten können. Wir sind für eine Hafenkooperation. Die gefährdet weder die Hafentwirtschaft noch Arbeitsplätze und wäre gut für die Umwelt. Wir sollten nicht immer nur in Sonntagsre-

(Dora Heyenn)

den über die Symbiose von Ökonomie und Ökologie philosophieren, wir sollten sie in praktische Politik umsetzen. Und wir sollten die Realität wahrnehmen: Eine Elbvertiefung brauchen wir nicht.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt der fraktionslose Abgeordnete Herr Dr. Scheuerl.

Dr. Walter Scheuerl fraktionslos:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, sehr geehrter Herr Bürgermeister! Für einen Juristen ist es interessant, im Rahmen einer Regierungserklärung etwas vom Ersten Bürgermeister zu hören. Vergewähren wir uns doch einmal, worüber wir heute eigentlich sprechen: Es gibt ein oder mehrere Gerichtsverfahren vor dem Bundesverwaltungsgericht, die der Erste Bürgermeister quasi als Anwalt der Hamburger verantwortlich führt. Der zuständige Senat des Bundesverwaltungsgerichts hat mitgeteilt, er wolle noch eine Entscheidung des EuGH in einem anderen Verfahren abwarten und deswegen noch nicht im Oktober entscheiden. Allein diese Verzögerung ist dem Ersten Bürgermeister Olaf Scholz so wichtig, dass er eine Regierungserklärung vor dem Hohen Haus abgibt – zu Recht, denn mit der bloßen Verzögerung entstehen der Hamburger Wirtschaft und damit allen Hamburgerinnen und Hamburgern weitere Schäden in Millionenhöhe.

Vor diesem Hintergrund wundert es doch, dass die eigentliche Ursache dieser Verzögerung nur teilweise thematisiert worden ist; Frau Suding hat es für die FDP angesprochen und Herr Kerstan hat es quasi proaktiv umgedreht angesprochen. Der eigentliche Kern und die Ursache der Verzögerung ist das umweltschutzrechtliche Verbandsklagerecht, das von Vereinen – in diesem Fall dem BUND und dem NABU – exzessiv ausgeübt wird. Es ist niemand anderes als der ehemalige Bürgermeister Herr Voscherau gewesen, der gesagt hat, wir hätten mit dem Verbandsklagerecht inzwischen eine Vetokratie statt einer Demokratie, und damit hat er recht. Die Verzögerung der Fahrrinnenanpassung veranschaulicht, dass das Verbandsklagerecht, wie es vom BUND, dort Herrn Braasch, und dem NABU ausgeübt wird, im Kern ein lukratives Beschäftigungsmodell für Vereinsvorstände ist, aber für die Stadt, für die Hamburgerinnen und Hamburger ohne jede Vorteile ist, sondern im Gegenteil sogar erhebliche Schäden verursacht.

Eine Studie, die im Auftrag des Bundesamts für Naturschutz über die Erfolgsrate der Verbandsklagen in den letzten zehn Jahren erstellt worden ist, hat ergeben, dass rund 60 Prozent der von Umweltverbänden erhobenen Klagen erfolglos sind, also unbegründet eingereicht wurden. Es muss uns doch allen zu denken geben, wo das eigentli-

che Problem bei der jetzt konstatierten Verzögerung der Fahrrinnenanpassung liegt.

Ein weiterer Punkt: Die Kläger, der BUND und der NABU, sind in keiner Weise demokratisch legitimiert. Es sind vergleichsweise kleine Vereine, die diese Klagen eingereicht haben, und nur wegen dieser Klagen haben wir jetzt die Verzögerung.

(Dr. Anjes Tjarks GRÜNE: Dann sollen sich die Behörden endlich mal an Recht und Gesetz halten!)

Wie kurzsichtig und verantwortungslos diese Klagen sind,

(Christiane Schneider DIE LINKE: Der Rechtsstaat stinkt Ihnen aber, oder?)

zeigt auch die Gegenrechnung; Herr Dr. Dressel hat es angesprochen. Es wird immer ein wenig irreführend von Elbvertiefung gesprochen. Im Kern geht es vor allem um die Fahrrinnenanpassung, um das Schaffen von mehr Begegnungsstellen, damit der Verkehr auf der Elbe insgesamt mehr fließen kann.

(Dr. Eva Gümbel GRÜNE: Die Größten unter sich!)

Wenn nur ein einziges 10 000-TEU-Schiff nicht den Hamburger Hafen anläuft, dann bedeutet das, dass man diese 10 000 Container per Lkw transportieren muss. Stellen wir uns 10 000 Container auf Lkws vor. Wenn die Kolonne fahren, dann macht das bei 50 Meter Straße je Lkw, Sicherheitsabstand eingerechnet, 500 Kilometer für ein 10 000-TEU-Schiff, das Hamburg nicht anläuft, völlig egal, ob es einen Tiefgang von 15 Metern hat oder weniger. 10 000 TEU bedeuten eine entsprechende Kolonne, die von Rotterdam bis Hamburg läuft. Das können wir uns doch auch vor dem Hintergrund der Hamburgischen Verfassung, die betont, dass Hamburg eine Welthafenstadt ist und dass das eine Bedeutung für Hamburg hat, nicht länger gefallen lassen.

Meine Forderung deshalb: Wir müssen endlich an das Verbandsklagerecht herangehen und an die Gemeinnützigkeit dieser Umweltverbände. – Vielen Dank.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Wenn der letzte Satz nicht gekommen wäre, hätten wir geklatscht!)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Balcke von der SPD-Fraktion für eine Minute. Der Weg zählt aber nicht mit.

(Zurufe von den GRÜNEN und der LINKEN)

Jan Balcke SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Was bleibt nach dieser Debatte? Ich brauche nicht einmal eine Minute dazu, es ist offensichtlich: Wir haben eine Opposition, von der

(Jan Balcke)

bleibt grünes Rumgenöle und linker Staatsinterventionismus. Frau Heyenn, Sie haben schlicht nicht aufgepasst und grundlegende ökonomische Zusammenhänge einfach nicht verstanden. FDP – eigentlich egal. Aber CDU ist entscheidend – ein ungedeckter Scheck von 50 Millionen Euro per anno.

(Dietrich Wersich CDU: Da haben Sie ja Erfahrung mit!)

Herr Wersich, ich möchte gerne wissen, ob Sie das mit Ihrem haushaltspolitischen Sprecher abgesprochen haben. Das ist unseriös. Gott sei Dank regiert in Hamburg die SPD, und zwar alleine.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Dr. Tjarks von der GRÜNEN Fraktion.

Dr. Anjes Tjarks GRÜNE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Jetzt beruhigen Sie sich doch erst einmal. Der Senat hat eine Vielzahl von Beratern im Laufe der vergangenen 14 Jahre gehabt. Das Bundesverwaltungsgericht hat ihm bescheinigt, dass er sich nicht an Recht und Gesetz gehalten hat. Man muss also konstatieren, dass diese Berater irgendwie nicht so erfolgreich waren. Und weil das so ist, haben sich der Bürgermeister und der Fraktionsvorsitzende der SPD einen weiteren Berater geleistet, nämlich Herrn Drieschner.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Den mussten wir nicht mal bezahlen!)

– Den mussten Sie nicht einmal bezahlen, immerhin.

Herr Drieschner hat in der "Zeit" eine Überschlagsrechnung gemacht in voller Kenntnis dessen, dass es eine solche Berechnung der ökologischen Vorteile der Elbvertiefung bereits gibt, und zwar von dem Vorhabenträger, also dem Bürgermeister und der Wasser- und Schifffahrtsdirektion. In dieser Nutzen-Kosten-Rechnung aus dem Jahr 2004 behaupten der Bund und die Freie und Hansestadt Hamburg, die Elbvertiefung würde in Bezug auf die CO₂-Emission einen volkswirtschaftlichen Nutzen von 720 Millionen Euro erbringen. Das Problem an dieser Stelle ist, dass in dieser Rechnung – und das ist die offizielle Rechnung und keine Überschlagsrechnung von Herrn Drieschner – die Tonne CO₂ mit einem Satz von 205 Euro bepreist wurde. Momentan wird die Tonne CO₂ in Leipzig mit 4,61 Euro gehandelt.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Den CO₂-Zertifikatehandel werden wir jetzt nicht lösen!)

Das heißt, in Wahrheit müssen Sie 720 Millionen Euro volkswirtschaftlichen Nutzen durch ungefähr 45 teilen, und dann sind Sie bei 16 Millionen Euro volkswirtschaftlichem Nutzen. Dazu gibt es eine in-

teressante Stellungnahme, die ich einmal zitieren möchte:

"Würden beispielsweise die CO₂-Emissionen aller Ausbaumaßnahmen im Hinterland der Seehäfen in ihrer Gesamtheit betrachtet, so müsste festgestellt werden, dass die Emissionsbilanz weit ungünstiger als bei den Einzelprojektbewertungen ausfallen und den Klimaschutzziele der Bundesregierung entgegenstehen würde.

In diesem Zusammenhang weist auch Planco"

– das sind die, die die Nutzen-Kosten-Analyse gemacht haben –

"in seinen Machbarkeitsstudien für die beiden Vertiefungsprojekte Unter- und Außenelbe sowie Außenweser [...] auf einen zentralen Schwachpunkt der Nutzen-Kosten-Untersuchungen [hin], nämlich dass es sich um Maßnahmenbewertungen im Hinblick auf die einzelnen Häfen handelt und nicht um die Bewertung der Investitionsmaßnahmen im Kontext eines Gesamthafenkonzepts."

Ich zitiere weiter:

"Insbesondere im Hinblick auf die Bewertung hochkomplexer Wasserstraßen-Vertiefungsprojekte mit weitreichenden Folgen weist das BVWPBewertungsverfahren erhebliche Defizite auf."

Das ist nicht etwas, was die GRÜNEN sagen, sondern das ist eine Studie der Bundesregierung. In Kenntnis dessen hat Herr Drieschner diesen Artikel geschrieben. Wenn Sie den dann als einzigen Berater für dieses Projekt heranziehen können neben all denen, die vor dem Bundesverwaltungsgericht gescheitert sind, und ihn in einer Ausführlichkeit bemühen, die kaum zu überbieten ist, dann kann ich Ihnen auch nicht mehr helfen. Da bewegen Sie sich auf ganz schön dünnem Eis in dieser Frage. So werden Sie unter jeder Hürde hindurchlaufen, das muss man dann wirklich glauben.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren! Der Bürgermeister hat versucht, den Eindruck zu erwecken, es gehe nur noch darum, auf den Europäischen Gerichtshof zu warten, ansonsten würde der Elbvertiefung nichts mehr im Wege stehen; das ist falsch.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es ist nämlich so, dass der Hinweisbeschluss des Bundesverwaltungsgerichts – es gibt ihn nur deswegen nicht, weil das Verfahren ausgesetzt ist – gelautet hätte, dass dieser Planfeststellungsbeschluss rechtswidrig ist und nicht vollziehbar. Und das, lieber Herr Dressel, ist genau dasselbe Wor-

(Dr. Anjes Tjarks)

ding wie bei der Weservertiefung. Da ist kein besonders großer Unterschied.

(Beifall bei den GRÜNEN – *Dr. Andreas Dressel SPD*: Gucken wir uns gleich mal zusammen an!)

Sie klammern sich an diesen Satz des Bundesverwaltungsgerichts, die Mängel des Planfeststellungsbeschlusses seien behebbar und führten deswegen auch in ihrer Summe nicht zur Aufhebung. Sie wissen aber als Jurist, dass ein Planfeststellungsbeschluss nur dann aufgehoben wird, wenn er auch theoretisch nicht mehr heilbar ist. Die Hürden, das zu heilen, sind extrem hoch. Und wenn Sie nur auf die Beratung von Herrn Drieschner vertrauen, dann werden Sie massiv unter ihnen hindurchlaufen. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Dr. Kluth von der FDP-Fraktion.

Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wenn diese Regierungserklärung etwas gebracht hat, dann zumindest eine schöne Formulierung. Der Bürgermeister hat am Anfang seiner Regierungserklärung formuliert, Flüsse seien Vorfluter für Trübes. Ich muss offen sagen, am Ende der Regierungserklärung hatte ich den Eindruck, dass das gleichfalls als Funktionsbeschreibung für die Politik dieses Senats und dieses Bürgermeisters taugen könnte.

(Beifall bei der FDP, vereinzelt bei der CDU und bei *Jens Kerstan GRÜNE* und *Dr. Walter Scheuerl fraktionslos*)

Der Beschluss des Bundesverwaltungsgerichts vom vergangenen Donnerstag war eine schallende Ohrfeige für diesen Senat. Daran kann es überhaupt keinen Zweifel geben, wenn Sie sich die Entscheidung durchlesen. Sie wissen, dass der ursprüngliche Planfeststellungsbeschluss am 1. Oktober 2013 – also unter der Verantwortung dieses Senats, Herr Kollege Wersich hat schon darauf hingewiesen – ergänzt worden ist. Genau zu dieser Ergänzung hat das Gericht festgestellt, dass die Kriterien für die Bewertung und ihr fachlicher Sinngehalt nicht nachvollziehbar dargelegt worden seien. Das klingt kompliziert, aber im Kern ist es ganz einfach. Es bedeutet, dass ungenügend, dass schlecht gearbeitet wurde, und die politische Verantwortung dafür trägt einzig und allein der SPD-Senat und niemand anderes.

(Beifall bei der FDP und bei *Jens Kerstan* und *Dr. Anjes Tjarks, beide GRÜNE*)

Aber etwas anderes hat mich in der letzten Woche fast noch mehr erbost. Sie haben möglicherweise alle das Interview von Manfred Braasch im NDR gesehen. Er sprach immer von – ich zitiere – der

Gegenseite. Wen meint er eigentlich mit Gegenseite?

(*Jens Kerstan GRÜNE*: Na, vor Gericht!)

Vielleicht die Hamburger Bürger und Bürgerinnen, die Unternehmen und ihre Beschäftigten, die den wirtschaftlichen Schaden und den Schlamassel ausbaden müssen?

(*Jens Kerstan GRÜNE*: Nee, nee! Sie sind doch Anwalt, so sagt man das vor Gericht, Gegenseite!)

Herr Braasch, ich denke, Sie sollten in die Satzung Ihres Vereins gucken. In Paragraph 2 steht, der BUND dient ausschließlich gemeinnützigen Zwecken. Davon sind Sie in der Realität weit weg.

(Beifall bei der FDP)

Es ist doch absurd, dass gerade sogenannte Naturschutzverbände dafür sorgen, dass die modernsten und damit auch umweltverträglichsten Schiffe Hamburg nicht anlaufen können, dass Gütertransporte auf der Straße stattfinden müssen. Das ist absurd und hat mit Umweltschutz überhaupt nichts zu tun.

(Beifall bei der FDP)

Sehr geehrte Damen und Herren! Planungsprozesse für große Infrastrukturvorhaben sind heute aufwendig, teuer und dauern lange. Das ist eine Binsenweisheit, das muss ich Ihnen an dieser Stelle nicht weiter erläutern. Man hört dazu gelegentlich den Einwand, daran könne man sowieso nichts ändern, das sei durch Verordnungen und Richtlinien der Europäischen Union so vorgegeben. Ich bezweifle diese Aussage und will das an einem Beispiel verdeutlichen.

Der etwa 20 Kilometer lange Fehmarnbelt-Tunnel wird von den dänischen Behörden geplant und genehmigt, lediglich die letzten 300 Meter vor Fehmarn sind in deutscher Hand. Umfang der Genehmigungsunterlagen in Dänemark: 800 Seiten, Umfang der Genehmigungsunterlagen für das kurze deutsche Teilstück: mehrere Tausend Seiten. Auch Dänemark – Frau Suding hat schon darauf hingewiesen – gehört der EU an. Wir haben also, das ist richtig, kein europäisches, wir haben ein deutsches Problem im Planungsrecht. Ich möchte daher darauf eingehen, wie man aus unserer Sicht hieran etwas ändern kann.

Ein wichtiger Punkt: Planfeststellungsverfahren weiter reformieren und öffnen. Planfeststellungsverfahren sind in den Verwaltungsgesetzen des Bundes und der Länder und verschiedenen Fachplanungsgesetzen geregelt. All diese Gesetze haben eines gemeinsam: Die Pläne werden im Wesentlichen zunächst verwaltungsintern zur Planreife gebracht, also ohne öffentliche Beteiligung, und häufig zumeist auch ohne Beteiligung der Parlamente. Im geltenden Recht ist die Planung von In-

(Dr. Thomas-Sönke Kluth)

frastruktur also in erster Linie Sache der Exekutive. Erst dann, wenn der Plan steht, wird die Öffentlichkeit angehört und beteiligt. Im Zentrum der dann folgenden Anhörung, das ist nach deutschem Planungsrecht so, steht dann der Betroffene, der seine Einwände gegen das Vorhaben geltend macht, und auch nur derjenige, der das tut, hat anschließend ein Klagerecht. So hatten wir zum Beispiel über 7000 Einwendungen gegen die laufende neunte Elbvertiefung. Wo sind aber zum Beispiel die Beschäftigten der betroffenen Hafenunternehmen, deren Arbeitsplätze von der Genehmigung abhängen? Fakt ist, sie finden im Planfeststellungsverfahren nicht statt. Der Gegenstand der öffentlichen Anhörung ist entsprechend verengt. Wichtige Fragen wie der Nutzen für die Allgemeinheit oder die Kosten werden im Planverfahren also nicht diskutiert. Der Bürger muss den Eindruck haben, dass der Plan zum Zeitpunkt der Anhörung im Wesentlichen bereits feststeht. Und das schafft ein Gefühl der Ohnmacht, das produziert Wutbürger.

(Vizepräsidentin Antje Möller übernimmt den Vorsitz.)

Was ist nun die Lösung? Die Lösung lautet: frühzeitige öffentliche Vorerörterungen, und zwar bevor ein Plan verwaltungsintern aufgestellt wird. Das erhöht die Akzeptanz für eine Planung und trägt zur Beschleunigung bei. Das jedenfalls ist für uns die Lehre aus Planungsvorhaben in Skandinavien. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Antje Möller: Das Wort bekommt nun Herr Hackbusch von der Fraktion DIE LINKE.

Norbert Hackbusch DIE LINKE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich will keine große Grundsatzrede halten,

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

sondern versuchen, die noch offenen Punkte, die wir besprechen wollten, einmal kurz aufzuführen.

Weil Sie es gerade angeführt haben, Herr Kluth und vorher Herr Scheuerl, fange ich mit dem Verbandsklagerecht an und den Möglichkeiten der Umweltverbände, etwas zu tun. Die Entscheidung von Leipzig hat doch deutlich bewiesen, dass die Umweltverbände völlig zu Recht darauf hingewiesen haben, dass es dort Fehler gibt. Wie kann denn mehr bestätigt werden, dass sie das zu Recht gemacht haben, dass sie einen Grund dafür haben und dementsprechend ihre Entscheidung, dagegen vorzugehen, richtig war, als dadurch, dass ihnen vor Gericht Recht gegeben wurde? Wie will man eine höhere Unterstützung dessen noch haben?

(Beifall bei der LINKEN)

Ein zweiter Punkt. Ich will noch einmal deutlich machen, warum das Verbandsklagerecht so wichtig ist, und Ihnen das mit einem ganz einfachen Beispiel erklären. Es gab große Auseinandersetzungen im Zusammenhang mit dem Airbus-Ausbau in Finkenwerder. Mein Vater wohnte direkt in der Einflugschneise und war richtig hart von dem Ausbau betroffen. Er hatte keine Möglichkeit, juristisch dagegen vorzugehen, mit der Begründung, er habe keinen Grund und Boden, das heißt, er war nur Mieter und ist aufgrund dessen vom Klagerecht abgeschnitten worden. Dementsprechend ist die Veränderung des Klagerechts, die auch einem Verband die Möglichkeit zu klagen einräumt und nicht nur den Eigentümern von Grund und Boden, eine demokratische Weiterentwicklung, die ich mit aller Schärfe und aller Kraft verteidigen werde.

(Beifall bei der LINKEN)

Das Zweite ist das Stichwort Verlässlichkeit. Das hat vor allen Dingen der Bürgermeister angeführt und natürlich Herr Dressel. Im Zusammenhang mit Verlässlichkeit kann ich mich noch gut an die letzte Elbvertiefung erinnern. Damals wurde hoch und heilig versprochen, das sei die allerletzte Elbvertiefung, die man sich vorstellen könne. Das ist dementsprechend auch festgesetzt worden – und kurz danach wurde es wieder aufgehoben.

(Arno Münster SPD: Das stimmt doch gar nicht! Das ist doch gar nicht wahr!)

– Arno Münster, das weißt du doch ganz genau. Ich weiß nicht, warum du schimpfst.

Das Dritte ist natürlich auch die Verlässlichkeit der Stadt Hamburg gegenüber den Reedern. Es hat dem Hamburger Hafen nicht gut getan, dass Herr Horch im Jahr 2011 herumgefahren ist und gesagt hat, die Elbvertiefung werde spätestens nächstes Jahr umgesetzt sein. Wir sehen, dass das gegenwärtig immer noch nicht der Fall ist. Das ist eine Art und Weise von nichtverlässlicher Politik, und es fehlen mir selbstkritische Worte des Senats dazu. Er sollte einmal eingestehen, dass er sich geirrt und einen Fehler gemacht hat, statt immer hochmütig davon zu sprechen, wie toll er alles gemacht habe und dass nur die anderen Fehler gemacht hätten.

(Beifall bei der LINKEN)

Es ist auch eine Verteidigung von demokratischem Recht, dass man in der Lage ist, so etwas zu machen, und dass wir keine chinesischen Verhältnisse hier haben, worauf wir hoffentlich in dieser Bürgerschaft gemeinsam stolz sind, Herr Dressel, und nicht vielleicht plötzlich China als ein Vorbild für uns ansehen.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Davon sind wir sehr weit weg!)

– Das ist ja schon einmal gut.

(Norbert Hackbusch)

Diese Selbstkritik ist notwendig. In Bezug auf die Argumentation mit dem Artikel aus der "Zeit" möchte ich am liebsten Arno Münster nach vorn rufen. Um das einmal ganz einfach zu erklären: Es ist eine Art Mickey-Mouse-Vorstellung, wenn Sie argumentieren, es gäbe mehr Lkw-Verkehr, wenn die Schiffe in Rotterdam abladen würden. Das wird natürlich nicht passieren; das kommt mit Schiffen hierher,

(Dr. Andreas Dressel SPD: Woher wissen Sie, dass das so ist?)

genauso wie gegenwärtig Danzig mit Schiffen aus Hamburg beliefert wird. Natürlich gibt es dafür keine Garantie, denn es gibt keine Planungsbehörde, die das unterschreibt, aber alle Wahrscheinlichkeit spricht dafür, und dementsprechend ist das wirklich eine Argumentation aus der Dummen-Kiste. Dass so etwas in der seriösen "Zeit" stehen kann, finde ich auch unvorstellbar.

(Finn-Ole Ritter FDP: Was ist denn eine seriöse Zeit?)

Dass Sie dazu noch nicht einmal kritische Überlegungen anstellen, verstehe ich überhaupt nicht, und es ist peinlich, dass sich auch der Bürgermeister darauf bezieht.

(Beifall bei der LINKEN und bei Jens Kerstan GRÜNE)

Ich komme dann zu einem Punkt, den wir häufig in der Bürgerschaft diskutieren, und das ist die Frage der Kosten. Ich will Ihnen noch einmal die gegenwärtige Situation in diesem Land schildern, weil die Elbvertiefung nicht nur von der Stadt, sondern im Wesentlichen auch vom Bund finanziert werden soll. Es stellen sich derzeit verschiedene Städte hin und fordern, dass drei Flüsse gemeinsam vertieft werden, die Ems, die Weser und die Elbe, und zwar alle drei. Da stellt sich natürlich die Frage, wieso es notwendig ist, dass alle drei vertieft werden. Sollte man vielleicht noch die Este vertiefen?

(Finn-Ole Ritter FDP: Die Bille vertiefen!)

Weiß der Teufel, auf welche Ideen man noch kommt. Das ist natürlich keine Logik, die man unbedingt akzeptieren sollte. Ein weiterer Punkt, den man fordert und als Grundvoraussetzung ansieht, ist die Anbindung aller drei großen Häfen in Deutschland an Schiene und Autobahn, auch Wilhelmshaven. Auch das ist keine vernünftige Art und Weise. Der normale sparsame Mensch geht hin und sagt, man werde einen Schifffahrtsweg vertiefen und einigermaßen ausbauen. Das ist eine vernünftige Art und Weise, mit Geld umzugehen.

(Beifall bei der LINKEN – Finn-Ole Ritter FDP: Das kommt aus dem falschen Mund!)

Diesbezüglich sollte man sich einmal Gedanken machen und nicht wie die FDP immer gern alles Geld herauspusten.

(Beifall bei der LINKEN – Finn-Ole Ritter FDP: Jetzt kommt's! Natürlich!)

Dementsprechend ist es vernünftig, sich zu überlegen, wo man welches Geld ausgibt. Um wie viel Geld geht es?

(Dr. Andreas Dressel SPD: Das ist ja eine völlig neue Linie für DIE LINKE!)

– Nein, wir gehen mit Geld sehr viel sorgfältiger um als dieser Senat.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir überlegen, was wir damit vernünftigerweise machen sollten, und gerade im Zusammenhang mit dem Hafen könnten wir uns einige Diskussionen leisten, bei denen Sie schlecht aussehen würden, Herr Dressel.

(Beifall bei der LINKEN)

Worum geht es? Die Elbvertiefung wird im ersten Schritt insgesamt 100 Millionen Euro kosten, und jedes Jahr kommen mindestens 10, wenn nicht 15 Millionen Euro für zusätzliche Baggerarbeiten dazu.

(Finn-Ole Ritter FDP: Haben Sie da gegengerechnet? Da gibt es auch einen Vertrag!)

– Jetzt wollen wir das erst einmal als Kostenfaktor sehen. Damit muss man sich auseinandersetzen, und das kann man nicht einfach nur so hingeben.

Nun noch einmal kurz zur Ökologie, denn das ist ein bisschen untergegangen. Es gibt eine gemeinsame Vereinbarung zwischen allen europäischen Städten, die sagen, nach den Erfahrungen, die wir mit unseren Flüssen gemacht haben, gibt es die Vorstellung, dass sich die ökologische Situation keines Flusses verschlechtern darf, sondern nur verbessern. Das hat der Bürgermeister auch aufgeführt. Nun ist es natürlich so, dass jede Stadt an jedem Fluss auf die Idee kommt, ihre ökonomischen Bedingungen seien so bedeutend, dass es nötig ist, bei ihr eine Ausnahme zu machen. Das bekommt man vernünftigerweise nur mit Recht und Gesetz hin. Deswegen ist die Vereinbarung richtig, höchstens einige wenige Ausnahmen zu machen. Das sollten wir gemeinsam verteidigen, sonst werden wir keinen besseren ökologischen Standard bekommen. Unabhängig von allen Diskussionen: Setzen Sie sich damit auseinander, wie das bei der Ems gelaufen ist und warum die Ems gekippt ist. Es gab noch eine kleine Vertiefung, und plötzlich war sie tot. Setzen Sie sich einmal damit auseinander, wie so etwas passieren konnte. Das wird hier kaum diskutiert.

Noch kurz der letzte Punkt: Welthandel oder Regionalhafen? Es wird nicht so sein,

(Sören Schumacher SPD: Herr Hackbusch hat heute die Glaskugel dabei!)

(Norbert Hackbusch)

dass in dem Augenblick, wenn einige große Schiffe nicht mehr hierher kommen – das wird sowieso passieren, denn geographische Grenzen muss auch die FDP akzeptieren –, der Hamburger Hafen ein Regionalhafen wird. Häfen in ganz Latein- und Nordamerika haben Tiefen von noch nicht einmal 10 Metern. Die gehören auch zur Welt. Es geht um einen gewissen kleinen Bereich. Wir müssen auch einen Plan B ohne große Schiffe entwickeln, und es gibt trotz allem eine gute Zukunft für den Hafen. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Antje Möller: Das Wort bekommt nun Herr Wersich von der CDU-Fraktion für 1 Minute 45 Sekunden.

Dietrich Wersich CDU: Werter Kollege Balcke, Ihr nassforscher Auftritt als wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD hat die ganze Unglaubwürdigkeit der SPD in der Hafenspolitik aufgetan.

(Beifall bei der CDU und bei *Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP*)

Sie versprechen dem Hafen und der Hafenswirtschaft Investitionen von mehr als 800 Millionen Euro, und Sie stellen nur 500 Millionen Euro zur Verfügung. Sie sind bis heute die Antwort schuldig geblieben, wo dieses Geld herkommen soll.

(Beifall bei der CDU – *Dr. Andreas Dressel SPD*: Wo kommen Ihre 50 Millionen Euro her?)

Wir sagen dagegen, wir haben den politischen Willen, aus den jährlich steigenden Steuereinnahmen von 200 bis 300 Millionen Euro, aus den Rücklagen dieser Stadt, aber auch aus den zentralen Titeln, in denen Mittel nicht festgelegt sind, diese 50 Millionen Euro jährlich in den Hamburger Hafen umzusteuern.

(Beifall bei der CDU – *Dr. Andreas Dressel SPD*: Herr Heintze guckt jetzt aber an die Decke bei dem Satz!)

Liebe Kollegen von der SPD, wer 200 Millionen Euro Zinspuffer verfrühstückt, wer die Rücklagen der Stadt, die wir mit 2,4 Milliarden übergeben haben, innerhalb von vier Jahren halbiert, wer Hunderte Millionen Euro für Wahlgeschenke ausgibt,

(*Dirk Kienscherf SPD*: Wahlgeschenke? Das ist ein Versprechen!)

wer Milliarden für Stromnetzkauf und die Hapag-Lloyd-Anteile ausgibt, von dem müssen wir uns sicher nicht in Sachen solide Haushaltspolitik belehren lassen.

(Beifall bei der CDU)

Es ist eine Frage des politischen Willens, und Sie setzen die falschen Schwerpunkte für Hamburg und seinen Hafen.

(Beifall bei der CDU und bei *Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP*)

Vizepräsidentin Antje Möller: Das Wort bekommt nun Herr Dr. Duwe von der FDP-Fraktion für weitere drei Minuten.

Dr. Kurt Duwe FDP:* Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich wollte eigentlich zum Thema zurückkommen. Das hieß, glaube ich, Fahrrinnenanpassung der Elbe. Die Finanzierung des Hamburger Hafens ist wichtig und hat auch etwas mit der Fahrrinnenanpassung zu tun, aber eben nur ein bisschen.

Es war gerade von Angst die Rede. Angst ist kein guter Ratgeber, und einige Themen wurden in den vergangenen zehn Jahren auch ein bisschen aufgebaut, die dann leider von unseren Behörden nur zum Teil beziehungsweise verspätet behandelt worden sind. Ich nenne einmal die Deichverbände Niedersachsen, die eben Angst hatten, dass sie selbst finanzielle Auswirkungen tragen müssen. Bei den Obstbauern im Alten Land wurde erst relativ spät beobachtet, dass sie eben auch Eigeninteressen haben; darauf hätte man viel früher eingehen gehen sollen. Dazu kommen die Sportboothäfen an der Elbe, die Probleme mit der Verschlickung haben et cetera pp. Mit diesen Themen, vor allen Dingen mit dem Thema Hochwasser beziehungsweise Sturmflut, wurde gegen eine Fahrrinnenanpassung mobil gemacht und dabei auch mit den Ängsten der Menschen gearbeitet. Es ist schwierig, den Menschen dann zu erklären, wie denn naturwissenschaftlich begründet die Auswirkungen eines solchen Eingriffs wirklich sind, weil man die Menschen eben sehr stark bei den Emotionen packen kann.

Das vergangene Jahrzehnt war eine Geschichte voller behördlicher Mängel. Es fängt an bei den europäischen Richtlinien, die erst nachträglich beachtet wurden. Zum Beispiel wurde erst 2010 endlich einmal dargestellt, welche Auswirkungen das überhaupt auf FFH-Gebiete hat. Das hätte man viel früher machen müssen. Die Richtlinie stammt aus dem Jahr 1998, aber es war erst 2009 bekannt geworden, dass man auf jeden Fall in Brüssel ein Veto bekommt, wenn man das nicht beachtet. Es gibt noch weitere Dinge, die nicht gelaufen sind.

Zum Thema, dass man vor dem Klageweg vielleicht mit BUND und NABU einen Kompromiss hätte schließen können: Ich weiß nicht, welche Umweltauswirkungen ein solcher Kompromiss gehabt hätte, denn auch diese beiden Verbände sind nicht in hundertprozentigem Besitz des naturwissenschaftlichen Kenntnisstandes. Man hätte wahrscheinlich sehr viel Geld ausgegeben, und wer

(Dr. Kurt Duwe)

weiß, welche Umweltauswirkungen aufgrund solcher Maßnahmen aufgetreten wären. Wahrscheinlich wären es Maßnahmen geworden, die ich immer gern als weiße Elefanten der Ökologie bezeichne, die zwar sehr schön aussehen, aber entweder wirkungslos oder teilweise sogar gegen den Naturschutz gerichtet sind.

Ich finde, wir sollten in dieser Debatte einmal auf die sachlichen Grundlagen zurückkommen. Das ist sehr wichtig. Wir sollten Lehren daraus ziehen und in Hamburg die Behörden und die europäischen Richtlinien ernst nehmen. Wir sind schon mehrmals auf den Bauch gefallen, diesmal auch. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Antje Möller: Meine Damen und Herren! Damit ist die Beratung der Regierungserklärung beendet.

Wir kommen zur

Aktuellen Stunde:

Dazu sind für heute fünf Themen angemeldet, und zwar von der CDU-Fraktion

In Hamburg wird es immer dreckiger – der Senat schafft den Ordnungsdienst ab und lässt jetzt Müll beobachten

von der GRÜNEN Fraktion

Starrsinn ist hier fehl am Platz – SPD muss die Betreuung in den Kitas verbessern

von der FDP-Fraktion

Organisiertes Chaos und kein Ende – SPD-Senat legt mit sogenannter Busbeschleunigung nach dem Westen jetzt den Osten Hamburgs lahm

von der Fraktion DIE LINKE

Der Schiffsverkehr muss sauberer werden: Für die Anwohner, die Beschäftigten und die Umwelt

von der SPD-Fraktion

Hamburg führt als erstes Bundesland Karenzzeit für Senatorinnen und Senatoren ein: klare Regelungen für alle Beteiligten und ein fairer, vernünftiger und verfassungskonformer Weg

Ich rufe nun zunächst das erste Thema auf. Wird hierzu das Wort gewünscht? – Frau Stöver von der CDU-Fraktion, Sie bekommen es.

Birgit Stöver CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Nach dem wirtschaftlich so wichtigen Thema für Hamburg, der Elbvertiefung, kommen wir nun zu einem weiteren wichtigen Thema

für die Lebensqualität in Hamburg, und zwar zum Thema Sauberkeit. In Hamburg wird es immer dreckiger.

(Dirk Kienscherf SPD: Sie müssen mal aufräumen zu Hause, Kollegin Stöver! - Christiane Schneider DIE LINKE: Na so was!)

Offensichtlich weiß das auch die Senatorin, denn sie nimmt selbst am Sondermülleinsatz teil, wie eine große Boulevardzeitung titelt, beschreibt und mit Bildern untermauert.

(Glocke)

Vizepräsidentin Antje Möller (unterbrechend): Entschuldigen Sie bitte. – Meine Damen und Herren! Wir haben eine ganz normale Aktuelle Stunde mit 75 Minuten Redezeit, und ich bitte um Gehör für Frau Stöver.

Birgit Stöver CDU (fortfahrend): Danke schön, Frau Präsidentin.

Ich wollte gerade die Senatorin auffordern, im Senat noch ein bisschen Werbung zu machen, damit vielleicht der eine oder andere Senator oder die eine oder andere Senatorin mithelfen. Vielleicht reicht es dann, Hamburg von der zunehmenden Vermüllung zu befreien.

(Beifall bei der CDU – Dr. Andreas Dressel SPD: Wir haben zehn zusätzliche Waste-Watcher eingestellt!)

– Dazu komme ich gleich, Herr Dressel.

Nicht reichen wird nämlich der blinde Aktionismus, den der Senat Ende September angekündigt hat. Frau Senatorin Blankau will mit einer neuen Offensive dem Müll den Kampf ansagen; an dieser Kampagne ist mehreres falsch.

Erstens: Der Einsatz der sogenannten Waste-Watcher ist nicht neu, denn unter dem Titel Waste-Watcher hatte die SPD schon 2001, und zwar kurz vor der Bürgerschaftswahl, versucht, von ihren jahrelangen Versäumnissen abzulenken.

(Beifall bei der CDU)

Zweitens: Es ist doch nicht alles wie 2001, das müssen wir zugeben, denn die Waste-Watcher sollen ein anderes Aufgabengenieß erhalten. Sie sollen nun Müll beobachten. Meine Damen und Herren, lassen Sie sich das einmal auf der Zunge zergehen.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Sie sind nicht auf dem neuesten Stand! – Dora Heyenn DIE LINKE: Die sollen Menschen beobachten und nicht den Müll!)

Der Senat schafft den Bezirklichen Ordnungsdienst ab und lässt nun Müll beobachten.

(Beifall bei der CDU)

(Birgit Stöver)

Dafür stehen – Herr Dressel, nun komme ich darauf – ganze fünf Teams à zwei Personen zur Verfügung, die durch die Stadt fahren und nach Müll Ausschau halten sollen. Sie sollen Müllecken begutachten und Passanten durch gezielte Ansprache auf ihr Fehlverhalten aufmerksam machen. Aufklärung und Beratung sollen helfen, Verschmutzungen zu vermeiden; ich bin wohl im falschen Film.

(*Christiane Schneider DIE LINKE*: Ja, ich bin wirklich im falschen Film!)

Müll beseitigt wird damit überhaupt nicht, und Bußelder verhängen dürfen diese sogenannten WasteWatcher auch nicht. Damit wird der Müll nicht beseitigt, sondern bestenfalls besprochen. Das ist keine Kampfansage.

(Beifall bei der CDU)

Drittens: Der Gebührenkatalog muss weder neu erfunden noch muss er verschärft werden; der bestehende müsste einfach einmal angewendet werden. Dann wüsste die Senatorin auch, ob er überhaupt greift. Aber ohne Evaluation einfach die Gebührensätze zu verdoppeln, ist dem Bürger gegenüber unredlich.

(*Jenspeter Rosenfeldt SPD*: Aber nur bei denen, die den Müll wegwerfen!)

Das nenne ich Hausaufgaben nicht gemacht. Setzen, sechs, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Viertens: Fünf Teams von je zwei Personen sind ganz und gar keine Offensive. Sie reichen niemals aus, um Hamburg nachhaltig und in allen Stadtteilen von Dreck und Müll zu befreien. Bei der Senatorin klingt das immer so, dass es vornehmlich auf Problemstellen, und zwar vor allem im Innenstadtbereich, beschränkt werden soll und dort die Müllecken aufgesucht werden sollen. Davor warne ich ausdrücklich. Außen hui und innen pfui oder schöne Fassade und nichts dahinter – das hatten wir bereits schon einmal in vielen sozialistischen Städten.

(Heiterkeit im Plenum – *Dr. Andreas Dressel SPD*: Super Vergleich!)

– Das ist ein sehr guter Vergleich. Schauen Sie sich einmal ehemals sozialistische Städte an. Da waren die Fassaden gut, aber es war nichts dahinter.

(Beifall bei der CDU)

Was Hamburg wirklich braucht, ist konsequentes Handeln statt Dilettantismus knapp fünf Monate vor der Wahl.

(*Dr. Anjes Tjarks GRÜNE*: Raus mit der Schaufel!)

Die Abschaffung des Bezirklichen Ordnungsdienstes durch die SPD war ein schwerer Fehler und muss korrigiert werden. Wir brauchen einen leistungsstarken Ordnungsdienst mit direkten Ansprechpartnern für die Bürger vor Ort. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei *Carl-Edgar Jarchow FDP*)

Vizepräsidentin Antje Möller: Das Wort bekommt nun Frau Dr. Schaal von der SPD-Fraktion.

(*Finn-Ole Ritter FDP*: Haben Sie auch schon gesammelt? – Gegenruf von *Dr. Andreas Dressel SPD*: Jedes Mal bei "Hamburg räumt auf!" macht sie mit!)

Dr. Monika Schaal SPD:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Hamburg ist und bleibt, bescheiden ausgedrückt, eine der schönsten Städte Deutschlands und auch der Welt. Viele Gäste schätzen die Stadt und kommen hierher, und daran ändern Sie auch nichts, Frau Stöver, mit der wiederholten Thematisierung des vermeintlichen Gegenteils.

(Beifall bei der SPD)

Untersuchungen zeigen, dass die Verschmutzung und Vermüllung der Stadt in den letzten Jahren deutlich abgenommen hat. Dazu beigetragen hat das Sauberkeitskonzept des Senats. Seit einer Woche sind zehn zusätzliche WasteWatcher der Stadtreinigung mit fünf Smarts unterwegs. In dieser kurzen Zeit wurden bereits 190 Aufklärungsgespräche geführt. Angesprochen wurden Menschen, die ihren Müll einfach irgendwo liegen lassen oder vergessen wollten. 60 Verschmutzungen wurden an die Stadtreinigung zurückgemeldet und dann unmittelbar beseitigt.

(*Thilo Kleibauer CDU*: Und geändert hat sich nichts!)

Die WasteWatcher begleiten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus den Bezirken in Altona und Hamburg-Mitte und zetteln endlich einmal die rostigen Fahrräder ab. Voraussichtlich in der nächsten Woche fahren dann die WasteWatcher auch wie gewohnt mit einer orangefarbenen Mülltonne auf dem Buckel los, um den kleinen Müll gleich mitnehmen zu können.

(Beifall bei der SPD – *Dietrich Wersich CDU*: Zurück in die Zukunft!)

Die WasteWatcher werden künftig auch Verstöße aufnehmen und gegenüber den zuständigen Stellen zur Anzeige bringen, wenn es nicht anders geht. Illegale Müllentsorgung im kleinen oder großen Stil ist kein Kavaliersdelikt.

(Beifall bei der SPD)

(Dr. Monika Schaal)

Wir lassen nicht zu, dass manche Leute unsere schöne Stadt verschmutzen.

(Birgit Stöver CDU: Aber Sie tun nichts dagegen!)

Um zu zeigen, dass es uns ernst damit ist, haben wir den Bußgeldkatalog verschärft; das schreckt ab.

(Beifall bei der SPD)

Hinter all den Maßnahmen steht die Überlegung, dass Saubermachen alleine nicht reicht. Wir wollen, dass der Müll gar nicht erst in Parks und auf den Straßen und Plätzen landet.

(Beifall bei der SPD)

Darum unterstützen wir das Vorhaben der Stadtreinigung, noch stärker auf Müllvermeidung zu setzen.

(Finn-Ole Ritter FDP: Ausgangsverbot! Herrlich!)

In diesem Sinne arbeiten auch schon die Kümmerer, aber sie sind nach wie vor für die schnelle Beseitigung von Verschmutzungen zuständig. Insgesamt 16 Kümmerer sind heute bereits in der Stadt unterwegs, im Reiherstiegviertel, in Jenfeld, Billstedt, Dulsberg, Rahlstedt, Allermöhe und St. Georg, im Phoenixviertel, Frau Stöver, in Altona, am Jungfernstieg, in der Osterstraße, an der Außenalster – besonders in der Grillsaison natürlich –, im Öjendorfer Park und an den Landungsbrücken einschließlich HafenCity. Sie kümmern sich um ein gepflegtes Erscheinungsbild der Stadt und sind Ansprechpartner für die Bevölkerung und Gewerbetreibenden vor Ort.

(Thilo Kleibauer CDU: Das merkt keiner!)

Sie leeren überfüllte Papierkörbe, beseitigen Sperrmüll, nehmen Aufkleber von Banken und Lampen ab, und was sie nicht selbst erledigen können, melden sie an die zuständigen Stellen weiter. Wir haben ferner die Quartiersreinigung ausgeweitet. Nach Kirchdorf-Süd, Billstedt, Horn und Steilshoop kommt nun der Osdorfer Born als viertes Quartier hinzu, wo intensiv von Wand zu Wand gereinigt wird.

Meine Damen und Herren! Unsere Stadtreinigung leistet hervorragende Arbeit, und das lassen wir uns auch nicht kleinreden.

(Beifall bei der SPD – Dietrich Wersich CDU: Warum machen Sie denn das jetzt? Gibt es nun Handlungsbedarf oder nicht?)

Wie jedes gut geführte, kundenorientierte Unternehmen betreibt auch die Stadtreinigung seit einigen Jahren eine datengestützte Qualitätssicherung für die Sauberkeit unserer Straßen und Grünanlagen. Ein solches Verfahren ist vorbildlich auch für andere Städte. Und wenn doch einmal etwas liegen bleibt – das ist nicht ausgeschlossen –, dann

rufen Sie bitte die Hotline der Stadtreinigung an. Unter 25 76 11 11 wird geholfen,

(Finn-Ole Ritter FDP: Und dann kommt die Müllfee!)

und in 80 Prozent der Fälle ist der Müll am nächsten Tag gleich weg. Ihre Kritik, Frau Stöver, entbehrt jeder Grundlage, und die Debattenanmeldung gehört in die Tonne.

(Beifall bei der SPD)

Wir trauern dem BOD nicht nach, denn er hat nachweislich nichts gebracht. Offensichtlich muss die CDU noch Trauerarbeit leisten.

(Dietrich Wersich CDU: Wir fühlen uns supergut!)

Kümmerer und WasteWatcher sind viel erfolgreicher und bei der Bevölkerung und in den kommunalen Gremien beliebt, und wir danken ihnen für die Arbeit. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Antje Möller: Das Wort bekommt nun Herr Bill von der GRÜNEN Fraktion.

Martin Bill GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir Hamburgerinnen und Hamburger vergleichen uns immer gerne mit Venedig, zumindest wenn es um die Anzahl der Brücken geht. Bei dieser Debatte habe ich ein bisschen das Gefühl, dass die CDU gerade versucht, Hamburg mit Neapel zu vergleichen.

(Heiterkeit im Plenum)

Hamburg hat keine Müllberge, und die Jugendlichen am Jungfernstieg sind auch nicht von der Mafia.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Sehr gut! – Christiane Schneider DIE LINKE: Aber in Neapel sind auch nicht alle Jugendlichen von der Mafia!)

Auch wenn große Tageszeitungen in Hamburg das Thema zurzeit sehr prominent aufgreifen, müssen wir hier zur Sachlichkeit zurückkehren und dürfen keine übertriebenen Debatten in der Stadt führen.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und bei Dora Heyenn DIE LINKE)

Zum Thema Sachlichkeit gehört natürlich dazu, dass wir in Hamburg in einer Großstadt leben, und da gibt es in der Tat mal die eine oder andere Ecke, wo nicht alles perfekt ist. Auch ich kenne Bereiche, die ich mir gerne ein bisschen sauberer wünschen würde.

(Dietrich Wersich CDU: Oh, immerhin!)

Dann gibt es viele Leute, die sich darum kümmern – oft klappt das, manchmal klappt es nicht

(Martin Bill)

ganz so gut, und wenn man dann schaut, warum das nicht klappt, dann ist oft der Grund, dass sich behördliche Strukturen erst einmal in einer Diskussion befinden, in wessen Verwaltungsvermögen eigentlich gerade diese Fläche liegt, die da dreckig ist. Da wäre es doch einmal ein Ansatz, aus den Erfahrungen des Winterdienstes zu lernen und darüber zu diskutieren, wer eigentlich für die Reinigung der Stadt verantwortlich ist, und wir sollten einfach mehr bei der Stadtreinigung zentrieren.

Zur Sachlichkeit gehört aber auch dazu, die neuen WasteWatcher zu bewerten, und, liebe SPD, da sind Sie einfach der CDU ein bisschen aufgesessen. Das Ganze ist ein Schnellschuss und auch konzeptionell nicht unterfüttert.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei *Birgit Stöver CDU – Dietrich Wersich CDU*: Ach, daran sind wir jetzt auch noch schuld, oder was?)

Wenn wir die WasteWatcher von 2014 einmal mit den WasteWatchern von 2001 vergleichen, dann hatten die WasteWatcher 2001 sieben Smarts mit jeweils einer Mülltonne hinten drauf.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Die kommt doch jetzt! – Gegenruf von *Dietrich Wersich CDU*: Ach ja, die kommt jetzt! Darüber dürfen wir jetzt nicht mehr reden!)

Die WasteWatcher waren dafür zuständig, den Müll einzusammeln, der über die Hotline gemeldet wurde, und das Ganze war eingebettet in ein Konzept zur Stadtteilpflege. Die neuen WasteWatcher hatten zumindest bei der Präsentation auf dem Rathausmarkt keine Mülltonnen; das habe ich eben noch einmal nachgeschaut. Sollten Sie inzwischen dazugelernt haben, ist das gut. Nichtsdestotrotz haben sie als schärfstes Schwert auf ihrer Seite die Moral, und wenn der erhobene Zeigefinger in den Parks und auf den Straßen nicht mehr hilft, dann können sie nicht einmal Bußgelder verhängen. Die würden nämlich helfen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dann müssen sie die Bezirksämter rufen oder die Polizei, die dann die weitere Arbeit übernimmt. Ich komme heute von einer Tagung zur Abfallwirtschaft, und siehe da, die Wienerinnen und Wiener haben unsere WasteWatcher übernommen. Aber was haben sie gemacht? Sie haben ihnen die Kompetenz gegeben, Bußgelder zu verhängen, damit das Konzept auch wirkt.

(*Hans-Detlef Roock CDU*: Dann hätten wir den BOD auch gleich behalten können!)

– Wo Sie gerade das Stichwort BOD nennen, vielleicht noch ein paar Sätze dazu.

Ich persönlich war kein Freund des Bezirklichen Ordnungsdienstes. Das lag vielleicht schon daran, dass der Vorgänger des Bezirklichen Ordnungsdienstes während der Schill-Zeit eingeführt wurde.

Ich glaube auch, dass der BOD personell unterbesetzt und in der Zuständigkeit eher überfrachtet war. Wenn wir jetzt jedoch sehen, dass die SPD die Hälfte des BOD weggenommen hat, dann aber die WasteWatcher kommen, die den Bezirksämtern, die keinen BOD mehr haben, noch mehr Aufgaben aufhalsen, weil diese das Schreiben der ganzen Anzeigen übernehmen müssen, dann steckt dahinter überhaupt kein Konzept.

(Beifall bei *Dr. Stefanie von Berg GRÜNE*)

Anstatt jetzt dem BOD nachzuweinen, sollten wir einfach dafür sorgen, dass den Bezirksämtern die Kompetenzen und das Personal gegeben wird, was sie brauchen, um ihre Aufgaben erfüllen zu können, denn zu ihren Aufgaben gehört zurzeit eben auch die Sauberkeit. Das, liebe SPD, würden auch die Bürgerinnen und Bürger merken. Wenn es vor Ort gut läuft, dann bräuchten Sie keine Angst vor der CDU zu haben, dann bräuchten wir auch keine WasteWatcher und dann könnten wir wieder damit beginnen, Brücken zu zählen und uns mit Venedig zu vergleichen. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Antje Möller: Das Wort bekommt nun Herr Jarchow von der FDP-Fraktion.

Carl-Edgar Jarchow FDP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Auch wir begrüßen den sachlichen Umgang mit diesem Thema, der im letzten Redebeitrag durchkam, obwohl ich nicht verhehle, dass mich auch manche humoristischen Bemerkungen in den vorherigen Reden durchaus amüsiert haben. Insbesondere die Kümmerer haben mich sehr froh gemacht – insofern ist ja alles gar nicht so schlimm. Die chaotischen Zustände, die die CDU heute einmal mehr heraufbeschwören möchte, mögen in Teilen übertrieben sein. Auf der anderen Seite gibt es bei den betroffenen Bürgern und den Anliegern in vielen Stadtteilen offensichtlich einen Leidensdruck; das ist nicht zu leugnen. Wir haben keinen Hehl daraus gemacht, dass wir die Abschaffung des BOD anders sehen als mein Vorredner Herr Bill. Wir sehen in dieser Abschaffung auch einen Grund dafür, warum es zu diesen Zuständen gekommen ist.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Das hat damit überhaupt nichts zu tun!)

Die Polizei kann die Aufgaben des BOD nicht übernehmen und soll dies auch nicht. Das Ordnungswidrigkeitenmanagement der Bezirke ist dazu offenbar auch nicht in der Lage. Insofern rächt sich jetzt aus unserer Sicht die personelle Schwächung des BOD beziehungsweise dessen Abschaffung. Die Vermüllung, der Vandalismus, sich häufende Ordnungswidrigkeiten überfordern die zuständigen Bezirksverwaltungen. Anstatt aber zu reagieren

(Carl-Edgar Jarchow)

und festzustellen, dass der Einsatz der Mitarbeiter des ehemaligen BOD hauptsächlich für die Parkraumüberwachung eine Fehlentscheidung war, ignoriert der Senat den Leidensdruck der Bürger. Wir erleben stattdessen allerlei plakativen Aktionismus. Plötzlich wird der Hansaplatz massiv bestreift, die Idee der WasteWatcher recycelt und entsprechend inszeniert, und die Senatorin lässt sich beim Telefonieren und Müllsammeln fotografieren.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Das war doch eine gute Aktion!)

Aber all dies ist am Ende doch nur kurzfristiger Aktionismus im Vorwahlkampf und wird dieses Problem nicht langfristig lösen, und darum sollte es uns gehen.

(Beifall bei der FDP)

Die tatsächlichen Probleme in den Stadtteilen sind offensichtlich. Was nützt eine Kontaktverbotsverordnung, wenn niemand da ist, um diese durchzusetzen? Was nützen drastische Strafrahen für Schmutzfinken, wenn keiner damit rechnen muss, erwischt oder verfolgt zu werden? Was nützen ein paar WasteWatcher für das gesamte Stadtgebiet, wenn hinter ihnen niemand steht, der deren Meldungen kurzfristig in Handeln umsetzen kann?

Es bedarf eines funktionsfähigen Ordnungswidrigkeitendienstes, der sich zeitnah um die Anliegen der Bürger kümmert und ordnungswidrige Zustände unterbinden kann. Die Menschen in unserer Stadt dürfen mit den Zuständen, wie sie im Moment sind, seitens der Verwaltung nicht alleingelassen werden. – Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Antje Möller: Das Wort bekommt nun Frau Schneider von der Fraktion DIE LINKE.

(Finn-Ole Ritter FDP: Jetzt bin ich ja mal gespannt!)

Christiane Schneider DIE LINKE: Sehr geehrte Damen und Herren! Die CDU hatte schon in der letzten Sitzung eine ähnliche Debatte angemeldet, auch in populistischer Absicht, und eine ernsthafte Rede dazu zu halten, fände ich genauso peinlich wie diese Anmeldung.

Sie schreiben, Hamburg werde immer dreckiger. Ich finde es unerträglich, dass die CDU die Müllwerker so schlechtredet.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Man kann Hamburg auch dreckig reden. Die Hamburger Stadtreinigung macht eine gute Arbeit, und das lassen wir nicht in den Dreck ziehen.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Ich möchte an dieser Stelle sagen: Wir danken der Stadtreinigung und den Müllwerkern für ihre gute Arbeit. – Schönen Dank.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Vizepräsidentin Antje Möller: Das Wort bekommt nun Frau Senatorin Blankau.

Senatorin Jutta Blankau: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Daran kann ich gleich anknüpfen. Hamburg ist eine lebenswerte Metropole, die sich auch in Sachen Sauberkeit vor keiner anderen Stadt zu verstecken braucht. Die Stadtreinigung leistet eine gute Arbeit, wenn es darum geht, die Stadt sauber zu halten und Müll zu beseitigen.

(Beifall bei der SPD)

Sauberkeit der Stadt ist seit Beginn dieser Legislaturperiode ein ganz wichtiger Arbeitsschwerpunkt des Senats.

(Jörg Hamann CDU: Davon merkt man aber nichts!)

Wir haben uns von Beginn an zum Ziel gesetzt, die Stadt noch attraktiver und sauberer zu machen. Wir haben 2013 ein Sauberkeitskonzept verabschiedet, die Quartiersreinigung eingeführt und sorgen für mehr Sauberkeit im Straßengrün und an Haltestellen. Die Qualitätssicherung der Stadtreinigung zeigt: Hamburg ist in den letzten Jahren sauberer geworden. Das liegt auch daran, dass wir konsequent gegen illegal abgelegten Müll vorgehen. Die Hamburger Müllwerker gehen konsequent dagegen vor.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Diesen illegal abgelegten Müll gibt es zwar in jeder Metropole, doch stört er natürlich die Hamburgerinnen und Hamburger und das auch zu Recht. Das Wegwerfen oder Liegenlassen von Müll ist keineswegs nur ein kleines Kavaliersdelikt, sondern eine handfeste Ordnungswidrigkeit und zum Teil sogar eine Straftat, die entsprechend geahndet wird.

Meine Damen und Herren! Wir wollen noch besser werden. Wenn Hamburg noch sauberer werden soll, dann müssen Stadt und Bürger Hand in Hand arbeiten. Sehen Hamburgerinnen und Hamburger Verschmutzungen, können sie diese immer an die Hotline melden – Frau Schaal erwähnte dies schon –, und dann ist das meiste nach einem Tag aufgeräumt. Diese Erfahrung habe ich am Montag machen können. Die Bürgerinnen und Bürger, die angerufen haben – es war eine überschaubare Zahl, obwohl eine große Boulevardzeitung dazu aufgerufen hatte –, waren allesamt nett

(Dietrich Wersich CDU: Die sind auch alle aus Ihrem Distrikt!)

(Senatorin Jutta Blankau)

und haben sehr deutlich gesagt, dass die Hamburger Stadtreinigung eine gute Arbeit mache und das Ärgernis, wenn man die Hotline anrufe, sofort weg sei. Ich bin dann mit den WasteWatchern unterwegs gewesen, und was stellten wir fest? Wir wurden von der Nachbarschaft gelobt, weil die Hamburger Stadtreinigung, die schon frühmorgens unterwegs war, die Müllablagerungen schon eingesammelt hatte.

(Beifall bei der SPD – *Dietrich Wersich CDU*: Es war also nichts los! Und warum haben Sie es dann gemacht?)

Seit dem 1. Oktober sind zehn neue sogenannte WasteWatcher der Stadtreinigung im Einsatz, die Verschmutzungen an Orten aufspüren, an denen es immer wieder zu Verschmutzungen kommt. Sie bilden fünf Teams, und es wird auch in der Spätschicht gearbeitet. Die Fahrzeuge der WasteWatcher werden bis Ende der Woche alle mit Mülltonnen ausgerüstet sein.

(Glocke)

Vizepräsidentin Antje Möller (unterbrechend): Frau Senatorin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Wersich?

Senatorin Jutta Blankau (fortfahrend): Nein, Herr Wersich kann sich nachher noch einmal melden.

Die Fahrzeuge der WasteWatcher werden also bis Ende der Woche alle mit Mülltonnen ausgerüstet sein, sodass sie in dringenden Fällen gleich selber anpacken und die Verschmutzung beseitigen können.

(Beifall bei der SPD)

Es verwundert mich, Frau Stöver und Herr Bill, dass Sie kritisieren, dass die WasteWatcher beraten und aufklären sollen. Sie fordern im Umweltausschuss und im Haushaltsausschuss, dass wir Geld für Umweltbildung ausgeben. Dies ist eine Form von Umweltbildung, die von der Hamburger Stadtreinigung finanziert wird.

(Beifall bei der SPD)

Im Übrigen werden Verschmutzer, wenn sie auf frischer Tat ertappt werden, von den WasteWatchern personaldatenmäßig erfasst. Das wird an die Bezirke weitergegeben, die dann die Bußgelder für die Ordnungswidrigkeiten erlassen. Außerdem möchte ich darauf hinweisen, dass die Bezirke nach wie vor sogenannte spezielle Einsatzgruppen gegen die Vermüllung dieser Stadt haben.

(Beifall bei der SPD)

Mit diesen mobilen Eingreifteams werden die bestehenden, sehr erfolgreichen Maßnahmen wie die Hotline "Saubere Stadt", die Mülldetektive nicht zu vergessen und die Kümmerer sinnvoll ergänzt. Diese gesamten Aktivitäten werden wir fortsetzen.

Bereits seit Juli 2012 gibt es eine App, die sich jeder für sein Smartphone auf der Website der Stadtreinigung herunterladen kann. Neben der analogen Meldung über die Hotline gibt es also jetzt auch die Möglichkeit, digitale Meldungen an die Hamburger Stadtreinigung zu geben,

(Zurufe von den GRÜNEN und der FDP: Oh, oh!)

und ich würde mich freuen, wenn Sie das nutzen.

(Beifall bei der SPD – Glocke)

Vizepräsidentin Antje Möller (unterbrechend): Frau Senatorin, einen Moment bitte. – Meine Damen und Herren! Ihre Sympathie für den Vorschlag der Senatorin in allen Ehren, aber ich bitte doch um Aufmerksamkeit für die Rede. – Fahren Sie bitte fort.

Senatorin Jutta Blankau (fortfahrend): Außerdem hat der Senat die Bußgeldempfehlungen des Bußgeldkatalogs für Verschmutzungen des öffentlichen Raums deutlich angehoben. Damit soll klargemacht werden, dass es teurer wird, wenn man gedankenlos Müll wegwirft. Ich will ein Beispiel bringen. Die Mülldetektive erleben des Öfteren, dass eine große Menge Sperrmüll an der Straße liegt. Das wird zukünftig mit 8000 Euro Strafe belegt statt wie bisher mit 2000 Euro. Das ist eine Vervierfachung.

(*Dietrich Wersich CDU*: Wo wir nicht vollstrecken, ist das gar nichts!)

Wer Altreifen herumliegen lässt und nicht entsorgt, auch das passiert, musste bisher 75 Euro bezahlen, nun sind es 200 Euro.

(Glocke)

Vizepräsidentin Antje Möller (unterbrechend): Frau Senatorin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Wersich?

Senatorin Jutta Blankau (fortfahrend): Herr Wersich, Sie können sich nachher noch einmal melden.

(*Dirk Kienscherf SPD*: Er hat auch Reifen liegengelassen!)

Dieses Paket, mit dem wir auch das bürgerschaftliche Ersuchen der SPD-Fraktion vom 7. Mai dieses Jahres erfüllen, umfasst außer den neuen WasteWatchern und der Erhöhung des Bußgeldrahmens die Ausweitung der Quartiersreinigung auf den Osdorfer Born sowie die zusätzliche Reinigung von Grünflächen im Alstervorland und im Öjendorfer Park, mit der aus verständlichen Gründen bereits im Juni 2014 begonnen wurde, denn die Hamburgerinnen und Hamburger sollten diesen schönen

(Senatorin Jutta Blankau)

Weltmeistersommer in noch besser aufgeräumten Parks genießen können.

(Beifall bei der SPD)

Außerdem setzen wir weiterhin auf die Initiative der Hamburgerinnen und Hamburger, also auf die Bereitschaft, für eine saubere Stadt selbst mit anzu packen. Diese Bereitschaft ist sehr groß.

(*Finn-Ole Ritter FDP: "Hamburg räumt auf!"*)

Die Stadtreinigung bietet bereits seit Jahren die Mitmachaktion "Hamburg räumt auf!" an.

(*Dietrich Wersich CDU: Die könnte man auch noch mal vorstellen! Ganz neue Idee!*)

Zehntausende Hamburger und Hamburgerinnen – vielleicht sollten auch einige CDU-Bezirksversammlungsabgeordnete das nutzen – beteiligen sich Jahr für Jahr an dieser Aktion und zeigen, dass bewusste, selbstverantwortliche Bürgerinnen und Bürger der beste Schutz vor Schmutz sind.

(Beifall bei der SPD – Glocke)

Vizepräsidentin Antje Möller (unterbrechend): Frau Senatorin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Stemmann?

Senatorin Jutta Blankau (fortfahrend): Herr Stemmann, Sie können sich auch nachher noch einmal melden.

Ich möchte mich bei den Hamburgerinnen und Hamburgern für ihren Einsatz herzlich bedanken.

(Beifall bei der SPD)

Sauberkeit in der Stadt ist eine wichtige Aufgabe. Wir leisten eine Menge, um diese Sauberkeit mit der Stadtreinigung Hamburg, mit den Bezirksämtern und gemeinsam mit engagierten Hamburgern und Hamburgerinnen zu gewährleisten. Die saubere Stadt war von Beginn der Legislaturperiode an ein Thema, für das wir uns sehr engagiert haben. Wir haben viele Maßnahmen ergriffen, die schon gute Erfolge erzielt haben. Darauf ruhen wir uns aber nicht aus, sondern wir machen engagiert weiter und packen es an. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Antje Möller: Das Wort erhält nun Frau Stöver von der CDU-Fraktion.

Birgit Stöver CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Mit unserer Anmeldung haben wir offensichtlich doch ins Schwarze getroffen.

(Beifall bei der CDU – *Dr. Andreas Dressel SPD: Ja, genau!*)

Auch meine Fraktion und ich finden, dass Hamburg eine schöne Stadt ist, und wir wollen, dass das auch so bleibt.

(Beifall bei der CDU)

Das ist uns ganz besonders wichtig. Wir hören auf die Empfindungen der Bürgerinnen und Bürger Hamburgs,

(*Christiane Schneider DIE LINKE: Wie machen Sie das denn, auf Empfindungen hören?*)

und die Empfindungen sind, dass Hamburg zunehmend verwahrlost und verdreckt.

Herr Bill, ich will Hamburg gar nicht mit Neapel vergleichen müssen, möchte aber vielleicht doch noch einmal auf das Beispiel Wien zurückkommen. Eines aber vorweg: Die Stadtreinigung macht ihre Arbeit sehr gut, und sie macht, was sie kann. Aber ohne ausreichend Personal steht sie auf verlorenem Posten. Die Aktion "Hamburg räumt auf!" ist eine sehr gute, aber eben eine punktuelle Aktion. Ich habe mich eben einmal umgeschaut: In meiner Fraktion sind es mindestens fünf Ortsverbände in fünf Bezirken, die seit über zehn Jahren an "Hamburg räumt auf!" teilnehmen. Wir machen das sehr gerne.

(Beifall bei der CDU und der SPD – *Dirk Kienscherf SPD: Bravo, bravo!*)

– Ganz genau.

Aber, um darauf zurückzukommen: Die Bürgerinnen und Bürger Hamburgs empfinden, dass Hamburg zunehmend verwahrlost, und zwar nicht nur am Jungfernstieg, nicht nur in St. Georg, nicht nur im Schanzepark, nicht nur im Phoenix-Viertel und nicht nur am Alsterufer, um einige Beispiele zu nennen. Wie es besser und erfolgreicher geht, zeigt uns die Stadt Wien. Wien ist in Größe und Einwohnerzahl durchaus mit Hamburg vergleichbar mit dem einzigen Unterschied,

(*Philipp-Sebastian Kühn SPD: Ist ja auch eine Bundeshauptstadt!*)

dass derzeit 50 hauptberufliche Ordnungskräfte und zusätzlich 400 ausgebildete Mitarbeiter im Namen der Sauberkeit in Wien unterwegs sind. Wien nimmt nicht zufällig im internationalen Ranking der Großstädte regelmäßig einen Spitzenplatz ein. Glauben Sie es oder glauben Sie es nicht, die Sauberkeit ist dabei ein ganz zentrales Element.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Ich sprach vorhin von Lebensqualität. Sauberkeit trägt entscheidend zur Lebensqualität der Menschen bei. Das hohe Niveau von Wien in diesem Bereich ist auf das breite Angebot an ordnungsgemäßer Müllentsorgung an die Bevölkerung und auf die strengen Kontrollen der Sauberkeitsspielregeln zurückzuführen. Schneiden wir uns eine Scheibe davon ab. Wenn wir uns ein Beispiel an Wien nehmen, kommt Hamburg vielleicht auch einmal in den Genuss konsequent durchgeführter Kontrollen. In Wien ist dieses System seit seiner Einführung auf

(Birgit Stöver)

der Erfolgsspur. Wien ist das Beispiel für ein sauberes Erscheinungsbild einer Stadt.

Ich bleibe dabei: Hamburg braucht einen leistungsstarken Ordnungsdienst, denn dort hatten wir die Elemente, und dieser muss personell aufgestockt und ausgebaut werden. Das Beispiel Wien zeigt uns, dass mit einer konsequenten Umsetzung und mit einem Ordnungsdienst auch das Erscheinungsbild Hamburgs in puncto Sauberkeit zum Erfolg führen kann. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Antje Möller: Das Wort bekommt nun Frau Dr. Schaal von der SPD-Fraktion.

Dr. Monika Schaal SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Stöver, das hätte ich von Ihnen eigentlich nicht erwartet: Sie reden unsere Stadt systematisch runter

(Vereinzelter Beifall bei der SPD – *Dorothee Martin SPD:* Genau, das ist schlecht!)

und hoffen dabei, dass irgendetwas hängen bleibt. Das ist doch der ganze Sinn Ihres Manövers.

Sie können versichert sein, wir hören auf die Bürgerinnen und Bürger. Nicht umsonst werden zusätzliche Maßnahmen in unser Sauberkeitskonzept aufgenommen.

(*Dietrich Wersich CDU:* Was denn nun? Ist es nun schlimmer geworden oder nicht? Sie haben das bis jetzt nicht beantwortet, es ist Ihr zweiter Beitrag!)

Wir haben die Kümmerer ausgeweitet, es sind mehr als zu Ihrer Zeit.

(*Dietrich Wersich CDU:* Um was kümmern die sich denn, wenn das nicht mehr geworden ist?)

– An das Konzept der Kümmerer, Herr Wersich, sollten Sie sich erinnern. Das haben Sie sich in Ihrer Regierungszeit ausgedacht. Offensichtlich haben Sie es schon wieder vergessen.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben die WasteWatcher besser ausgestattet, mehr Leute dafür vorgesehen. Die erste Woche, das sagte ich bereits, hat schon Erfolge gezeigt. Ich kann Ihnen das im Einzelnen vorlesen: 1200 Aufträge haben die Bürgerinnen und Bürger im August bei der Hotline "Saubere Stadt" erteilt. 1060 Aufträge wurden bis Ende des ersten Arbeitstages erledigt, das sind 80 Prozent, 86 innerhalb von drei Tagen und 54 nach drei Tagen. Gemeldet wurden – ich kann Ihnen das detailliert sagen – 43-mal Einkaufswagen, die in der Gegend herumstanden, 44 Fahrradwracks, die irgendwo verrosteten, 158 Müllsäcke in allen Farben, 105-mal überfüllte und überquellende Papierkörbe, 267-mal Sperr-

müll, 18-mal Probleme bei der Straßensammlung, beim Altpapier, 202-mal Restmüll, der in der Stadt verteilt war, 39-mal Unkraut oder Wildkraut an den Straßenrändern und zugewucherte Wege. Und das alles wurde zu 80 Prozent in kürzester Zeit beseitigt. Ich weiß gar nicht, was Sie noch zu meckern haben.

(Beifall bei der SPD)

Das alles hat der BOD eben nicht geschafft, Frau Stöver. Deswegen haben wir ihn abgeschafft, weil er ineffizient war.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Antje Möller: Das Wort bekommt nun Herr Bill von der GRÜNEN Fraktion.

Martin Bill GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Senatorin, zwei Dinge kann man dann doch nicht stehen lassen. Erstes Stichwort: Adressen. Natürlich können die WasteWatcher dem Bezirksamt die Adresse übermitteln, wo der Müll liegt. Was sie sicherlich nicht machen können, ist eine Personalienfeststellung, um die Personen dann beim Bezirksamt anzuzeigen.

Zweites Stichwort: Umweltbildung. Ziel der Umweltbildung ist es, keinen Abfall zu produzieren. Müll in einen Mülleimer zu werfen, ist keine Umweltbildung. Das ist entweder Allgemeinbildung oder Erziehung. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Antje Möller: Das Wort bekommt nun Herr Stemmann von der CDU-Fraktion.

Hjalmar Stemmann CDU: Liebe Frau Senatorin, da Sie leider keine Zwischenfragen zugelassen haben, werde ich meine Frage jetzt stellen, darum hatten Sie mich ja gebeten. Ich hoffe, dass Sie dann auch noch einmal nach vorne kommen und diese Frage beantworten.

Frau Senatorin, ich hätte Sie eben gerne gefragt, warum Sie die Beteiligung der Bürger so nach oben heben und es als Senatsziel darstellen, dass die Bürger an der Pflege unserer Stadt beteiligt werden sollen, in der gleichen Zeit aber die Möglichkeiten der Grünpatenschaften zurückfahren. Das wird nicht mehr gefördert, sondern vonseiten der Stadt mit der Begründung abgelehnt, dass es zu aufwendig und zu schwierig sei. Das war ein Beispiel, wo ein bürgerschaftliches Engagement zur Pflege der Stadt beigetragen hat. Ich würde gern wissen, wie Sie das zukünftig organisieren wollen, und hoffe, dass Sie jetzt noch einmal in die Bütt kommen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Antje Möller: Das Wort bekommt nun Herr Hamann von der CDU-Fraktion.

(Zurufe von der SPD: Oh nein!)

Jörg Hamann CDU:* Müll ist in der Tat eigentlich nicht so mein Thema, das gestehe ich durchaus ein, und ich bin froh, dass das nicht häufig Gegenstand der Stadtentwicklung ist. Trotzdem habe ich mich hier einmal jenseits unserer Liste zu Wort gemeldet. Zwei Punkte wollte ich doch noch einmal erwähnen und das auch bei aller Heiterkeit ganz im Ernst.

Vor zwei Wochen habe ich mit vielen älteren Leuten aus Hamburg einen Rundgang durch St. Georg gemacht; eingeladen hatte die Konrad-Adenauer-Stiftung. Die waren schlicht entsetzt, als wir in Teilen von St. Georg waren, insbesondere am Hansaplatz. Ich habe das verteidigt: Hamburg ist eine große Stadt, man wohnt nicht überall gleich und hier sieht es nun einmal ein bisschen anders aus. Sie können so viele Scherze darüber machen, wie Sie wollen, aber hören Sie sich einmal die Kritik dieser Leute an, das schlägt denen wirklich auf den Magen: Wie sieht das denn hier aus? Was passiert hier? Das ist doch nicht unser Hamburg. Das war der eine Punkt.

Der andere Punkt. Vor zwei oder drei Tagen habe ich mich mit einer Kollegin in meiner Kanzlei unterhalten, die aus Rheinland-Pfalz kommt und seit knapp drei Jahren in Hamburg lebt. Sie ist mit ihrem Mann nach St. Georg gezogen und hat dort lange Zeit gern gewohnt. Jetzt wollen sie eine Familie gründen, und da sagte sie mir zu meiner Überraschung – denn sie schwärmte immer von St. Georg, da sei alles so schön und toll und lebendig –, dass sie sich dann wohl nach einer Wohnung anderswo umschauchen müssten, wo es ein bisschen ruhiger sei. Ich fragte: Wieso ruhiger, ihr wohnt doch ganz gern in St. Georg? Und sie sagte: Ja, aber in den letzten Monaten hat es sich, insbesondere rund um den Hauptbahnhof, übel verändert, hier möchte ich keine Familie mehr gründen. Da können Sie nun sagen, was Sie wollen, das ist die Diskussion, die wir schon gehabt haben. Die Kollegin ist sicherlich keine Frau, die mit Perlenkette herumläuft und der zu St. Georg als Erstes "Oh Gott, wie schlimm ist es hier" einfällt; das ist eine, die sich da lange wohlfühlt hat. Wenn Sie dann solche Äußerungen hören, dann haben wir genau die Situation, die wir schon einmal hatten: Menschen, die eine Familie gründen wollen, die zum Mittelstand gehören und zu einer gewissen Stabilisierung und zu einem Ausgleich beitragen, ziehen weg. Die wollen da auf Dauer nicht bleiben. Das ist ein großes Problem, das wir in diesen Stadtteilen haben. Da können Sie Ihre Scherze machen, Ihre Witzchen darüber erzählen, wer wohl anruft, von Ihrer Müllmöhre erzählen oder was auch immer. Wenn Sie sich nicht um die Pro-

bleme kümmern, wenn Sie sich nicht um die Menschen kümmern, dann bekommen Sie die Quittung, die Sie schon einmal bekommen haben, zum zweiten Mal. Offensichtlich lernen Sie nicht daraus.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Antje Möller: Das Wort bekommt nun Frau Sudmann von der Fraktion DIE LINKE.

(*Gabi Dobusch SPD:* Was soll denn das? Frau Schneider war doch eben nicht zu toppen!)

Heike Sudmann DIE LINKE: – Das stimmt. Der Zuruf, den ich eben gehört habe, lautete: Frau Schneider war so klasse, das ist nicht zu toppen.

(*Gabi Dobusch SPD:* Von den LINKEN!)

Leider hat die CDU noch einmal das nachgelegt, was wir eh vermutet haben. Die CDU versucht, was sie letztes Mal nicht geschafft hat, Wahlkampf mit dem Thema zu machen. Vielleicht ist nicht nur Müll, was in der Gegend herumliegt, sondern auch das, was uns hier teilweise präsentiert wird, aber das will ich nicht bewerten.

(Beifall bei der LINKEN – Zuruf von *Dietrich Wersich CDU*)

Sie haben schon letztes Mal versucht darzustellen – und Herr Hamann hat es gerade noch einmal versucht –, wie schrecklich es in St. Georg ist, und eine aus Ihrer Sicht wunderbare Presseaktion gemacht. Dieser Stadtteil verfügt über wirklich selten so engagierte Menschen, die sich gerade auch am Hansaplatz engagieren. Im Gegensatz zu Ihnen, Herr Hamann, schein ich Leute zu kennen, die am Hansaplatz wohnen – nicht Kusch und Konsorten –, und die sagen, ich wohne gern am Hansaplatz, ich setze mich damit auseinander und weiß genau, warum ich hier hingezogen bin.

Sie sagen, Sie hätten ältere Hamburger am Hansaplatz herumgeführt. Da brauchen Sie gar nicht ältere Menschen zu nehmen, Sie können Leute nehmen, die aus gut behüteten Villenvororten kommen, wo der Gärtner alles sauber macht.

(*Finn-Ole Ritter FDP:* So wie Sie selber! Scheiße, wenn man selber daher kommt!)

Die hätten wahrscheinlich auch ein Problem, wenn sie in einem Stadtteil sind, der irgendwie anders aussieht oder wo wesentlich mehr Leute herumrennen. Die hätten auch ein Problem, Herr Hamann, wenn Sie sie durch die Stadt führen.

Ich weiß ziemlich genau, was Ihre Kampagne in den nächsten Monaten sein wird. Sie werden versuchen – Frau Schneider hat das schon wunderbar beschrieben –, die Stadt schlechtzureden. Sie werden versuchen zu sagen, dass alles dreckig sei. Die Drogen kommen demnächst bestimmt auch wieder auf den Tisch. Und dann werden Sie

(Heike Sudmann)

die Rechnung bekommen. Auch wenn die AfD sich im Moment vielleicht gerade scheinbar zerlegt, Sie werden die Rechnung bekommen. Wir werden einen schlechten, üblen, rechten Wahlkampf haben. Sie werden weniger Stimmen bekommen, und wir werden hier eine rechtspopulistische Partei haben. Sie tragen die Verantwortung, das sollten Sie nicht machen.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Antje Möller: Meine Damen und Herren! Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen für das erste angemeldete Thema.

Wir kommen zum zweiten Thema der Aktuellen Stunde, angemeldet von der GRÜNEN Fraktion:

Starrsinn ist hier fehl am Platz – SPD muss die Betreuung in den Kitas verbessern

Wer wünscht das Wort? – Frau Blömeke, Sie bekommen es.

Christiane Blömeke GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Themenwechsel zu den Kindern dieser Stadt – ich zitiere –:

"Wir [...] können und wollen nicht mehr stillhalten und schweigen. Wir wollen nicht mehr tatenlos dabei zusehen, wie noch mehr pädagogische Fachkräfte bis zum Rande der Erschöpfung – manche auch darüber hinaus – arbeiten und ihre Gesundheit gefährden."

Das schreibt nicht irgendwer, sondern das schreibt die Hälfte aller Kita-Leitungen in Hamburg in Hunderten von Brandbriefen, die am 2. Oktober dem Ersten Bürgermeister beziehungsweise seinem Sprecher übergeben worden sind. Und wir sagen, mit Recht, denn die Zustände sind so wirklich nicht mehr tragbar, weder für die Fachkräfte noch für die Kinder dieser Stadt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Kitas dieser Stadt sollen immer mehr Aufgaben übernehmen für Bildung und Betreuung. Sie sollen nach dem Fall Yagmur aktuell auch für den Kinderschutz einen erheblichen Beitrag leisten. Sie sollen Kindern demokratische Teilhabe beibringen. Sie sollen den Übergang in die Schule gestalten. Sie sollen Eltern in ihren Erziehungskompetenzen fördern, und gleichzeitig sollen sie noch ein Ort der Fürsorge und der zuverlässigen emotionalen Betreuung sein. Und das alles mit einem Personalschlüssel, der seit zehn Jahren auf dem gleichen Niveau eingefroren ist, mit einem Personalschlüssel, gerade im Krippenbereich, der Hamburg leider attestiert, Schlusslicht aller westdeutschen Bundesländer zu sein, und mit einem Personalschlüs-

sel, der in der Realität so aussieht, dass eine Erzieherin im Krippenbereich mindestens sieben Kinder betreut. In Urlaubs- und Krankheitszeiten sind es sogar bis zu zehn Kleinstkinder unter drei Jahren, die von dieser einen Erzieherin umsorgt, gefüttert, betreut, gebildet und so weiter werden müssen. Bei diesen Zahlen wird uns allen doch deutlich, warum Hamburg Schlusslicht dieser Bundesländer ist. Die Ansprüche, die an die Kitas gestellt werden, können mit diesem Personalschlüssel nicht erfüllt werden, das kann nicht funktionieren. Das sieht jedes Kind, nur leider nicht der SPD-Senat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Anstatt schrittweise Verbesserungen einzuleiten, stellt sich Senator Scheele stur und gibt in den Medien selbstherrlich das Motto heraus: Seht zu, wie ihr selber zurechtkommt, von uns gibt es keinen Cent mehr. Falsch, Herr Senator Scheele, es ist nicht die Aufgabe der einzelnen Kitas, für vernünftige Bedingungen zu sorgen, das ist zu allererst Ihre Aufgabe als zuständiger Senator. Mich wundert, dass Sie da immer noch den Kopf schütteln.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der CDU – Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg übernimmt den Vorsitz.)

Dieser Aufgabe, Herr Senator, werden Sie nicht gerecht.

Bei Ihrem Regierungsantritt haben Sie große Versprechungen gemacht. Sie haben die Eltern damit gelockt, dass Sie den Bereich Kita zur Chefsache erklären, und haben Verbesserungen versprochen. Das haben Sie auch eingehalten – in der Gebührenfrage. Aber die Eltern sind längst aufgewacht und haben festgestellt, dass dieses Geschenk von Ihnen ein faules Geschenk war, das sie am liebsten zurückgegeben hätten.

(*Dirk Kienscherf SPD:* Die wollen alle Gebührenerhöhungen! Stellen Sie doch den Antrag!)

Ich sagen Ihnen auch, warum, Herr Kienscherf. Die Elternvertretung aller Kitas, der LEA, hat dem Senat sogar den Vorschlag unterbreitet, die Beitragsbefreiung für die fünfständige Grundbetreuung zurückzustellen – derselbe Landeselternausschuss, der das mit dem Bürgermeister ausgehandelt hat.

(Zuruf von *Dr. Monika Schaal SPD*)

– Frau Schaal, Ihr Ressort ist die Umweltpolitik. Und wenn Sie etwas sagen wollen, dann kommen Sie hier hinter das Podium.

(Vereinzelter Beifall bei den GRÜNEN)

Der LEA hat dem Senat den Vorschlag unterbreitet, diese Gebührenbefreiung zu strecken und das eingesparte Geld in einen verbesserten Personalschlüssel zu investieren. Die Eltern wollen die Ge-

(Christiane Blömeke)

bührenbefreiung nämlich nicht zulasten der Qualität.

(Dirk Kienscherf SPD: Woher wissen Sie das?)

Aber der Senat hat abgelehnt; das ist übrigens in einer Anfrage als Antwort des Senats nachzulesen. Genau das passiert mit diesem Senat. Die Qualität wird nicht verbessert, es gibt nur eine Gebührenbefreiung, und dadurch haben wir eine erhebliche Schieflage.

Mit den Kita-Verbänden hat der Senat auch ein Problem. Wir haben das erste Mal eine Landesrahmenverhandlung, die unterbrochen werden musste, nicht, weil die Kita-Träger immense und überzogene Forderungen gestellt hätten, sondern weil der Senat unbeweglich ist. Und Sturheit, Herr Senator, kann einer Politik manchmal sehr im Wege stehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich finde es sehr bedauerlich, dass Sie nicht bereit sind, ernsthaft die Argumente abzuwägen, zu prüfen und zu verhandeln, und stattdessen durch Ihre Kompromissunfähigkeit Menschen auf die Straße bringen, die eigentlich nicht mehr als ihre Arbeit tun wollen. Wir wissen, dass nicht alles gleichzeitig umsetzbar ist, und darum versprechen wir GRÜNE auch kein Wolkenkuckucksheim. Aber wir sagen, dass man zuerst im Krippenbereich verbessern muss und den Schlüssel in diesem Bereich anpassen muss. Solche Schritte sind im Haushalt möglich, Herr Kienscherf, das werden wir Ihnen noch darstellen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Frau Blömeke. – Das Wort hat Frau Dr. Leonhard von der SPD-Fraktion.

Dr. Melanie Leonhard SPD: Sehr geehrte Präsidentin, meine Damen und Herren! Sein gegebenes Wort zu halten ist ein hohes Gut, auch und gerade in der Politik.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben Hamburger Eltern versprochen, in dieser Legislaturperiode Maßnahmen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen in Kitas und Kindertagespflege umzusetzen, und wir haben Wort gehalten.

(Beifall bei der SPD)

2011 hat Olaf Scholz als Landesvorsitzender der SPD eine Vereinbarung mit den Hamburger Eltern, vertreten durch den LEA, getroffen. Die Hamburger SPD verpflichtete sich, im Falle eines Wahlsieges zur Verbesserung der Kindertagesbetreuung und der Kindertagespflege folgende Maßnahmen umzusetzen, ich will nur die wichtigsten noch einmal

nennen: Rücknahme der schwarz-grünen Gebührenerhöhung und Abschaffung der Gebühr für das Mittagessen – eingelöst 2011; Vorziehen des allgemeinen Rechtsanspruchs auf eine fünfständige Betreuung für alle Kinder ab dem zweiten Lebensjahr – umgesetzt 2012; "Kita Plus" mit mehr Personal in Kitas mit vielen Kindern aus benachteiligten Familien – umgesetzt 2013; erfolgreiche Umsetzung des bundesgesetzlichen Rechtsanspruchs ab dem vollendeten ersten Lebensjahr – auch 2013 umgesetzt, und nicht zuletzt die Einführung einer gebührenfreien Grundbetreuung im Umfang von fünf Stunden plus Mittagessen – Umsetzung 2014.

(Beifall bei der SPD)

Die SPD hat alle diese Punkte umgesetzt und damit Vertragstreue bewiesen und das Vertrauen in sie gerechtfertigt. Wir haben eingehalten, was wir versprochen haben, und das finden die Hamburgerinnen und Hamburger auch richtig.

(Beifall bei der SPD)

Welch hohe Bedeutung diese Verlässlichkeit für die Eltern in Hamburg hat, möchte ich denen, die das nicht glauben können oder nicht glauben wollen, gern verdeutlichen, indem ich eine Mutter zu Wort kommen lasse, die sich im Februar 2014 per E-Mail an mich gewandt hat, wie viele andere Eltern in Hamburg übrigens auch – ich zitiere –:

"Sehr geehrte Damen und Herren! Als Wählerin und bald dreifache Mutter möchte ich gern wissen, ob ab August 2014 eine Basisbetreuung in den Hamburger Kindertagesstätten für die einjährigen Kinder tatsächlich kostenfrei sein wird. In der Presse gibt es lediglich ältere oder nicht ganz so seriös wirkende Artikel, und die Opposition lästert auf ihrer Homepage über die Märchenstunde von Olaf Scholz.

(Dr. Roland Heintze CDU: Da hat sie ja recht!)

Aber ich hoffe natürlich weiter auf dieses tolle Vorhaben und damit auf die erhebliche Entlastung für viele Familien. Über eine Information darüber würde ich mich sehr freuen. Mit freundlichen Grüßen."

(Beifall bei der SPD)

Die Hamburger Eltern haben sich auf uns verlassen, und wir haben gehalten, was wir versprochen haben. So geht vertrauenswürdige Politik.

(Beifall bei der SPD – *Finn-Ole Ritter FDP: Vielleicht war es ja eine Genossin!*)

– Es mag Sie zum Gähnen anregen, wenn man so ein Wahlversprechen einhält, in Wahrheit ist das aber das, was einem nachher manchmal den Sprung über die Hürde sichert.

(Dr. Melanie Leonhard)

(Beifall bei der SPD – *Dr. Andreas Dressel SPD*: So ist es!)

Nach der erfolgten Überarbeitung der Hamburger Bildungsempfehlungen, nach der Einführung von "Kita Plus" und nach Verbesserungen im Elementarbereich wollen wir die finanziellen Spielräume, so sie sich ergeben, prioritär auch für weitere Verbesserungen in der Krippe einsetzen. Gleichzeitig wissen alle Fraktionen in diesem Hause, dass die gern zitierte Bertelsmann Stiftung, die sich zu Krippenschlüsseln im Elementarbereich und im Krippenbereich deutlich geäußert hat, ausdrücklich darauf hingewiesen hat, dass bei Anlegung ihrer Maßstäbe die erforderlichen Mittel von Hamburg, genauso wie für die meisten anderen Bundesländer auch, nicht allein zu stemmen sind. Die Stiftung hat daher ein Bundes-Kita-Gesetz zur Festlegung einheitlicher Standards gefordert.

Wenn man bedenkt, welche finanziellen Mittel für das Betreuungsgeld bereitgestellt werden und welche Qualitätsverbesserungen sich damit vor Ort finanzieren ließen, dann kommt man zu dem Schluss, dass das Geld in den Kommunen besser an anderer Stelle eingesetzt würde.

(Beifall bei der SPD)

Auch deswegen klagt die SPD gegen dieses Betreuungsgeld. Diese Zuweisung hat in diesem Hause vor allen Dingen zwei Fans, Herrn Wersich und Herrn de Vries. Die werden sich sicherlich dazu auch noch einlassen. Wir glauben, dieses Geld wäre anderswo besser eingesetzt. Wenn wir es hätten, dann würden wir das auch in eine Verbesserung des Krippenschlüssels umsetzen. Bis dahin loten wir die finanziellen Spielräume nach ihren Möglichkeiten aus. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Frau Leonhard. – Das Wort hat Herr de Vries von der CDU-Fraktion.

Christoph de Vries CDU:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Jeder weiß es, Frau Leonhard hat es richtig gesagt: Hamburg ist das Schlusslicht aller westdeutschen Bundesländer in der Betreuungsqualität von Krippenkindern. In keinem anderen westdeutschen Bundesland muss eine Erzieherin mehr Kinder gleichzeitig betreuen als in Hamburg.

(Beifall bei der CDU – *Dr. Andreas Dressel SPD*: Das war übrigens Frau Blömeke!)

– Das war Frau Blömeke.

Das ist die bittere Wahrheit nach dreieinhalb Jahren SPD-Senat, und hieran muss sich dringend etwas ändern.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei den GRÜNEN – *Dr. Andreas Dressel SPD*: Wollt ihr die Gebühren wieder einführen? Dann lasst mal vor der Wahl die Sau raus!)

Alle Experten, die sich mit frühkindlicher Bildung und Betreuung beschäftigen, haben Hamburg mittlerweile ins Stammbuch geschrieben, dass hier dringend Handlungsbedarf besteht. Und auch die schon angesprochenen wissenschaftlichen Studien, die Bertelsmann-Studie oder die Schlüsselstudie, kommen zu demselben Ergebnis. Herr Scheele, Sie sollten diese berechtigte Kritik deswegen endlich einmal ernst nehmen und die notwendige Verbesserung der Betreuungsschlüssel in Hamburg schleunigst angehen. Das haben die Kinder in Hamburg verdient, und das haben auch die Erzieherinnen in Hamburg verdient.

(Beifall bei der CDU)

Frau Blömeke hat es angesprochen, der Widerstand in dieser Stadt wächst von allen Seiten, von den Erziehern, den Verbänden und den Eltern. Wie hat es eine Kita-Leiterin im Rahmen einer Protestaktion kürzlich so treffend ausgedrückt – ich will es zitieren –:

"Sie haben mit dem Krippen-Ausbau einen Kreuzfahrtdampfer geschaffen, ohne Matrosen an Bord."

Wir Christdemokraten sagen klipp und klar: Satt und sauber allein reicht nicht aus, gute frühkindliche Bildung und Betreuung hat auch ihren Preis. Wir wollen ausreichend Matrosen an Bord, die auch eine qualitativ hochwertige Kinderbetreuung in Hamburg leisten können.

(Beifall bei der CDU)

Was bedeutet das? Gute Betreuungsqualität ist eben mehr, als wohlwollende Bildungsempfehlungen auf viel Papier zu schreiben, die dann in der Praxis keine Erzieherin umsetzen kann. Hamburg braucht keine zahnlosen Papiertiger, Hamburgs Kitas brauchen mehr fachpädagogisches Personal.

(Vereinzelter Beifall bei den GRÜNEN)

Es ist doch wirklich bemerkenswert, das wurde auch schon angesprochen, dass selbst der LEA, der der Vertragspartner des damaligen SPD-Vorsitzenden Olaf Scholz war,

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Der ist immer noch SPD-Vorsitzender!)

angeboten hat, auf diese Beitragsfreistellung zu verzichten. Und was hat der Bürgermeister gemacht, was hat Senator Scheele gemacht? Sie haben dieses Angebot leichtfertig ausgeschlagen, damit sie ihre kurzfristigen Wahlversprechen einlösen können. Versprechen hin oder her, das ist keine gute Kita-Politik.

(Christoph de Vries)

(Dr. Andreas Dressel SPD: Was hätten ihr denn gesagt? Wahlbetrug hätten ihr doch gesagt!)

– Herr Dressel, ich freue mich, dass Sie jetzt auch einmal an der Debatte teilnehmen. Fachlich ist da noch Nachholbedarf, aber das ist mit Sicherheit das Letzte, was wir Ihnen vorwerfen.

(Beifall bei der CDU)

Ein wenig Einsicht in der Politik schadet nicht, und das gestehen wir auch selbstverständlich der SPD zu.

Interessant ist doch, was Sie sich von der Beitragsfreistellung versprochen hatten. Eigentlich Jubel allenthalben, aber das Gegenteil ist nun in der Stadt der Fall. Die Menschen wollen keine finanziellen Entlastungen auf dem Rücken der Kinder und Erzieher. Und mit Ihrer Prioritätensetzung für die Beitragsentlastung und gegen Investitionen in die Betreuungsqualität der Kinder haben Sie sich keinen Gefallen getan. Sie stehen unter allen Experten im Kita-Bereich allein da. Es wird Zeit, dass Sie mit Ihren Prioritäten endlich umsteuern und Ihre Haltung an der Stelle überdenken.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei den GRÜNEN – Glocke)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg (unterbrechend): Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Dressel?

Christoph de Vries CDU (fortfahrend): Obwohl Herr Dressel heute seine Liebe zur Kita-Betreuung entdeckt hat, möchte ich meine Rede trotzdem noch gern zu Ende bringen. Aber ich würde mich freuen, wenn Sie als Premiere nach mir ans Mikrofon treten würden.

Wie reagiert denn der Senat auf dieses Thema? Monatelang taucht er unter, der Druck steigt immer mehr, Protestaktionen kommen in die Stadt, es gibt Unterschriftenaktionen, die Verbände beteiligen sich, der LEA beteiligt sich und die Eltern beteiligen sich, aber der Senat taucht ab. Und was hören wir jetzt, was soll passieren? Jetzt wird natürlich wieder mit dem Finger auf andere gezeigt und gesagt, Berlin müsse sich an dem Qualitätsausbau in Hamburg beteiligen. Und zweitens wird gesagt, die Kitas müssten diese Verbesserungen selbst aus dem eigenen Saft finanzieren.

Herr Scheele, das ist unredlich, denn die Kitas haben diese Maßnahmen nicht beschlossen, das war Ihre Politik. Die haben das nicht gewollt, die haben schon vorher Angst davor gehabt. Und Berlin hat genug getan, Berlin hat 65 Millionen Euro investiert und wird die nächsten Jahre weiter investieren, obwohl es nicht seine Aufgabe ist. Machen Sie gefälligst Ihre Hausaufgaben. – Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Herr de Vries. – Das Wort hat Herr Ritter von der FDP-Fraktion.

Finn-Ole Ritter FDP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Liebe Abgeordnete, machen wir es heute förmlich. Es gibt die große Dankbarkeit der SPD gegenüber den Hamburger Eltern, die immer breitgetreten wird. Ich möchte einiges dazu sagen. Sie haben zu Recht gesagt... – Herr Dr. Dressel, jetzt hören Sie mir doch zu, wenn ich schon darüber rede.

(Dr. Monika Schaal SPD: Sie haben doch noch gar nichts gesagt!)

Sie wollen doch in dieses wichtige Feld eintauchen, dann müssen Sie auch einem Experten zuhören.

(Beifall bei der FDP)

Ich bewerte grundsätzlich Ihre Beitragsbefreiung nicht negativ. Sie haben ein Wahlversprechen gehalten, dafür wollen Sie sich doch immer so extrem loben, und ich tue es auch.

(Beifall bei Dr. Andreas Dressel SPD)

Aber dazu gehört natürlich auch, dass ich bei einem gegebenen Versprechen sage, was die Konsequenzen sind, wenn ich es einhalte. Und hätte man den Eltern am Anfang reinen Wein eingeschenkt, dann hätte man sagen müssen, dass man ihnen zwar die Beiträge erlassen wolle, aber die Qualität in den Keller fahre. Hätte man das gesagt, wäre es so nicht durchgekommen.

(Beifall bei der FDP – Dr. Andreas Dressel SPD: Die ist nicht in den Keller gefahren!)

Ich möchte Ihnen noch eines sagen. Herr Senator Scheele hat sich mit seinem ganzen Kita-Geld, das er ausgeschrieben hatte, völlig übernommen. Er hat doch im Ausschuss gesagt, es sei kein Geld mehr da für Qualität und man hoffe, dass der Bund jetzt etwas mache, das heißt, wir haben keine Spielräume mehr in Hamburg. Aber – FDP-Anfrage – 20 Millionen Euro Zuschuss vom Bund, der eigentlich für die Qualität gedacht ist, versickert im Allgemeinshaushalt.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Das ist falsch, richtiger Bullshit!)

Das ist Ihre Antwort, wie Sie mit Qualität umgehen, das werden wir so nicht akzeptieren, und wir haben es aufgedeckt.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Wenn Sie sagen, Sie wollten, dass der Bund etwas mache – ich glaube, Sie sind doch in der Großen Koalition auch mit an der Regierung –, dann ist doch das Konstrukt Ihrer Finanzierung der Kitas für die Zukunft auf Hoffnung aufgebaut. Diese Hoff-

(Finn-Ole Ritter)

nung möchte ich gern mit Zahlen belegen, und ich möchte, dass das Geld, das zweckgebunden hierherkommt, auch für die Qualität und die Betriebskosten verwendet wird. Dafür werden wir uns einsetzen. Wir wollen mehr Qualität in den Kitas und nicht nur das Geld mit der großen ... – jetzt habe ich das Wort verloren.

(*Dr. Roland Heintze CDU: Kita-Gießkanne!*)

Wir wollen das Geld nicht nur mit der großen Gießkanne ausgießen. – Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Herr Ritter. – Das Wort hat Herr Yildiz von der Fraktion DIE LINKE.

Mehmet Yildiz DIE LINKE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben dieses Thema zwar schon häufig diskutiert, aber ich freue mich wiederum, dass die GRÜNEN das Thema angemeldet haben. Inhaltlich wurde einiges gesagt, aber ich möchte konkret zur jetzigen Entwicklung in Hamburg eines deutlich machen.

Ob der Hamburger Senat oder wir als Politiker das Thema ernst nehmen wollen oder nicht, auf uns wartet ein heißer Herbst, weil die Kita-Träger, die Kita-Beschäftigten, die Gewerkschaften, der Landeselternausschuss und das Kita-Bündnis schon dabei sind. Wir wurden häufig dort eingeladen, wir haben dort Gespräche geführt, und Senator Scheele saß gestern mit auf dem Podium und wurde vorgeführt. Sie haben konkrete Erwartungen und Forderungen an uns. Die Hamburger Kita-Träger und Kita-Beschäftigten machen eine sehr gute Arbeit, das möchte ich betonen, weil wir häufig darüber reden. Sie haben schlechte Bedingungen und schlechte Personalschlüssel, das sehe ich genauso wie Sie. Aber unter diesen schlechten Bedingungen machen sie eine sehr gute Arbeit, und dafür möchte ich mich einmal bedanken, denn das kommt sehr selten vor.

(Beifall bei der LINKEN, den GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Der Senat beschließt tagtäglich zusätzliche Aufgaben: Kinderschutz, Bildungsempfehlungen – wobei ich die gut und richtig finde – und dass man im Vorfeld Präventionsarbeit machen sollte für die gesamte frühkindliche Bildung und den Kinderschutz. Aber es fehlt in den letzten zehn Jahren – Frau Blömeke und auch Herr de Vries haben das angesprochen – an Steigerungen. Es gab keine Steigerungen, kein zusätzliches Geld für zusätzliche Arbeit. Das war unter Schwarz-Grün der Fall, und das ist auch unter der SPD der Fall. Die SPD hat nur umgesetzt, was man mit dem Landeselternausschuss durch eine Volksinitiative beschlossen hat. Das war auch richtig und gut.

(*Dr. Andreas Dressel SPD: Das war ja wenigstens unsere Volksinitiative!*)

– Nein, da gab es eine Volksinitiative, Herr Dressel, und es gab Verhandlungen. Man hat sich auf einen grundsätzlichen Nenner geeinigt. Daraufhin wurde das umgesetzt.

(*Dr. Andreas Dressel SPD: Thies Rabe, Olaf Scholz und Jutta Blankau waren die Vertrauenspersonen! Das hat er nicht mitgekriegt!*)

Egal, ob wir es wollen oder nicht, Hamburg hat den schlechtesten Personalschlüssel bundesweit im Krippenbereich. Ich will nicht das eine mit dem anderen verwechseln. Daher erwarten die Beschäftigten der Hamburger Kita-Träger zusätzliches Geld, das man in diesen Bereich investieren soll. Studierende sagen das, Beschäftigte sagen das und die Träger sagen das. Das sagen nicht nur DIE LINKE oder die GRÜNEN oder die Opposition. Das sollten Sie ernst nehmen, und wenn Sie das nicht tun, wird das dazu führen, dass Sie es im Herbst mit einer riesigen Kampagne zu tun haben, wenn auch der Wahlkampf angefangen hat. Und irgendwann werden Sie wie bei der Volksinitiative "Frühkindliche Bildung ist ein Grundrecht" einen Monat vor der Bürgerschaftswahl wieder einen Vertrag abschließen müssen und den Trägern und Beschäftigten sagen, dass Sie auf ihre Forderungen eingingen, wenn Sie noch einmal regierten, dann würden Sie noch einmal Gelder einfließen lassen. Das Thema brauchen wir nicht als Wahlkampfthema, es wäre stattdessen schön, wenn wir die Qualität und die Beschäftigten in den Kitas gemeinsam unterstützen würden.

(Beifall bei der LINKEN)

Der Senat weigert sich, in der Vertragskommission darüber zu sprechen, er weigert sich, überhaupt die Qualität zu thematisieren, aber unsere Kinder sind es wert. Es ist wissenschaftlich nachgewiesen, dass man, wenn man heute 1 Euro in die frühkindliche Bildung investiert, morgen 5 Euro spart. Daher sollten wir heute investieren, damit wir langfristig in den Bereichen der Kitas, Schule und Jugendhilfe auch zusätzliche Ersparnisse schaffen können. Kitas sind das Fundament für die Entwicklung eines Kindes, und dieses Fundament sollten wir stärken. – Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Christiane Blömeke GRÜNE*)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Herr Yildiz. – Das Wort hat Herr Senator Scheele.

Senator Detlef Scheele: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Krippen und Kitas sind in der Tat auf dem Weg, Bildungseinrichtungen zu werden. Es ist richtig, was Sie gesagt haben. Frühkindliche Bildung in der Krippe und der Kita hat

(Senator Detlef Scheele)

den höchsten Wert, wenn man überhaupt darauf abzielen will, dass Kinder mit gleichen Chancen in die erste Klasse der Grundschule kommen sollen.

(Beifall bei der SPD)

Wir wissen, dass der Sprachförderbedarf um mehr als 20 Prozent sinkt, wenn Kinder drei Jahre in der Krippe oder in der Kita waren. Wirtschaftlicher kann man in der Tat Mittel nicht einsetzen, darin bin ich mit Ihnen völlig einig. Aber den Weg, bis Krippen und Kitas wirklich Bildungseinrichtungen sind, haben wir gerade beschritten, und zwar in allen Bundesländern und allen Städten. Wir fangen an, die Idee der Bildungseinrichtung Krippe und Kita umzusetzen, und da wird sich auch etwas am Krippenschlüssel ändern müssen, da bin ich ganz bei Ihnen. Aber alles, was mir vorliegt, zum Beispiel die Bertelsmann-Studie, auf die sich immer alle beziehen, sagt, dass kein Bundesland, das diesen Krippenschlüssel nicht hat, ihn aus eigenen Mitteln realisieren kann.

Deshalb begrüße ich es ausdrücklich, dass die Bundesfamilienministerin am 6. November zu einer großen Fachtagung nach Berlin einlädt, um miteinander darüber zu reden, wie wir eine vernünftige Definition von Qualität und frühkindlicher Bildung in Krippe und Kita erreichen, denn wenn Sie es nur auf den Schlüssel reduzieren, dann vergessen Sie einiges. Es geht um Fortbildung, es geht um Leitungsspannen, es geht um mittelbare pädagogische Arbeit und es geht um Vertretungszeiten.

(*Finn-Ole Ritter FDP*: Der Mittelpunkt ist aber der Schlüssel!)

– Das stimmt doch gar nicht, wenn man die anderen Sachen mit aufnehmen will. Man wird sich damit auseinandersetzen müssen.

(Zuruf von *Christoph de Vries CDU*)

– Herr de Vries, wir haben die gleiche Situation wie im ASD. Einige fordern 60 Stellen und wissen gar nicht, wohin die sollen.

Wir werden uns auf den Weg machen müssen, wie frühkindliche Bildung in Krippe und Kita tatsächlich ausgestattet wird. Und Hamburg wird sich federführend an den Dingen im Bund beteiligen, das kann ich Ihnen zusichern. Ich weiß mich da auch einig mit der Bundesfamilienministerin.

(Beifall bei der SPD)

Die Gebührenbefreiung ist nicht nur ein Geschenk an Eltern, sondern sie ist ein Grundprinzip sozialdemokratischer Regierungspolitik. Bildung ist kostenlos in diesem Land.

(Beifall bei der SPD)

Ich verstehe, dass Sie das anders sehen, bei Ihnen soll Bildung etwas kosten, bei uns nicht.

(Beifall bei der SPD – *Finn-Ole Ritter FDP*: Das ist Aufbewahrung, das ist doch keine Bildung!)

Wir haben angefangen mit der Gebührenbefreiung. Der LEA war bei mir und hat gesagt, er könne sich Folgendes vorstellen – im Übrigen wird doch nie in Gänze zitiert, es wird immer das zitiert, was gefällt. Ich zitiere immer vollständig nach den deutschen Zitierregeln im dtv.

(*Jens Kerstan GRÜNE*: Daran werde ich Sie erinnern, Herr Scheele!)

– Herr Kerstan, lassen Sie mich doch mal zu Ende reden.

Der LEA hat uns gesagt, dass wir die 70 Millionen Euro, die es im ersten vollständigen Jahr kostete, bitte für Qualitätsverbesserungen einsetzen mögen, das sei der Beitrag der Eltern, und wir mögen noch einmal 70 Millionen Euro obendrauf legen. Es ging um 140 Millionen Euro, und die hat diese Stadt in der Tat nicht. Sie müssen aber auch mit erwähnen, dass das das Angebot war.

Es gab noch einen zweiten Aspekt. Als mir das vorgetragen wurde, habe ich gesagt, in Ordnung, wenn Sie mir garantieren, dass mir nachher kein Wahlbetrug vorgeworfen wird, dann kann ich dem näher treten. Da saßen die Kolleginnen und Kollegen etwas belämmert am Tisch und sagten, das könnten sie nicht, denn sie wüssten doch nicht, was die Opposition sage. Und natürlich würden Sie sagen, das sei Wahlbetrug. Es wäre doch völliger Blödsinn anzunehmen, dass Sie das nicht täten. Wir sind im Wahlkampf, und dann passiert das auch so. Das ist doch naiv.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von *Christoph de Vries CDU*)

– Nun hören Sie doch zu.

Die Gebührenbefreiung führt zu folgenden Situationen: Ein Paar mit zwei Kindern, die acht Stunden am Tag in die Krippe oder in die Kita gehen, zahlt bei einem Nettoentgelt von 3200 Euro den Höchstbeitrag.

(*Finn-Ole Ritter FDP*: Der normale Arbeiter?)

– Genau. Das ist wahrscheinlich etwas unter dem Durchschnitt des Verdienstes eines normalen Arbeitnehmers, denn es sind zwei Menschen, die in diesem Haushalt verdienen.

Wenn man diesen Personenkreis nicht entlasten will, dann muss man sich wirklich fragen, woher man denn etwas holen will? Es geht um einfache Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die das Rückgrat der Wirtschaft dieser Stadt bilden, und denen wollen wir etwas zurückgeben. Ich habe schon einmal gesagt, Herr Ritter, mehr Netto vom Brutto. Da sind wir besser als Sie.

(Senator Detlef Scheele)

(Beifall bei der SPD – *Finn-Ole Ritter FDP*: Sie sind im Wahlkampfmodus! Reden Sie doch mal als Senator!)

Die Forderung der Verbände, die auf dem Tisch liegt, bedeutet 4000 zusätzliche Stellen. Mit mir hat niemand über einen Stufenplan geredet. Wissen Sie denn überhaupt, woher man 4000 Erzieher bekommen will? Hier wird mit Maximalforderungen diskutiert, ohne ein realistisches Szenario auf den Tisch zu legen, das habe ich jedenfalls bisher nicht bekommen. Ich verweigere mich keiner Diskussion über die Frage der Verbesserung des Krippenschlüssels, wenn es um frühkindliche Bildung geht. Aber es gibt sie gar nicht. Ich habe in den dreieinhalb Jahren, in denen ich Senator bin, wann immer die Verbände bei mir am Tisch gesessen haben, nur über Geld geredet, und ich habe nicht über Inhalte geredet. Das muss ich leider sagen.

Und die Rahmenvereinbarung mit den Trägern der Kindertagesstätten sieht einen Automatismus von 3,27 Prozent Steigerung in diesem Jahr vor; das sind 20 Millionen Euro. Im nächsten Jahr werden es 22 Millionen Euro sein und im übernächsten Jahr 23 Millionen Euro. Und über diese 23 Millionen Euro müssen wir gar nicht verhandeln, das überweisen wir jedes Jahr automatisch mehr. Darum habe ich gesagt, liebe Kolleginnen und Kollegen, lasst uns einmal schauen, ob wir im System nicht für eine Runde etwas Geld haben, um aus dem System eine Verbesserung zu bezahlen. Es ist nämlich absurd, wenn die Stadt Kredite aufnimmt und verschuldet ist, aber möglicherweise ein System, das Rücklagen hat, zusätzlich finanziert. Meine Bitte war nur, gemeinsam in die Kassen zu schauen, ob wir ein einziges Mal eine leichte Verbesserung daraus bezahlen können.

Ich bin Aufsichtsratsvorsitzender der "Elbkinder". Wir haben den Krippenschlüssel am 1. Januar um 8 Prozent erhöht. Und wir sind uns einig darüber, dass wir unsere Rücklagensituation mit unserem Wirtschaftsprüfer überprüfen, um ihn noch einmal zu erhöhen. Das habe ich gestern auf der Betriebsversammlung zugesagt, das machen wir aus unseren Eigenmitteln.

(Beifall bei der SPD)

Herr de Vries hat freundlicherweise eine Anfrage gestellt, ob die "Elbkinder" etwa privilegiert würden. Herausgekommen ist, dass es dort keine Privilegierung gibt. Alle bekommen das gleiche Geld, alle haben die gleichen Chancen, mit dem Entgeltsystem des Kita-Gutscheinsystems zu wirtschaften. Meine Hypothese ist, dass es für eine einmalige Verbesserung Geld gibt, denn eine verschuldete Stadt kann möglicherweise ein gut finanziertes System nicht noch überfinanzieren, das sollten wir nicht tun. Darauf ist jedoch niemand eingegangen.

Über diesen Automatismus von 22 und 23 Millionen Euro können wir gegenwärtig nicht hinausge-

hen. Wir bemühen uns sehr, die Diskussion über frühkindliche Bildung in Krippe und Kita nach vorn zu bringen, und werden uns im Bund und überall dafür einsetzen, dass es besser wird. Ich kann nur noch einmal feststellen, dass die Bertelsmann-Studie gesagt hat, die Länder könnten das nicht. Und schauen Sie nicht nur auf die westdeutschen Länder. In Ostdeutschland werden auch Kinder erzogen, und die sind nicht alle verlottert, nur weil der Schlüssel da schlechter ist. Das bitte ich einmal zu berücksichtigen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Herr Senator. Ich weise Sie darauf hin, dass Sie mehr als acht Minuten Redezeit verwendet haben. Den Abgeordneten stehen nur fünf Minuten zur Verfügung.

Noch ein weiterer Hinweis. Da der Senator geredet hat, kann jede Fraktion jetzt noch einmal fünf Minuten lang reden. – Frau Blömeke hat nun das Wort.

Christiane Blömeke GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Senator Scheele, Sie sollten wirklich nicht den Vergleich zum ASD, zum Allgemeinen Sozialen Dienst, ziehen. Damit haben Sie gestern Abend im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss schon nicht gut ausgesehen. Es ist etwas schwierig, wenn Sie diesen Vergleich heute wieder anstellen. Gerade der ASD ist doch das Beispiel dafür, dass Sie sich jahrelang, seit Sie in der Regierung sind, verweigert haben, irgendetwas zu tun und dadurch die wirklich schwierige Personalsituation hervorgerufen haben und jetzt in einem Sofortprogramm als Getriebener handeln. Wenn wir das auf die Kitas übertragen, dann erwarte ich eigentlich, dass Sie ebenso im Krippenbereich handeln. Das wäre dann die logische Folge, wenn Sie schon mit dem ASD vergleichen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es geht hier nicht darum, gleich als ersten Schritt riesengroße Verbesserungen in allen Kitas in ganz Hamburg zu fordern. Wir wissen auch, dass das Geld begrenzt ist. Und es ist erst einmal aus unserer Sicht nicht so viel dagegen zu sagen, dass Sie Ihr Wahlversprechen einhalten und sagen, Sie wollten die Eltern entlasten und mit der Gebührenfreiheit anfangen. Aber Sie vernachlässigen komplett diesen Qualitätsbereich in der Kita, und das kritisieren wir. Es geht nicht darum, dass er in ganz Hamburg sofort überall wachsen soll, sondern Sie sollten mit einer schrittweisen Verbesserung anfangen. So, wie Sie es in sozialen Brennpunkten bei den Elementarkindern gemacht haben, könnte man es auch für den Krippenbereich machen. Das ist finanzierbar, und zwar auch ohne den Bund,

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Nämlich wie?)

(Christiane Blömeke)

und es ist Ihre Verantwortung, das hier in Hamburg zu tun oder es eben nicht zu tun.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Wie denn?)

– Darüber können wir in den Haushaltsberatungen weiter reden. Herr Dressel, Sie sitzen doch an der Quelle.

Wir sind noch nicht in den Haushaltsberatungen, aber ich kann Ihnen sagen, dass es durchaus machbar ist. Alles, was Sie tun, ist, auf den Bund zu verweisen und zu sagen, Hamburg könne es nicht allein richten. Da erwarte ich allerdings dann auch Taten. Aufgrund Ihrer Mitregierung dort kann das nur einfach sein, und die CDU haben Sie vielleicht auch sofort an Ihrer Seite. Ich denke, da könnten Sie anfangen.

Von Frau Leonhards Beitrag war ich etwas enttäuscht. Ich bin bei anderen Sachen durchaus einverstanden mit dem, was Frau Leonhard sagt,

(Jan Quast SPD: Das ist aber wichtig, dass Sie einverstanden sind!)

aber in diesem Fall ist einfach wenig Neues gekommen, außer dass gebetsmühlenartig wiederholt wurde, welche Wahlgeschenke und Wohltaten in der Stadt verwirklicht wurden. Und dann zitieren Sie noch eine Mutter, die sich bei Ihnen gemeldet hat.

(Dirk Kienscherf SPD: Bei mir haben sich auch einige gemeldet!)

Frau Leonhard, wir können einmal in meiner Fraktion, bei der Links-Fraktion, der CDU oder auch bei anderen Kollegen hier herumfragen – an uns wenden sich auch Eltern. Komischerweise haben diese eine ganz andere Betrachtungsweise. Sie fragen, ob sie ihr kleines Kind unter drei Jahren überhaupt noch in die Krippe geben können, weil sie Sorge haben, dass es dort nicht gesehen wird.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Dafür haben sich aber ganz schön viele angemeldet! – Jan Quast SPD: Was sagen Sie denn da?)

– Mich wundert immer, dass hier auch diejenigen aufschreien, die kleine Kinder haben. Vielleicht ist Ihre Kita da vorbildhaft, Herr Dressel, das kann ich nicht wissen, ich kenne Ihre nicht.

Ich kenne Kitas, wo eine Erzieherin acht bis zehn Kinder betreuen muss, und das geht einfach nicht bei Kindern unter drei Jahren. Damit wird man dem Bildungsauftrag nicht gerecht, und Senator Scheele hat dem auch gar nicht widersprochen. Er sieht auch irgendwo Handlungsbedarf, nur weiß er nicht – das hört man da irgendwie heraus –, wie er es bewerkstelligen soll, das Geld sei nicht da, das sei ja jetzt in der Gebührenfreiheit. Deswegen sage ich es noch einmal: Mit politischem Willen könnten Sie anfangen, die Kinder zu fördern, die es am nötigsten haben, und das sind die Kleinsten in den sozialen Brennpunkten, damit die Kita wirklich in

allen Punkten diesem Auftrag nachkommen kann, den wir hier beschrieben haben und den auch der Senator eben beschrieben hat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Alles andere ist wirklich ein Ignorieren, da muss ich dem Kollegen Mehmet Yildiz recht geben. Ich weiß nicht, in welcher Stadt Sie leben, dass Sie sagen, alle seien hier zufrieden. Für den 30. Oktober ist eine große Demonstration aller Kitas angesagt. Ich weiß nicht, ob die "Elbkinder" da mitmachen, aber alle anderen Kitas, Eltern und Kinder machen dort mit. Frau Leonhard, da kann man doch nicht von Zufriedenheit reden. Über die Hälfte der Kita-Leitungen sind aufgestanden und haben dem Bürgermeister einen offenen Brief überreicht, in dem sie schlimmste Missstände beschrieben haben, und Sie stellen sich hier hin und sagen, alle seien zufrieden. Frau Schaal ruft auch noch von da hinten, es seien doch alle zufrieden und Sie hätten Ihre Versprechen eingehalten. Irgendwie leben Sie in einer anderen Stadt. Ob nun in privilegierten Bereichen, das kann ich nicht sagen, aber Ihre Einschätzung entspricht nicht der Realität. Ich glaube in der Tat, dass Sie sich auf einen heißen Herbst einstellen müssen, und ich finde es bedauerlich, dass Senator Scheele keine Kompromissfähigkeit gezeigt hat. Ihre Beschreibung der Verhandlungen deckt sich nicht mit dem, was die Kita-Träger dazu sagen. Es ist zum Abbruch der Verhandlungen gekommen, weil es kein Bewegen der Behörde gab. Wir werden das Thema sicherlich im Familienausschuss noch einmal erörtern müssen, dann auch mit den Trägern, damit wir ihr Wort dort einmal haben und das Wort des Senators. – Danke.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Frau Blömeke. – Das Wort hat Frau Dr. Leonhard von der SPD-Fraktion.

Dr. Melanie Leonhard SPD: Zunächst einmal tut es mir leid, dass Ihre Enttäuschung über meine Worte Sie offensichtlich daran gehindert hat, mir genau zuzuhören. Niemand hat gesagt, alle seien zufrieden. Auch wir streben Verbesserungen beim Krippenschlüssel an. Wahr und klar ist aber auch: Die Gebührenbefreiung, diese Verbesserung mit "Kita-Plus" im Elementarbereich und der vorgezogene Rechtsanspruch sind nichts, was die SPD sich im dunklen stillen Kämmerlein als Wahlgeschenk überlegt hat, sondern das sind die Forderungen der Hamburger Eltern gewesen, die wir umgesetzt haben. Das haben wir versprochen, das haben wir gehalten, und das ist wichtig.

(Beifall bei der SPD)

Das trägt nämlich auch zur Glaubwürdigkeit bei. Und für die Glaubwürdigkeit und die Klarheit ist auch wichtig, hier noch einmal zu betonen, dass

(Dr. Melanie Leonhard)

die viel zitierte Studie der Bertelsmann-Stiftung, die wirklich sehr genau erhoben hat und das auch regelhaft tut, den Hamburger Krippen und Kitas keineswegs ein kolossal katastrophales Zeugnis ausgestellt hat, sondern gesagt hat, hier passiere Beispielhaftes im Bereich Fortbildung und bei den Bildungsempfehlungen und es gebe eine sehr gute Leitungsausstattung und vieles mehr. Beim Krippenschlüssel hat sie uns ermahnt, Verbesserungen in den Blick zu nehmen, und das tun wir auch; dazu haben Sie Herrn Senator Scheele eben gehört.

(Beifall bei der SPD)

Klar und wahr ist auch, dass der Kita- und Krippenbereich beim Thema Zuwendungszuwächse verglichen mit allen anderen Bereichen in der Stadt privilegiert ist. Über 3 Prozent sind sehr viel mehr, als alle anderen Zuwendungsempfänger in der Stadt sich erhoffen dürfen. Dass es natürlich nicht reicht, um alle Wünsche zu befriedigen und alles möglich zu machen, ist uns auch klar. Wir arbeiten daran, aber man kann hier nicht davon reden – das muss man auch noch einmal ansprechen –, dass wir Verschlechterungen vorgenommen hätten. Das ist explizit nicht richtig.

(Beifall bei der SPD)

Wer sich darüber hinaus Verbesserungen wünscht, etwa einen besseren Krippenschlüssel, als wir in Hamburg über Bormittel möglicherweise finanzieren können, der muss sagen, welche Gebühren er wieder einführen möchte, liebe CDU, und einen entsprechenden Haushaltsantrag stellen. Wir sind gespannt darauf, wie die Hamburger Eltern das finden, weil es ihre Empfehlungen und ihre Wünsche waren, die wir umgesetzt haben. Da waren wir verlässlich und da haben wir das Vertrauen nicht enttäuscht, das in uns gesetzt wurde.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Frau Leonhard. – Das Wort hat Herr de Vries von der CDU-Fraktion.

Christoph de Vries CDU:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Leonhard und Herr Senator Scheele, Sie können das herunterbeten, wie Sie wollen, Wahlversprechen eingehalten hin oder her. Man hat das Gefühl, Sie leben in einem Paralleluniversum, und es ist immer der Anfang vom Ende, wenn man nicht mehr bereit ist, die Wirklichkeit wahrzunehmen. Wir kennen das auch aus der Vergangenheit. Sie sollten sich dessen bewusst sein.

(Beifall bei der CDU und bei *Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP – Karin Timmermann SPD*: Sie haben also gelernt!)

Wenn Sie sagen, Herr Senator Scheele, Sie hätten drei Jahre mit den Verbänden nicht über Inhalte

geredet, sondern nur über Geld, dann ist es, ehrlich gesagt, ein Armutszeugnis für Ihre fachliche Arbeit als Senator, dass Sie drei Jahre die Probleme im Kita-Bereich in Hamburg nicht besprochen haben.

(Beifall bei der CDU)

Sie haben gesagt, Sie hätten Gespräche mit dem LEA geführt, er sei auf Sie zugegangen und wollte es verschieben – wir wissen inzwischen auch davon – und Sie wären sogar bereit gewesen, aber nun soll der LEA Ihnen garantieren, dass die Opposition Sie nicht dafür kritisiert. Das ist doch abenteuerlich, so etwas von denen zu verlangen. Aber was ich Ihnen hätte anbieten können, Herr Scheele, Sie wären bei uns offene Türen eingernannt. Wir haben diese Form der Politik immer kritisiert, und ich will noch einmal darauf verweisen, dass es nur CDU und FDP waren, die dieser Beitragsfreistellung nicht zugestimmt haben. Ich hätte mich gefreut, wenn Sie zu uns gekommen wären, Sie hätten bei uns offene Türen eingernannt und auch Gesprächsbereitschaft vorgefunden.

(Beifall bei der CDU und bei *Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP*)

Wie schwierig die Lage ist, zeigt sich doch darin, dass selbst die Betriebsratsvorsitzende der "Elbkinder"-Vereinigung öffentlich die Arbeitssituation kritisiert und sagt, die Erzieherinnen seien am Rande ihrer Arbeitsbelastung angelangt. Wenn man sich dann einmal die Zahlen anschaut, die ich auch abgefragt habe – 10 Prozent Krankheitsquote zum Teil in der "Elbkinder"-Vereinigung, die in Teilen noch besser ausgestattet ist als die anderen Kitas –, dann ist das doch ein klares Alarmsignal, das Sie endlich einmal ernst nehmen sollten, und da können Sie nicht einfach auf das verweisen, was Sie in der Vergangenheit getan haben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und bei *Christiane Blömeke GRÜNE*)

Jeder, der die Kitas ein bisschen kennt, weiß es doch. Wir haben selbst eine Erzieherin, die ab und an bei uns noch Zeiten überbrückt. Sie hat erzählt, in den letzten Ferien habe sie zeitweise 15 Kinder im Krippenbereich betreut. Und dann reden wir hier über frühkindliche Bildung und Betreuung und über Ihre Bildungsempfehlungen. Das sind doch alles nur zahnlose Papiertiger. Wir kriegen keine gute Betreuungsqualität hin, wenn wir nicht für ausreichend gute Betreuungsschlüssel in Hamburg sorgen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Und es entzieht einem wirklich fast den Boden, wenn Sie dann auf die ostdeutschen Bundesländer verweisen. Sie sind doch Sozialwissenschaftler oder Pädagoge. Sie wissen doch eigentlich am besten, dass wir in den ostdeutschen Bundeslän-

(Christoph de Vries)

dern andere Sozialmilieus und eine andere Sozialstruktur haben als in Hamburg. Das kann doch nicht ernsthaft Ihre Antwort sein auf die Situation in Hamburg. Jedes zweite Kind in Hamburg hat einen Migrationshintergrund. Wir haben viele Kinder mit Sprachentwicklungverzögerungen und Sprachdefiziten. Wir wollen doch gemeinsam, dass für die Kinder eine Chancengerechtigkeit am Beginn der Bildungskarriere besteht, und dafür müssen wir sie frühzeitig fördern. Das können wir unter den heutigen Bedingungen nicht, und dann kann man uns nicht mit ostdeutschen Bundesländern vergleichen. Wer so etwas tut, ist wirklich ahnungslos.

(Beifall bei der CDU und bei *Robert Bläsing* und *Anna-Elisabeth von Treuenfels*, beide FDP)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Herr de Vries. – Das Wort hat Herr Ritter von der FDP-Fraktion.

Finn-Ole Ritter FDP: Ich darf noch ein zweites Mal mein Bestes geben.

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nach dem gestrigen Auftritt – ich möchte das gar nicht weiter kommentieren – habe ich heute schon wieder einen schwächelnden Senator gesehen, der gesagt hat: Eigentlich wollte ich auch die Qualität verbessern, aber was sagt dann die Opposition dazu? Wenn die motzen, dann traue ich mich nicht.

(*Sören Schumacher* SPD: Also du möchtest die Gebühren erhöhen?)

Das ist doch kein verantwortungsvolles Senatshandeln für unsere Kinder in Hamburg.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Und dann kommt das Wahlkampfgetöse, es geht hier schon munter los: Wir als Sozialdemokraten wollen kostenlose Bildung.

(Beifall bei der SPD – *Dr. Andreas Dressel* SPD: Das machst du super!)

Aber jetzt fängt die ganze Kita-Lüge an. Um Bildung kostenlos zu machen, brauche ich erst einmal Bildung und nicht nur Aufbewahrung. Das ist der Fehler.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Und wo ist die Realitätsbrille der SPD und des Senators? 50 Prozent der Kita-Leitungen und auch die Betriebsratsvorsitzende der "Elbkinder", die Ihnen oder Herrn Rose doch mehr verbunden sind als mir, die aber auch manchmal die Wahrheit sagen

(Beifall bei der FDP und der CDU – Heiterkeit im Plenum)

– sie sagen sogar ziemlich oft die Wahrheit –, haben sich öffentlich dazu bekannt, dass die Bedin-

gungen in den meisten Kitas am Limit sind. Ich weiß nicht, in welchen Kitas Sie sind und wie Sie zu der Einschätzung kommen können, da sei alles in Ordnung. Wir haben völlig andere Zustände draußen, und Sie wiegeln das ab, indem Sie sagen, die Opposition sei doch zu stark, deswegen wollten Sie lieber vor dem Wahlkampf nichts mehr machen und aus Angst vor der Opposition kein Geld mehr in die Qualität stecken.

(Beifall bei der FDP und der CDU – *Jan Quast* SPD: Schöne Geschichte!)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Herr Ritter. – Das Wort hat Herr Yildiz von der Fraktion DIE LINKE.

Mehmet Yildiz DIE LINKE: * Herr Präsident, meine Damen und Herren! Dass Senator Scheele heute sagt, er überlege schon, wie man die Qualität verbessern könne, finde ich bereits einen Fortschritt. In den letzten Wochen und Monaten hat er gesagt, das stehe nicht zur Debatte, man habe kein Geld und man habe schon alles getan, was man für Kitas tun müsse. Aber man sieht, dass der Druck, der von Kita-Leitungen und -Beschäftigten, von Gewerkschaftskollegen, lieber Wolfgang Rose, und vom Landeselternausschuss ausgeht, schon Wirkung zeigt und der Senat jetzt sagt, wir müssten einmal überlegen, wie wir gemeinsam dazu kommen, dass die Qualität verbessert wird. Das finde ich einen Fortschritt. Aber der Senator stellt sich hier hin und sagt, wir sollten einmal mit den Kita-Trägern sprechen, wo wir das Geld herbekommen könnten und ob sie Rücklagen hätten, an die man herangehen könne, um gemeinsam eine Initiative zu ergreifen und den Bereich der frühkindlichen Bildung zu verbessern. Sie wissen selbst, wofür die Rücklagen gebildet werden.

(*Dr. Andreas Dressel* SPD: Jetzt bekommen wir Wirtschaftsnachhilfe von der LINKEN!)

Und Sie wissen auch selbst, dass die 1100 Kita-Einrichtungen nicht alle so sind wie die Vereinigung, die einen Verbund darstellt. Das sind sehr viele Elterneinrichtungen und so weiter, und das können Sie von denen doch nicht erwarten. Schauen Sie sich doch nur einmal an, dass es 2004 mit der Einführung des Kita-Gutschein-Systems fast 14 Prozent Kürzungen im Bereich des Personalschlüssel gab und die Kita-Leitungen diesbezüglich tagtäglich lauter werden und sagen, sie hätten einen schlechteren Personalschlüssel. Das hat doch Gründe. Wenn Sie, Herr Dressel und Herr Senator Scheele, den Brief von den Kita-Leitungen gelesen haben – und ich glaube schon, dass Sie ihn gelesen haben –, dann steht darin kein dummes Zeug, sondern darin stehen fachlich und inhaltlich richtige Sachen, wo sie von Ihnen erwarten, dass Sie da ins Gespräch kommen. Sie haben diese Gespräche in der Vertragskommissi-

(Mehmet Yildiz)

on abgebrochen, weil Sie als Senator nicht bereit waren, überhaupt Gespräche zur Frage der Qualität zu führen. Aber wenn Sie jetzt sagen, man könne einmal gemeinsam überlegen, wie man stundenweise etwas umsetzen könne, dann finde ich das schon einen Fortschritt und begrüße das.

1000 Kita-Leitungen haben im Audimax deutlich gemacht, dass in den nächsten Wochen und Monaten viel los sein wird. Es gibt Postkartenaktionen von der Gewerkschaft ver.di und Unterschriftenaktionen vom Kita-Netzwerk, und das alles führt dazu, dass wir – und auch der Senat – einmal überlegen sollten, nicht ständig mit Geld zu argumentieren, sondern wie wir unsere politischen Schwerpunkte setzen.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Aber irgendwo muss das Geld ja herkommen!)

– Mein lieber Herr Dressel, wenn es um 50 Millionen Euro für die Olympia-Bewerbung geht, wird nicht überlegt, woher wir das Geld bekommen sollen, aber wenn es um die Kinder geht, dann wird die Frage gestellt.

Wir haben Steuereinnahmen in Höhe von 592 Millionen Euro, und wir könnten doch überlegen, einen Teil der Steuereinnahmen in den sozialen Bereich zu investieren.

(André Trepoll CDU: Wir können ja auf Olympia verzichten, dann haben wir Milliarden über!)

Da sind Gelder vorhanden, aber Sie müssen sich einmal einen Ruck in Bezug auf Ihre Schwerpunktsetzung geben. Ich finde, Sozialpolitik und Bildungspolitik sind mit die wichtigsten Bereiche, und frühkindliche Bildung gehört dazu. Faktisch gesehen ist das Geld vorhanden, aber Sie verteilen es falsch. – Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Herr Yildiz. – Damit ist die Aktuelle Stunde beendet.

Ich rufe dann auf die Tagesordnungspunkte 2 und 3, das sind die Drucksachen 20/13017 und 20/13046, Wahl einer oder eines Deputierten der Finanzbehörde und der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt.

[Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:

Wahl einer oder eines Deputierten der Finanzbehörde

– Drs 20/13017 –]

[Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:

Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

– Drs 20/13046 –]

Die Fraktionen haben vereinbart, dass die Wahlen in einem Wahlgang durchgeführt werden können. Beide Stimmzettel liegen Ihnen vor. Sie enthalten bei den Namen jeweils Felder für Zustimmung, Ablehnung und Enthaltung. Sie dürfen auf jedem Stimmzettel ein Kreuz machen, aber bitte nur eines. Mehrere Kreuze beziehungsweise kein Kreuz bei einem der Namen machen die Wahl dieses Kandidaten ungültig. Auch weitere Eintragungen oder Bemerkungen würden zur Ungültigkeit des jeweiligen Stimmzettels führen.

Bitte nehmen Sie nun Ihre Wahlentscheidungen vor. Mit dem Einsammeln werden wir etwas warten.

(Die Wahlhandlungen werden vorgenommen.)

Ich darf nun Frau Timmermann und Herrn Wanckum bitten, mit dem Einsammeln der Stimmzettel zu beginnen.

Sind alle Stimmzettel abgegeben worden? Sonst halten Sie bitte Ihre Stimmzettel hoch. Ich sehe keine mehr, dann schließe ich die Wahlhandlung.

Die Wahlergebnisse werden gleich ermittelt. Ich werde sie Ihnen im Laufe der Sitzung bekannt geben.**

Ich rufe dann den Tagesordnungspunkt 22 auf, Drucksache 20/13153, Antrag der SPD-Fraktion: Weiter für Verbesserungen im Mieterschutz eintreten – Mietpreisbremse für Hamburg zügig einführen!

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 20/13268 ein Antrag der Fraktion DIE LINKE vor.

[Antrag der SPD-Fraktion:

Weiter für Verbesserungen im Mieterschutz eintreten – Mietpreisbremse für Hamburg zügig einführen!

– Drs 20/13153 –]

[Antrag der Fraktion DIE LINKE:

"Mietpreisbremschen" wenigstens rechtzeitig in Hamburg umsetzen

– Drs 20/13268 –]

Wird hierzu das Wort gewünscht? – Herr Kienscherf von der SPD-Fraktion wünscht es und hat es.

Dirk Kienscherf SPD:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Genau heute vor einer Woche hat das Bundeskabinett den Weg freigemacht für die längst überfällige Mietpreisbremse. Danach

**Das Wahlergebnis ist auf Seite 7279 zu finden.

(Dirk Kienscherf)

werden im Jahr 2015 die einzelnen Bundesländer ermächtigt, entsprechende Regelungen einzuführen. Das ist eine gute Nachricht für die vielen Wohnungssuchenden und die Mieter in unserer Stadt.

(Beifall bei der SPD)

Wir Sozialdemokraten,

(*Olaf Ohlsen CDU: Wir Sozialdemokraten!*)

lieber Herr Ohlsen, greifen diesen Ball auf. Mit unserem heutigen Antrag bekunden wir deutlich: Erstens wollen wir die Mietpreisbremse in Hamburg, zweitens wollen wir, dass die Mietpreisbremse auf Bundesebene und so auch in Hamburg unmittelbar in Kraft tritt, und drittens wollen wir, dass diese Mietpreisbremse für ganz Hamburg gilt. Das ist eine gute Entscheidung, und damit zeigen wir, dass wir soziale und verantwortungsvolle Wohnungspolitik für Hamburg machen.

(Beifall bei der SPD)

Es ist, lieber Herr Wersich und lieber Herr Roock, ein längst überfälliger Schritt, der da vollzogen wird, denn wir alle wissen, dass der Paragraph 5 des Wirtschaftsstrafgesetzes in den Stadtstaaten seit Jahren keine Anwendung mehr findet. Die Folgen sind fatal, sie sind überall sichtbar. Ob in Hamburg, in München, in Frankfurt, im grün regierten Freiburg, überall steigen die Mieten deutlich an. Überall liegen die Neuvertragsmieten deutlich über dem Mietenspiegel, und die Steigerungsraten, Herr Wersich, das sollte Sie eigentlich auch einmal interessieren, liegen bei 30 bis 50 Prozent. Was sind denn die Folgen dieser enormen Steigerung? Das erleben wir in dieser Stadt, aber auch in anderen Großstädten. Immer weniger Familien, immer weniger Senioren und immer weniger Normalverdiener können sich Wohnungen in bestimmten Stadtteilen leisten. Das führt zur sozialen Spaltung und muss verhindert werden.

(Beifall bei der SPD)

Es war der falsche Weg von FDP – die nur rudimentär jetzt noch da ist – und CDU, Herr Roock, dass Sie alleine auf den Markt gesetzt haben. Dieser Markt hat nicht dazu beigetragen, dass wir eine Wohnraumversorgung für alle Gruppen ermöglichen können, sondern er hat ganz im Gegenteil zu einer Spaltung beigetragen, und er trägt nach wie vor zu einer Spaltung bei. Diese Spaltung der Gesellschaft wollen wir nicht. Deswegen muss dort, wo der Markt nicht funktioniert, der Staat eingreifen, und deswegen ist die Mietpreisbremse richtig und überfällig.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden die Mietpreisbremse einführen, und sie wird dazu führen, dass man zukünftig, der eine oder andere wird es wissen, bei Neuvermietung von Bestandswohnungen nur noch 10 Prozent oberhalb des Mietenspiegels liegen darf.

Aber eines muss man natürlich auch sagen: Die Mietpreisbremse ist kein Allheilmittel. Sie wird natürlich nicht die Probleme auf dem Wohnungsmarkt insgesamt lösen, nicht in Hamburg und auch nicht in anderen Großstädten, sondern was wir brauchen, sind neben dem Thema Regulierung natürlich auch weiterhin enorme Investitionen in den Wohnungsneubau. Der Bürgermeister hat sich dazu geäußert, und wir stehen dazu. Wir brauchen Zehntausende neue Wohnungen in den nächsten Jahren, das muss oberste Priorität haben.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen ist es auch richtig, dass wir auf der einen Seite die Mieterinnen und Mieter beziehungsweise die Wohnungssuchenden besser schützen wollen, wenn es um die Vermietung schon bestehender Wohnungen und auch günstiger Bestandswohnungen geht, aber wir wollen auf der anderen Seite natürlich nicht den Fehler machen, den Wohnungsneubau zu behindern. Wir wollen nicht dafür sorgen, dass weniger Menschen, weniger Investoren und weniger Wohnungsunternehmen bereit sind, neue Wohnungen zu bauen. Deswegen ist es richtig, in diesem Fall zu sagen, die Mietpreisbremse gelte für Bestandswohnungen, aber sie gelte nicht für den Neubau, denn wir wollen weiterhin Neubauwohnungen und Wohnungsbau, und das wollen wir nicht gefährden.

(Beifall bei der SPD)

Mit unserem Antrag verweisen wir noch einmal deutlich darauf, dass wir natürlich möchten, dass dieses Instrument auch im Bündnis für Wohnen weiter beraten wird. Wir wissen natürlich, dass bestimmte Vermieter dieses Instrument nicht gut finden. Wir wissen auch, dass sie insbesondere nicht gut finden, dass wir es für ganz Hamburg einführen. Aber wir haben es geprüft und sagen ganz deutlich: Wir wollen eine Regelung, die praktikabel ist, die rechtssicher ist und die nicht die bestehenden Mieterschutzgesetze in Hamburg aushöhlt, und nur eine landesweite Einführung garantiert das. Deswegen sind wir für diese landesweite Einführung, und es ist die richtige Maßnahme für Hamburg, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden das im Bündnis für Wohnen debattieren und beraten, weil wir glauben, dass das Bündnis für Wohnen für Hamburg ganz wichtig ist, ähnlich wie der Vertrag für Hamburg. Viele andere Länder und Städte bemühen sich mittlerweile, dieses Bündnis auch aufleben zu lassen, weil man darin diskutieren und auch anderer Meinung sein kann. Aber insgesamt verfolgt das Bündnis das Ziel, an der desolaten Situation, die 2011 hier vorgefunden wurde, etwas zu verändern, und da sind wir auf gutem Wege. Deswegen wollen wir auch, dass schon zwei Jahre nach Inkrafttreten dieser

(Dirk Kienscherf)

Mietpreisbremse eine Evaluation in Hamburg stattfindet und wir darüber diskutieren, ob es das gebracht hat, was wir wollten, oder ob wir sogar noch Gesetze verschärfen müssen. All das müssen wir offen im Bündnis für Wohnen diskutieren. Deswegen ist klarer Bestandteil unseres Antrags das Ja zur landesweiten Einführung, aber in zwei Jahren die Evaluation und die Debatte im Bündnis für Wohnen. Das halten wir für wichtig und verantwortungsvoll.

(Beifall bei der SPD)

Die Mietpreisbremse ist kein Allheilmittel.

(*Heike Sudmann DIE LINKE*: Das sagten Sie bereits!)

Die Rolle des Wohnungsneubaus habe ich schon betont, aber die Mietpreisbremse ist, wenn wir sie denn nächstes Jahr relativ kurzfristig einführen, ein weiterer Beleg dafür, wie Wohnungspolitik sich verändert hat.

(*Katja Suding FDP*: Zum Schlechteren!)

Wohnungsneubau mit 35 000 Baugenehmigungen, letztes Jahr 6400 Fertigstellungen, fast 1500 Sozialwohnungen – da hat man jetzt auch noch einmal nachgezählt –, und wir wissen, dass der soziale Wohnungsbau mittlerweile in Hamburg auf einem guten Weg ist. Das ist auch ein Verdienst dieser Senatorin.

(Beifall bei der SPD)

Aber wir haben natürlich vieles gemacht, was gerade den Bestandswohnungen und dem Mieterschutz zugutekommt. Die Kappungsgrenze haben wir – da waren wir das zweite Bundesland – auf 15 Prozent reduziert.

(Zuruf von *Jörg Hamann CDU*)

Wir haben das Wohnraumschutzgesetz verschärft, Herr Hamann. Endlich wissen wir, wo die Leerstände sind. Sie haben das beseitigt und Ihre Augen davor verschlossen.

(Zuruf von *Jörg Hamann CDU*)

Das war sozial unverantwortlich, Herr Hamann. Wir haben das beendet, und wir gehen jetzt gegen Leerstand vor.

(Beifall bei der SPD – *Dr. Andreas Dressel SPD*: Genau!)

Bei den Sozialen Erhaltungsverordnungen waren Sie bei kümmerlichen 2000 Mietern, Herr Roock und Herr Wersich, die Sie geschützt haben. Wir sind mittlerweile bei 20 000 und in zwei Jahren werden wir bei 50 000 sein. Auch das ist aktive Mieterschutzpolitik in Hamburg. Auch das zeigt, dass Hamburg nicht nur beim Wohnungsbau, sondern auch beim Mieterschutz ganz weit vorne ist, und die Einführung der Mietpreisbremse ist ein

weiterer Beleg dafür. – Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Herr Kienscherf. – Das Wort hat jetzt Herr Roock von der CDU-Fraktion.

Hans-Detlef Roock CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kienscherf, Sie haben zu Beginn wieder einmal ziemlich dick aufgetragen und wieder einmal eine kleine Feier für Ihre Wohnungsbauzahlen abgehalten. Sie vergessen dabei aber immer zu erwähnen, dass Sie gerade bei den Sozialwohnungen oder bei den bezahlbaren Wohnungen am Bedarf vorbeiplanen.

(*Jan Quast SPD*: So ein Quatsch!)

– Das gehört zur Wahrheit dazu, lieber Herr Quast, und wenn Sie sich einmal intensiv damit beschäftigen würden, dann würden Sie hier nicht so unqualifizierte Zwischenrufe machen.

(Beifall bei der CDU – *Jan Quast SPD*: Hätten Sie mehr Wohnungsbau gemacht, dann hätten wir jetzt mehr Wohnungen! – Vizepräsidentin Kersten Artus übernimmt den Vorsitz.)

Unabhängig davon begrüßen auch wir grundsätzlich den Beschluss des Bundeskabinetts zur Einführung einer Mietpreisbremse, denn auch wir sind der Auffassung, dass die Mieten für Normalverdiener bezahlbar sein müssen. Es ist aber fraglich, ob die Mietpreisbremse die gewünschte Wirkung zeigen wird. Hierzu ist aus unserer Sicht eine differenzierte Betrachtung notwendig. Zum einen liegen zum jetzigen Zeitpunkt noch Unwägbarkeiten und Unklarheiten vor, zum Beispiel hinsichtlich des Begriffs ortsübliche Vergleichsmiete, zum anderen wurden bereits Verfassungsbeschwerden dagegen angekündigt, und der Gesetzgebungsprozess selbst wurde gerade erst auf den Weg gebracht.

Insofern besteht aus unserer Sicht kein Grund zu vorschnellen Anträgen. Dies mag zwar öffentlichkeitswirksam sein, Herr Kienscherf, und damit auch verlockend, hat der Beschluss der Großen Koalition in Berlin doch ein nachhaltiges und großes mediales Echo gefunden. Erfreulicherweise wurde dies in manchen Medien auch differenziert und durchaus kritisch dargestellt, denn die Vorgaben, soweit bislang bekannt, stellen mitnichten ein Allheilmittel gegen die Wohnraumknappheit dar – das hat sogar Herr Kienscherf begriffen und eben auch gesagt –, sondern bremsen möglicherweise lediglich extreme Auswüchse bei den Mieten. Eine Mietpreisbremse schafft auch keinen neuen Wohnraum. Wer Mietern wirklich helfen will, der muss nicht regulieren, sondern bauen. Daher kann es nur eine Maßnahme in einem Paket von vielen sein. Es muss zwischen zum Teil sehr

(Hans-Detlef Roock)

grundsätzlichen Interessen auf dem Wohnungsmarkt wohl überlegt und ausbalanciert angewendet werden. Deshalb hält meine Fraktion eine flächendeckende Mietpreisbremse für Gesamthamburg für falsch. Der vorliegende Antrag der SPD fordert dies; Herr Kienscherf hat noch einmal darauf hingewiesen und der Bürgermeister hat es mehrfach angekündigt. Das widerspricht aber nicht nur der Zielführung des Gesetzes, sondern wäre für den Wohnungsmarkt in unserer Stadt kontraproduktiv. Die Bundesregierung spricht in ihrem Beschluss von angespannten Wohnungsmärkten in Gebieten mit erhöhtem Wohnungsbedarf und gefragten Wohnlagen. Dieser Zustand trifft glücklicherweise nicht auf unsere gesamte Stadt zu. Wir halten zum Beispiel besonders innerstädtische Lagen für Gebiete, in denen eine Mietpreisbremse sinnvoll sein und tatsächlich ihren Zweck erfüllen kann. In Billstedt, Rahlstedt, Harburg oder Bergedorf braucht niemand eine Mietpreisbremse.

Meine Damen und Herren! Man würde der Öffentlichkeit etwas vormachen, wenn man behaupten würde, mit der Mietpreisbremse das strukturelle Grundproblem der Metropolen lösen zu können, nämlich ausreichend Wohnraum für Durchschnittsverdiener zu schaffen. Zu Recht weisen Wohnungswirtschaft und Eigentümerverbände auf Konsequenzen hin, die in anderen Ländern durch totale Mietrestriktionen schon entstanden sind: Verschwendung von Wohnraum – alleinstehende Senioren leben in großen, preiswerten Wohnungen –, zunehmende Austrocknung des Mietwohnungsmarktes, weniger Fluktuation, Umwandlung in Eigentum und damit einhergehend eine zunehmende Benachteiligung von finanziell schlechtergestellten Wohnungsbedürftigen. Das sollten sich insbesondere DIE LINKE und auch Sie, Herr Kienscherf, vor Augen führen, bevor Sie mit Hurra die flächendeckende Einführung der Mietpreisbremse in Hamburg fordern. Daher ist es auch so elementar, vor Einführung einer Mietpreisbremse den Dialog mit den Akteuren des Bündnisses für das Wohnen zu führen. Wer das Bündnis für das Wohnen ernst nimmt, darf nicht einseitig die Geschäftsbedingungen ändern. Seien Sie Partner der Wohnungswirtschaft, Herr Kienscherf,

(Dirk Kienscherf SPD: Sind wir!)

nehmen Sie die Sorgen ernst. Ich bin mir ziemlich sicher, dass dann eine flächendeckende Einführung vom Tisch ist. Alles andere wäre eine Überraschung.

Ich denke, aus meinen Ausführungen ging deutlich hervor, dass wir den Zusatzantrag der LINKEN ablehnen. Beim Antrag der SPD werden wir uns heute enthalten und keinen "Blankau"-Scheck erteilen.

(Jan Quast SPD: Mensch, das war ja lustig!)

Die Vorlage des Senats werden wir im Hinblick auf die in Berlin gemeinsam festgelegten Regeln sehr

genau prüfen und davon unsere Zustimmung abhängig machen. – Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Herr Duge von der GRÜNEN Fraktion hat jetzt das Wort.

Olaf Duge GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Kienscherf, ich habe mich gefreut, dass Sie so vehement vertreten haben, dass die Mietpreisbremse für die gesamte Stadt kommen soll, frage mich aber ernsthaft, warum das nicht in Ihrem Antrag steht. Dort steht, dass das zeitgerecht sein soll, aber der Begriff "flächendeckend" steht nicht darin.

(Dirk Kienscherf SPD: Doch, steht drin!)

Ich kann das jedenfalls nicht klar erkennen. Aber wie auch immer, ich habe das positiv zur Kenntnis genommen. Dennoch ist das Ganze nicht so, wie es vielleicht auf den ersten Blick zu sein scheint. Die beiden großen Elefanten in Berlin, CDU/CSU und SPD, haben ungefähr ein Jahr gebraucht, um erst einmal zu überlegen, wer denn nun eigentlich dieses Kind gebärt. Dieses Elefantenkind, groß angekündigt, wurde eine Maus – ein Mietpreisbremsmäuschen –, das bei Weitem nicht erfüllt, was wir uns unter einer wirksamen Mietpreisbremse vorstellen. Das ganze Hin und Her, das in diesem Jahr abgelaufen ist und das sich noch weiter hinziehen wird – die Mietpreisbremse wird erst im Laufe des ersten Halbjahres 2015 in Kraft treten –, hat den Mietern eine Last auferlegt, denn natürlich wurde diese Zeit genutzt, um überall dort, wo es möglich ist, wo also neue Mietverträge geschlossen wurden, die Mieten entsprechend zu erhöhen. Das hat einfach zu lange gedauert. Ich hätte mir das sehr viel schneller gewünscht, weil viele Mieter und Mieterinnen, wie Sie zu Recht beschrieben haben, die Belastungen durch die Miete kaum mehr wuppen können.

Sie haben unter anderem die Kappungsgrenze angeführt, die von 20 Prozent auf 15 Prozent gesenkt wurde, die aber bei neuen Mietverträgen nicht gilt. Ebenso gilt die Mietpreisbremse nicht bei neuen Mietverträgen, wenn es ein Erstbezug ist. Da ist sozusagen wieder ein dickes Loch in den Schweizer Käse gebohrt worden. Letztlich führt das dazu, dass Neubau im Hochpreisniveau privilegiert ist. Und was wird passieren? Es werden Bestandswohnungen frei, weil Mieter in Neubauwohnungen ziehen, und dann kommt das nächste Loch im Schweizer Käse. Die frei werdenden Wohnungen, gerade solche in Stadtteilen um das Zentrum herum, die zunehmend attraktiv werden, werden modernisiert. Und die Kosten dieser Modernisierungen werden über die Modernisierungsumlage mit bis zu 11 Prozent auf die Miete aufgeschlagen. Das kann im Einzelfall zu erheblichen Mietsteigerungen führen, egal wie sinnvoll oder sinnlos die

(Olaf Duge)

Modernisierung ist, ob es der Einbau eines Whirlpools oder eines Luxusklosetts ist oder irgendetwas anderes. Was da passiert, ist fatal. Bei jetzt noch günstigen Wohnungen gehen die Mieten nach oben, sie geraten in höhere Mietpreissegmente hinein. Die Mietpreisbremse nützt einen feuchten Kehricht dabei, weil sie diese Lücken beim Erstbezug und bei der Modernisierungsumlage hat. Solange Sie das nicht in Angriff nehmen, werden wir diesen Weg nicht schließen können, sondern er wird zunehmend an Bedeutung gewinnen und das Problem fehlender preiswerter Wohnungen weiter verschärfen. Die Mietpreisbremse geht dabei ins Leere.

(Jörg Hamann CDU: Sagen Sie doch mal ein Beispiel, wo in Lurup eine Wohnung gebaut würde!)

– Herr Hamann, lassen Sie mich ausreden, Sie können nachher etwas dazu sagen.

Ich möchte noch einen anderen Aspekt ansprechen. Man hört – Herr Roock ist darauf eingegangen – deutlich das Klappern der Immobilienbranche. Herr Stüven vom Grundeigentümergebiet droht mit dem Austritt aus dem Bündnis für das Wohnen. Was ist denn das für ein Bündnis, wenn man mit Drohungen anfängt? Das ist keine gute Grundlage, um Gespräche zu führen. Der Verbandschef des Immobilienverbands Deutschland IVD der Region Nord, Herr Kloth, nennt schon bestimmte Stadtteile, die nicht unter die Mietpreisbremse fallen sollten. Und zu guter Letzt, Herr Kienscherf, kommt auch noch Herr Dr. Krebs vom Vorstand der SAGA GWG und bläst in das gleiche Horn hinein. Er spricht von Leerstand und schwer vermietbaren Bereichen. Es wird gestöhnt, dass man Eigentumswohnungen nicht mehr in drei oder vier Wochen vermietet bekomme, sondern dass das jetzt drei bis sechs Monate dauere. Das scheint mir eher ein konzertiertes Gejammer zu sein, das aus der Immobilienwirtschaft kommt. Ich hoffe, Sie widerstehen dem und führen die Mietpreisbremse flächendeckend in Hamburg ein.

Einen letzten Aspekt will ich ansprechen; ich wundere mich, dass er noch von keinem angesprochen worden ist. Mit der Mietpreisbremse einher geht etwas anderes sehr Wichtiges, nämlich das Bestellprinzip bei den Maklern. Das ist etwas, was wir GRÜNE bereits im November 2011 in einem Antrag gefordert haben. Sie waren sehr, sehr zögerlich und haben immer noch eine Fifty-fifty-Lösung bevorzugt. Ich bin froh, dass das jetzt hineingekommen ist, denn es ist eine wirkliche Entlastung für die Mieterinnen und Mieter. Sie müssen nicht mehr bezahlen, was sie gar nicht bestellt haben, sondern nur das, was auch bestellt wurde. Ich hoffe, dass das dann auch wirksam wird.

Wir werden Ihren Antrag unterstützen, auch wenn er inhaltlich noch nicht sehr ausgereift und sehr va-

ge ist. Den Antrag der LINKEN unterstützen wir auch.

(Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Herr Dr. Duwe von der FDP-Fraktion hat jetzt das Wort.

Dr. Kurt Duwe FDP:* Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe den Eindruck, dass die SPD ein Abfeier-Defizit hat. Bei der Karenzzeit war es genauso wie jetzt bei der Mietpreisbremse. Da ist noch gar nichts entschieden, aber man feiert sich schon einmal ab. Man weiß noch gar nicht, worüber man sich freuen darf, denn wie die Mietpreisbremse aussehen soll, weiß man noch nicht.

(Beifall bei der FDP – Dirk Kienscherf SPD: Bei Karenzzeit würde ich vorsichtig sein!)

Es ist gerade aus dem Bundeskabinett heraus, muss noch durch den Bundesrat, dann gibt es vielleicht Verfassungsbeschwerden et cetera pp., aber die SPD feiert schon, obwohl sie gar nicht weiß, ob am Ende nicht vielleicht nur ein winziges Mäuschen dabei herauskommt, das nicht der Rede wert ist – das zum einen.

(Hans-Detlef Roock CDU: Die feiern halt gerne!)

Zum anderen finde ich es erschreckend, dass man wieder einmal denkt, durch irgendwelche planwirtschaftlichen Anläufe die Probleme Wohnungsbau und kostengünstige Mieten lösen zu können. Sie werden wahrscheinlich wieder gegensteuern müssen, denn ich glaube nicht, dass Sie das, was Sie erreichen wollen, so erreichen können. In neu vermietende Wohnungen kommen leider nicht diejenigen mit wenig Geld hinein, sondern diejenigen, die eine gute Bonität haben. Sie können keinem Vermieter vorschreiben, welchen Mieter er nimmt. Das heißt, dass Sie den Vermietern in Ottensen oder St. Georg, auch wenn Sie die Mietpreisbremse einführen und die Mieten nur um 10 Prozent steigen, nicht vorschreiben können, dass es die Krankenschwester ist. Es ist dann wahrscheinlich ein Assistent der Universität mit einem Einkommen, mit dem er sich auch eine teurere Wohnung leisten könnte. Das ist also keine Lösung für das Problem Gentrifizierung, sondern im Grunde genommen eigentlich nur eine planwirtschaftliche Bewirtschaftung des Wohnungsbestands.

(Beifall bei der FDP)

Dass man das natürlich auch gleich wieder hamburgweit machen muss, dass Ochsenwerder exakt genauso wie Ottensen zu behandeln ist, ist einfach nur die sozialistische Historie der SPD: alles gleichmachen.

(Dr. Kurt Duwe)

(Dennis Gladiator CDU: Das wäre ja noch schöner! – Dirk Kienscherf SPD: Machen Sie mal Ochsenwerder nicht so runter!)

Wenn Sie alles gleich machen wollen, dann machen Sie für jeden alles falsch. Das ist nun einmal so.

(Beifall bei der FDP und bei Hans-Detlef Rook CDU)

Wir werden diesen Nicht-Antrag – wir wissen nicht, worüber wir abstimmen sollen – erst einmal ablehnen. DIE LINKE ist noch schneller dabei, etwas umsetzen zu wollen, von dem sie gar nicht weiß, was kommt. Es ist wahnsinnig, was hier an Anträgen vorgelegt wird. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei Hans-Detlef Rook CDU)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Frau Sudmann von der Fraktion DIE LINKE hat jetzt das Wort.

(Finn-Ole Ritter FDP: Nun begründen Sie mal Ihren Nicht-Antrag!)

Heike Sudmann DIE LINKE: Wofür braucht der Mensch eine Bremse? Eine Bremse wird gebraucht, wenn etwas in Bewegung ist und rechtzeitig zum Stehen kommen soll. Was wir in Hamburg haben, ist ein Mietenwahnsinn. Der ist nicht nur in Bewegung, sondern rast immer schneller voran und macht die Mieten immer teurer. Der Hamburger Wohnungsmarkt verträgt es nicht, wenn die Mieten weiter steigen. Der Hamburger Wohnungsmarkt verträgt es auch nicht, Herr Kienscherf, wenn die Mieten 10 Prozent über dem Mietenspiegel liegen dürfen und weiter steigen.

(Beifall bei der LINKEN)

Und der Hamburger Wohnungsmarkt verträgt es nicht, wenn überhöhte Mieten weiterhin genommen werden können. Denn falls Sie gehofft hatten, man könnte mit diesem Instrument dafür Sorge tragen, dass, wenn Herr Kienscherf aus einer überteuerten Wohnung aus- und Frau Sudmann einzieht, Frau Sudmann dann weniger zahlen muss, liegen Sie falsch.

(Finn-Ole Ritter FDP: Vielleicht ziehen Sie ja zusammen!)

Ich zitiere einmal ganz genau aus dem Gesetzentwurf der Bundesregierung, die übrigens meines Wissens nach immer noch eine Bundesregierung CDU/CSU und SPD ist, aber es mag sich etwas verändert haben. Dort heißt es:

"Eine zulässig vereinbarte Miete darf auch bei Wiedervermietung weiter verlangt werden. Der Vermieter ist also nicht gezwungen, eine frei gewordene Wohnung unterhalb der bisherigen Miete anzubieten."

Das ist der Kotau, den Sie vor der Wohnungswirtschaft gemacht haben. Genau da sind Sie eingeknickt und sind nicht bereit zu sagen, wir brauchen bezahlbare Mieten.

(Beifall bei der LINKEN – Zuruf von Jörg Hamann CDU)

– Ich kann Herrn Hamann gerade akustisch nicht verstehen, inhaltlich verstehe ich Sie wahrscheinlich auch nicht.

Herr Kienscherf hat, wie ich finde, eine sehr gute Zustandsbeschreibung des Hamburger Wohnungsmarkts geliefert. Sie haben zu Recht gesagt, dieser Markt trage zur Spaltung bei, zur gesellschaftlichen Spaltung, zur sozialen Spaltung. Sie haben zu Recht gesagt, wo der Markt nicht funktioniere, müsse der Staat eingreifen. Aber die Konsequenzen, die Sie ziehen, sind aus meiner Sicht völlig falsch. Warum wollen Sie zulassen, dass Mieterhöhungen möglich sind, nur weil Sie ausziehen und ich da vielleicht einziehen will, obwohl kein Handschlag an der Wohnung getan wird? Ohne Wohnwertverbesserung, sagt DIE LINKE weiterhin, darf es keine Mietsteigerung geben.

(Beifall bei der LINKEN)

Diesen Vorschlag hat die Links-Fraktion immer wieder eingebracht, nicht nur in Hamburg, auch auf Bundesebene. Er ist von CDU/CSU, aber auch von der SPD abgelehnt worden.

(Zuruf von Jörg Hamann CDU)

Das ist ein Fehler, der sich nicht mehr wiederholen sollte.

Bei dieser Mietpreisbremse, die man gar nicht so nennen darf, weil sie maximal ein Mietpreisbremschen ist, ist eine Voraussetzung, dass sie sofort für ganz Hamburg kommt. Herr Rook fragt sich, wieso für ganz Hamburg, und die SPD ist noch ein bisschen zögerlich. Schauen Sie in den Gesetzentwurf Ihrer Bundesregierung. Auf Seite 11 finden Sie beispielhaftes Datenmaterial zu angespannten Wohnungsmärkten, und welcher Wohnungsmarkt wird aufgeführt?

(Finn-Ole Ritter FDP: Hamburg!)

– Sehr gut, Herr Ritter, gut aufgepasst: Hamburg.

Und wie hoch, glauben Sie, ist in Hamburg nach dieser Ermittlung die Abweichung der Angebotsmiete von der Vergleichsmiete des Mietenspiegels? Bei Weitervermietung liegen die Mieten 25 Prozent über dem Mietenspiegel. Das ist eine Zahl, die frisch ermittelt wurde; die von Immonet ermittelten Zahlen sind noch wesentlich höher. Es ist also gar keine Frage, dass Gesamthamburg einen angespannten Wohnungsmarkt hat. Ich weiß nicht, Herr Rook, ob Sie das jedes Jahr neu prüfen wollen. Wir haben es bei der Kappungsgrenze mühevoll hinbekommen, und hier muss dies auch sein.

(Heike Sudmann)

Ich muss Herrn Duge recht geben, Sie haben das nicht in das Petikum Ihres Antrags geschrieben. Es steht im Begründungstext, und ich glaube, Sie sind lange genug in der Bürgerschaft, um zu wissen, dass wir keine Begründungen beschließen. Da sind Sie schon wieder eingeknickt. Wenn Sie sagen, das kommt, dann können Sie auch unserem Antrag zustimmen, da steht es klar und deutlich drin.

(Beifall bei der LINKEN)

Dann brauchen Sie hinterher nicht zu sagen, Sie hätten sich vielleicht ein bisschen vertan.

Auch etwas anderes steht in Ihrem Antrag nicht deutlich, auch wenn Sie versucht haben, es so darzustellen, als hätten Sie klare Kante gezeigt. Sie sagen nicht, dass das zeitgleich mit dem Bundesgesetz kommen soll, sondern Sie sagen, möglichst zeitgleich. Bei der Kappungsgrenze haben Sie auch drei oder vier Monate gebraucht, bis sie endlich da war.

Wenn Sie das also alles erreichen wollen, dann sollten Sie unserem Antrag – er gibt klare Ziele vor – zustimmen und Ihren Antrag zurückziehen.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Zunächst lasse ich über den Antrag der Fraktion DIE LINKE aus Drucksache 20/13268 abstimmen.

Wer möchte diesen annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit hat der Antrag keine Mehrheit gefunden.

Wer sodann dem Antrag der SPD-Fraktion aus Drucksache 20/13153 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist dieser Antrag angenommen.

Bevor wir zu Tagesordnungspunkt 10 kommen, habe ich Ihnen zwei Wahlergebnisse bekannt zu geben.

Es betrifft einmal die Wahl einer Deputierten der Finanzbehörde. Für Frau Anika Klafki wurden 104 Stimmen abgegeben, alle Stimmen waren gültig. Davon waren 97 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen. Damit ist Frau Klafki gewählt worden.

Für die Wahl einer Deputierten in der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt stand Frau Daniela Kerkow zur Wahl. Hier wurden 104 Stimmen abgegeben, alle Stimmen waren gültig. Davon waren 97 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen. Damit ist Frau Kerkow gewählt worden.

Dann kommen wir zum Tagesordnungspunkt 10, Drucksache 20/13047, Senatsmitteilung: Evaluationsbericht zur Fortführung der Hamburg Kreativ Gesellschaft mbH.

**[Senatsmitteilung:
Evaluationsbericht zur Fortführung der Hamburg Kreativ Gesellschaft mbH
– Drs 20/13047 –]**

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion an den Kulturausschuss überweisen. Die Fraktionen sind übereingekommen, die Debatte nicht zu führen. Wir kommen daher gleich zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 20/13047 an den Kulturausschuss zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist die Überweisung einstimmig angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 9 auf, Drucksache 20/13049, Senatsantrag: Ausübung der Umbestelloption aus dem S-Bahn-Verkehrsvertrag und Stellungnahme des Senats zu dem Ersuchen der Bürgerschaft vom 27. Februar 2014 "Für ein gutes und leistungsfähiges S-Bahn-Netz: S4 nach Bad Oldesloe und S21 nach Kaltenkirchen kommen dazu".

**[Senatsantrag:
Ausübung der Umbestelloption aus dem S-Bahn-Verkehrsvertrag und Stellungnahme des Senats zu dem Ersuchen der Bürgerschaft vom 27. Februar 2014 "Für ein gutes und leistungsfähiges S-Bahn-Netz: S4 nach Bad Oldesloe und S21 nach Kaltenkirchen kommen dazu" (Drucksache 20/10867)
– Drs 20/13049 –]**

Dürfte ich um etwas mehr Ruhe bitten?

(Finn-Ole Ritter FDP: Natürlich!)

– Danke schön.

Die SPD-Fraktion möchte diese Drucksache federführend an den Haushaltsausschuss und mitberatend an den Verkehrsausschuss überweisen.

Wer wünscht das Wort? – Herr Buschhüter von der SPD-Fraktion, Sie haben es.

Ole Thorben Buschhüter SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die SPD-Fraktion und der Senat meinen es ernst mit dem Ausbau des Schienenpersonennahverkehrs in Hamburg.

(Beifall bei der SPD)

Die Fahrgastzahlen im HVV sind seit 2005 um über 25 Prozent gestiegen, in absoluten Zahlen um über 148 Millionen Fahrgäste im Jahr. Diese

(Ole Thorben Buschhüter)

Entwicklung erfordert Antworten, und die geben wir. Neben dem Ausbau und der Optimierung des Busnetzes bauen wir vor allem die umweltfreundliche Elektromobilität auf der Schiene aus. Die Verlängerung der U4 bis zu den Elbbrücken befindet sich bereits im Bau. Die Planung für das Projekt S21 nach Kaltenkirchen läuft, ebenso die Planung für den Bau der S4 nach Bad Oldesloe. Dort werden aktuell die Baugrundsondierungen im Rahmen der Entwurfs- und Genehmigungsplanung vorgenommen. Hinzu kommen der vollständige barrierefreie Umbau aller Schnellbahnhaltestellen in den nächsten zehn Jahren und der Bau neuer Schnellbahnhaltestellen in Ottensen an der S1, an den Elbbrücken an der S3 und in Oldenfelde an der U1. Zudem werden wir für ein angemessenes Angebot auf der S-Bahn-Strecke zwischen Harburg und Hauptbahnhof sorgen, wofür allerdings zusätzliche Fahrzeuge erforderlich sind. Für die Zeit danach sind ebenfalls Zukunftsprojekte geplant: die Verlängerung der U4 in die Horner Geest und eine völlig neue U-Bahn nach Steilshoop und Lurup.

(Heike Sudmann DIE LINKE: Steht das in der Drucksache?)

Es tut sich viel in Hamburg.

Heute geht es ganz speziell um das Projekt der S-Bahn nach Kaltenkirchen auf den vorhandenen Gleisen der AKN.

(Glocke)

Vizepräsidentin Kersten Artus (unterbrechend): Herr Buschhüter, gestatten Sie eine Zwischenbemerkung der Abgeordneten Sudmann?

Ole Thorben Buschhüter SPD (fortfahrend): Nein. Sie wollte die Debatte nicht, deswegen frage ich mich, was sie jetzt fragen will.

(Heike Sudmann DIE LINKE: Ich wollte nur wissen, wo das steht!)

Auch für den Bau der S-Bahn nach Kaltenkirchen laufen die Planungen. Die Kosten-Nutzen-Untersuchungen laufen ebenfalls, und wir sind sehr zuversichtlich, dass wir zu einem positiven Abschluss kommen, sodass der Senat die Bürgerschaft schon heute um Zustimmung dafür bittet, die sogenannte Umbestelloption auszuüben. Hierbei geht es um 27 der 60 S-Bahn-Fahrzeuge, die auf der Grundlage des neuen Verkehrsvertrags mit der S-Bahn Hamburg GmbH geliefert werden müssen. Wenn die S21 nach Kaltenkirchen realisiert wird, dann müssen diese S-Bahn-Fahrzeuge sowohl unter Gleich- als auch unter Wechselstrom fahren können. Diese Entscheidung kann schon heute guten Gewissens getroffen werden, weil wir, genauso wie Schleswig-Holstein, entschlossen sind, die S21-Verlängerung nach Kaltenkirchen zu realisieren.

(Beifall bei der SPD)

Da das Projekt S21 einen deutlich geringeren Planungs- und auch Bauaufwand mit sich bringt als das Projekt S4, das in der Überschrift dieser Drucksache auch eine Rolle spielt, wird sehr wahrscheinlich der Fall eintreten, dass die S21 deutlich früher in Betrieb gehen kann als die S4. Daraus allerdings eine Verschiebung der Prioritäten abzuleiten, wäre völlig falsch. Wenn man den Nutzen für die Metropolregion Hamburg betrachtet, dann ist die S4 nach Bad Oldesloe allen anderen Projekten überlegen. Sie schafft nicht nur ein deutlich besseres Nahverkehrsangebot für die Stadtteile und Ortschaften entlang der Strecke im Bezirk Wandsbek und im Kreis Stormarn,

(André Trepoll CDU: Welche Farbe hat sie denn?)

sondern die S4 ist auch der Beitrag dazu, das derzeitige und sich in Zukunft noch verschärfende Kapazitätsproblem des Hauptbahnhofs zu lösen. Von der S4 profitieren zudem selbstredend auch der Güter- und der Fernverkehr.

(Beifall bei der SPD)

All das kann das Projekt S21, die S-Bahn nach Kaltenkirchen, nicht vorweisen. Hier geht es letztendlich nur darum, eine umsteigefreie Verbindung von den Orten entlang der AKN-Strecke zum Hauptbahnhof und darüber hinaus zu schaffen. Aber die Erfahrung lehrt uns, dass allein schon umsteigefreie Verbindungen von den Fahrgästen als wesentliche Verbesserung empfunden werden, die ihrerseits weitere Fahrgäste anziehen, und genau das wollen wir doch alle. Wir wollen den Umstieg auf Bus und Bahn fördern, und das Projekt S21 ist ein wichtiger Beitrag dazu.

(Beifall bei der SPD)

Dass in diesem Zusammenhang auch die Strecke elektrifiziert wird und der Einsatz von Dieselfahrzeugen zurückgedrängt werden kann, ist unter Klimaschutzaspekten zu begrüßen und ein wichtiger zweiter Aspekt des Projekts S21.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen wäre es falsch, das Projekt S21 nicht mit ebenso viel Nachdruck zu verfolgen wie das Projekt S4.

Meine Damen und Herren! Die S21 nach Kaltenkirchen ist von der SPD-Fraktion bereits in der letzten Legislaturperiode beantragt worden, wurde damals aber von CDU und GAL nicht weiter verfolgt. CDU und GAL forderten stattdessen, man höre und staune, die AKN-Strecke nach Süden zu verlängern, und zwar bis zum Fernbahnhof Altona Nord. Das als Nachteil empfundene Umsteigen hätte es damit weiterhin gegeben. Nach der Wahl und dem Regierungswechsel hat die SPD-Fraktion das Thema S-Bahn nach Kaltenkirchen sofort wieder aufgegriffen und die entsprechenden Beschlüsse hierzu initiiert. Seitdem geht es voran. Wir freuen uns,

(Ole Thorben Buschhüter)

dass die Opposition dies mittlerweile auch so sieht und das Projekt S21 gemeinsam mit uns unterstützt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Herr Warnholz von der CDU-Fraktion hat jetzt das Wort.

Karl-Heinz Warnholz CDU: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Bürgerschaft soll auf Wunsch des Senats dem Petition Nummer 2 zustimmen, also den finanziellen Auswirkungen, die mit der Ausübung der Umbestelloption über 27 Fahrzeuge – Herr Buschhüter hat es angesprochen – bis zum 31. März 2015 gegenüber der S-Bahn Hamburg GmbH verbunden sind. Und das, obwohl hinsichtlich der Elektrifizierung der AKN-Linie nach Kaltenkirchen das entsprechende Gutachten beziehungsweise die entsprechenden standardisierten Bewertungen immer noch ausstehen. Das Vorliegen dieser Gutachten ist hier im Hause mehrfach angekündigt worden. Der Senat räumt unter Punkt 2.2 ein – ich zitiere –:

"Bis spätestens zum 31. März 2015 kann Hamburg gegenüber der S-Bahn Hamburg schriftlich die Umbestelloption ausüben. Es kann mit hoher Wahrscheinlichkeit damit gerechnet werden, dass eine Elektrifizierung der Strecke Eidelstedt-Kaltenkirchen realisiert wird. Damit wird die Beschaffung von Zweisystemfahrzeugen unabweisbar. Wenn eine Elektrifizierung scheitern würde, könnten die Fahrzeuge gleichwohl genutzt werden."

Hinzu kommt, dass der lange geforderte und auch hier im Hause mehrfach beschlossene Ausbau der Linie S4 bis Bad Oldesloe wieder verschoben und leider immer noch nicht gesichert ist.

(Beifall bei der CDU)

Damit stellen wir einem Senat einen Blankoscheck aus, der bereits mit der Herstellung von Bushaltestellen an den Grenzen seiner Möglichkeiten angeht. Frau Senatorin, würden Sie bitte zuhören: Das ist für Sie.

(Zurufe aus dem Plenum)

– Als Senatsvertreterin, wenn sich der Senat sonst nicht blicken lässt. Wir haben uns daran gewöhnt.

Die CDU-Fraktion hat sich bereits in der Vergangenheit für den Ausbau der AKN bis Kaltenkirchen und der Linie S4 über Rahlstedt bis Bad Oldesloe ausgesprochen. Wir fordern, dass sich Bürgermeister Scholz in Berlin für die Realisierung der S4 einsetzt und weiterhin entsprechende Gespräche führt.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben keine Zweifel am Sinn und Nutzen der S4

(*Martina Koeppen SPD:* Das ist ja ganz neu!)

– das ist nicht neu, dann haben Sie schlecht zugehört, Frau Kollegin – und erwarten von den beiden SPD-geführten Landesregierungen, dass sie diese, wie bereits in der letzten Wahlperiode gemeinsam und überparteilich angestoßen, professionell und unverzüglich erfolgreich voranbringen. Wir werden selbstverständlich gemeinsam mit unseren CDU-Bundestagsabgeordneten auch weiterhin für das Projekt in Berlin werben und diese Diskussion in den Ausschüssen der Bürgerschaft und den Bezirksversammlungen fortführen, denn seriöses Regieren sieht eigentlich ein bisschen anders aus. Trotzdem stimmt die CDU zu. – Ich bedanke mich für Ihre hoffentlich erfolgende Zustimmung.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Herr Bill von der GRÜNEN Fraktion hat jetzt das Wort.

Martin Bill GRÜNE: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Worauf freut man sich, wenn man eine Debatte für einen Kollegen führen muss? Auf eine Debatte mit einem knackigen Titel: "Ausübung der Umbestelloption aus dem S-Bahn-Verkehrsvertrag". Man muss erst einmal genauer in den Titel des bürgerschaftlichen Ersuchens schauen, um herauszufinden, worum es eigentlich geht. Es geht im Kern um den Ausbau der AKN-Strecke zu einer S-Bahn-Strecke. Dann freut man sich auf eine Debatte mit vielen politischen Diskussionen, stellt aber fest, dass die Drucksache nur einen ganz kleinen Bereich betrifft, nämlich die Bestellung von Fahrzeugen

(*Dirk Kienscherf SPD:* Ja, das ist richtig!)

und nicht den Ausbau der ganzen Strecke. Außerdem ist die Drucksache eine Antwort auf ein interfraktionelles Ersuchen dieses Hauses – was könnte man also anderes als zustimmen.

(*Gabi Dobusch SPD:* Sie müssen nicht reden!)

Und ist es ein Wunder, dass das drinsteht, was drinsteht, wenn wir vorher schon gesagt haben, dass wir das machen wollen?

Natürlich werden wir auch dieser Umbestelloption zustimmen. Wir GRÜNE stehen auch weiterhin zur Verlängerung der S-Bahn nach Kaltenkirchen. Aber heute steht zunächst einmal nur die Überweisung an den Ausschuss an.

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Wir können auch gleich beschließen!)

Auch dem werden wir natürlich zustimmen.

(Martin Bill)

Was uns aber immer noch unklar erscheint und was auch eben, Herr Buschhüter, nicht ganz beantwortet wurde, ist die Zeitschiene. Anfang 2012 wurde von diesem Hause die Behörde beauftragt, standardisierte Bewertungen vorzunehmen. Diese liegen bis heute nicht vor, zumindest steht es nicht in der Drucksache. Dass heute Züge bestellt werden, zeigt im Grunde erst einmal nur, dass es kaum Widerstände zu geben scheint, die den Senat dazu bewegen, daran zu zweifeln. Jetzt macht er erst einmal das Mindeste und bestellt die Züge. Wir glauben, es ist Zeit, etwas Klarheit in die Zeitschiene zu bringen, denn die Vorbereitungen stehen eigentlich direkt vor der Tür. Sie wissen, dass das Gemeindefinanzierungsverkehrsgesetz 2019 ausläuft. Die Fortschreibung ist noch ungewiss; wir sollten uns also beeilen. Auch die A7-Großbaustelle steht unmittelbar bevor. In den Verkehrsgutachten steht, dass die AKN möglichst im Zehn-Minuten-Takt fahren soll, um die Umleitungsstrecken zu entlasten.

Die Zeit drängt also. Anfang nächsten Jahres sollte schon der Planfeststellungsbeschluss auf den Weg gebracht werden. Entweder wissen SPD und der Senat jetzt schon mehr, als in der Drucksache steht, oder Sie sollten sich mit Ihren SPD-Kollegen aus Schleswig-Holstein einmal schnell zusammensetzen und dann auch das machen, was Sie beispielsweise heute und in anderen Debatten schon propagiert haben, nämlich Haken hinter die To-do-Liste setzen und dann dafür sorgen, dass wir zu den Wagen auch Schienen bekommen, auf denen diese Wagen dann mit Oberleitung fahren können. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Herr Dr. Schinnenburg von der FDP-Fraktion hat jetzt das Wort.

Dr. Wieland Schinnenburg FDP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Gar keine Frage, auch die FDP unterstützt den Ausbau des S-Bahn-Verkehrs und auch den Bau von S4 und S21. Im Bereich der S4 ist die Information über die Presse erfolgt, Herr Buschhüter weiß es, dass es vor Ort einige kleine Probleme gibt. Es wäre nun einfach für die Opposition, sich daran aufzuhängen, aber das tun wir nicht. Wir werden dieses Projekt S4 auch gegen lokalen Protest – ich komme ebenfalls aus Wandsbek – verteidigen. Da haben Sie uns an Ihrer Seite.

(Beifall bei *Ole Thorben Buschhüter* SPD)

Die Projekte sind richtig, aber die Ausführung ist völlig unzureichend. Sie erinnern sich vielleicht, dass wir die zugrunde liegende Drucksache, auf die Sie sich jetzt beziehen, nämlich den S-Bahn-Vertrag, schon damals sehr infrage gestellt hatten; ich darf einige Punkte erwähnen. Es gab damals eine völlig unzureichende Ausschreibung, es gab

nämlich keine Teillöse. Die Kostenberechnung erfolgte aufgrund eines Kostenindex, der nicht überprüft wurde. Und die Stadt muss mögliche Differenzen zwischen dem Kostenindex und dem erzielten HVV-Entgelt selbst zahlen. Ergebnis: Es gibt einen erheblichen Druck durch diesen S-Bahn-Vertrag. Der Senat, egal welcher parteipolitischen Couleur, wird nämlich künftig sehr leichtfertig Tarifierhöhungen zustimmen, um nicht selbst zahlen zu müssen. Das halten wir für keinen guten Mechanismus.

Ein weiterer Punkt ist eine sehr ungünstige Rückkaufpflicht. Im S-Bahn-Vertrag steht, dass nach 15 Jahren, wenn denn kein neuer Vertrag mit demselben Anbieter – der S-Bahn Hamburg – geschlossen wird, die Stadt die vorhandenen S-Bahnen oder Waggonen für 50 Prozent des ursprünglichen Preises abkaufen muss. Das ist nach 15 Jahren aus unserer Sicht viel zu viel. Mit anderen Worten: Der S-Bahn-Vertrag wurde schlecht ausgehandelt, und deshalb haben wir dem damals auch nicht zugestimmt.

Dieser Antrag, der auf dem S-Bahn-Vertrag aufbaut, setzt diese schlechte Tradition fort. Auch hier finden sich einige Dinge, die wir so nicht akzeptieren können. Zunächst einmal gilt auch hier, dass die Beschaffung von Zweisystemfahrzeugen absolut richtig ist – dem stimmen wir selbstverständlich zu, denn das ist sinnvoll –, aber die Ausführung ist nicht zufriedenstellend. Im Verkehrsbereich wird wieder einmal – das wurde von den Vorrednern auch schon angedeutet – sehr langsam gearbeitet. Wir hatten das Bürgerschaftliche Ersuchen vom Februar, und sieben Monate später kommt dazu außer diesem einen Punkt der Kommentar – Zitat –:

"Es zeichnet sich ab, dass Lösungen machbar und finanzierbar sein werden."

– Zitatende.

Das ist ungefähr Rieckhoff-Sprech, den wir seit dreieinhalb Jahren im Verkehrsausschuss zu hören bekommen. Es heißt, es seien schwierige Gespräche, man arbeite intensiv daran, aber es geht nicht wirklich voran. Das ist eine unzureichende Umsetzung des Bürgerschaftlichen Ersuchens. Es wird überhaupt nur ein einziger Punkt aufgegriffen und dann auch noch unzureichend.

Was sehr auffällt und im Ausschuss erklärungsbedürftig ist, ist die merkwürdige Kostenberechnung. Wenn gesagt wird, man wolle die bereits bestellten S-Bahnen auf einen Zweisystembetrieb technisch aufrüsten, dann versteht man sofort, dass dies zusätzliches Geld kostet. Aber ich verstehe nicht, warum das nicht nur einmal Geld kostet, das würde ich sofort verstehen, sondern jahrelang. In der Drucksache steht, es seien 35 000 Euro pro Jahr und pro Fahrzeug. Das heißt, es wird nicht eine einmalige Umrüstung oder Nachrüstung erfolgen,

(Dr. Wieland Schinnenburg)

sondern es wird jahrelang immer wieder weitere Kosten geben. Das ist zumindest erklärungsbedürftig.

Ein weiterer Punkt stört uns sehr, das ist die unsichere Finanzierung. Sie wollen – das steht in der Drucksache – die entstehenden Kosten durch das Regionalisierungsgesetz finanzieren. Alle Fachleute wissen jedoch – das ist übrigens das Regionalisierungsgesetz, Herr Bill, und nicht das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz –, dass noch völlig offen ist, was ab 2019, wenn diese Kosten auftreten, für Hamburg an Geldern kommt. Mit anderen Worten: Die Finanzierung, die Sie uns anbieten, ist nicht mehr befriedigend.

Aus diesem Grunde sind wir sehr dafür, den Antrag an beide Ausschüsse zu überweisen. Aber Sie müssten sehr, sehr gute Argumente finden, um diese drei Punkte, die ich Ihnen jetzt genannt habe, zu entkräften. Wenn da nichts Vernünftiges kommt, werden wir, obwohl wir eigentlich für einen Zweisystembetrieb und auch für den Kauf der Fahrzeuge sind, dem nicht zustimmen. Aber wir sind sehr gespannt auf die Ausschussberatungen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Frau Sudmann von der Fraktion DIE LINKE hat jetzt das Wort.

Heike Sudmann DIE LINKE: Ich bin Herrn Warnholz und Herrn Bill sehr dankbar, dass sie noch einmal den Titel vorgelesen haben, über den wir sprechen. Es geht um den S-Bahn-Vertrag. Als Herr Buschhüter anfang zu reden, hatte ich schon befürchtet, ich hätte die falsche Rede vorbereitet, denn Sie haben gar nicht über den S-Bahn-Vertrag gesprochen, sondern Sie haben, um mit Herrn Bills Worten zu reden, Ihre To-do-Liste abgehakt. Und darauf steht heute bei der SPD: Mache Wahlkampf, versuche, alles aufzuzählen, was jemals der SPD zugutekommen könnte. Das haben Sie versucht, bitte Lächeln hätte auch noch dazugehört, aber es war nicht so glorreich.

Aber das Erstaunliche dabei ist, dass es an den Ausschuss geht; wir reden also noch darüber. Sie werden im Ausschuss noch einmal darstellen können, warum Sie erst jetzt sagen, Sie wollten die Zweisystemwagen bestellen. Wir hatten das im Ausschuss auch schon debattiert, und ich meine, mich erinnern zu können, dass es gewaltig abgewiegt wurde. Es wurde gesagt, das sei nicht notwendig und man könne es auch anders lösen. Insofern freue ich mich auf die Ausschusssitzung, aber nicht darauf, wenn die SPD jede Debatte nutzt, um zu sagen, dass sie so klasse sei. So klasse seid ihr nicht.

(Beifall bei der LINKEN und bei *André Treppoll* CDU und *Finn-Ole Ritter* FDP)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Frau Koeppen von der SPD-Fraktion hat jetzt das Wort.

(Zuruf aus dem Plenum – *Jan Quast* SPD: Ja, wenn Frau Sudmann Quatsch erzählt!)

Martina Koeppen SPD:* Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es gibt eben Themen, die so schön sind, dass man über sie auch noch ein zweites Mal reden kann. Wenn ich mir die Reden meiner Vorredner in der Bürgerschaft noch einmal vor Augen führe, dann sehe ich, dass viele Tatsachen noch nicht richtig angekommen sind. Eigentlich könnte man jetzt eine sehr, sehr lange Rede über dieses Thema halten.

(Zuruf von *Dr. Wieland Schinnenburg* FDP)

– Herr Dr. Schinnenburg, Sie reden ein gutes Projekt tot, genauso wie Sie alle Verkehrsprojekte, die der Senat vernünftig umsetzt, in der Bütt einfach als Horrorszenario darstellen. Sagen Sie doch den Leuten vor Ort, es sei eigentlich ganz schön mit der S-Bahn nach Kaltenkirchen und man würde auch Pendler von der Autobahn auf den ÖPNV bekommen, aber eigentlich müssten Sie doch dagegen sein. Genauso haben Sie geredet, und das ist nicht richtig.

(Beifall bei der SPD)

Es ist ein Projekt, das Sie überhaupt noch nicht auf dem Plan hatten, denn in der letzten Legislaturperiode, wie Herr Buschhüter schon gesagt hat, hatten wir dazu einen Antrag eingebracht, und den haben Sie einfach ignoriert.

Ich glaube, es ist der richtige Weg, keine Schleife mehr mit diesem Antrag zu drehen, keine Überweisung mehr zu machen, sondern heute darüber abzustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Herr Dr. Schinnenburg von der FDP-Fraktion hat jetzt das Wort.

Dr. Wieland Schinnenburg FDP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Koeppen, das war nun wirklich ein geistiger Salto Mortale, den Sie gemacht haben. Man könnte jetzt lange darüber reden, und dann machen Sie mit dem Thema kurzen Prozess und nehmen nicht einmal eine Ausschussüberweisung an. Abgesehen davon, dass es unparlamentarisch ist, zeigt es auch, dass offenbar mein Beitrag und auch die Beiträge der anderen Kollegen Ihnen Angst gemacht haben. Vielleicht haben Sie Angst vor der Debatte im Ausschuss und wollen sie deshalb verweigern. Es überrascht mich nicht.

Nur zu Protokoll: Wir sind dafür, S4 und S21 zu machen und sind auch bereit, Kosten auf uns zu nehmen. Aber einer unseriösen Drucksache, einer

(Dr. Wieland Schinnenburg)

unseriösen Finanzierung werden wir ohne Ausschussberatung nicht zustimmen. Deshalb werden wir Ihren Antrag ablehnen. Wir sind gern bereit, im Ausschuss über Einzelheiten zu reden, aber wenn Sie meinen, kurzen Prozess machen zu müssen,

(Dr. Andreas Dressel SPD: Wir haben keinen Überweisungsantrag!)

weil Sie Angst vor der Debatte haben, dann bekommen Sie von uns ein Nein in der Sache. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Könnte man mich darüber in Kenntnis setzen, ob nun doch überwiesen wird?

(Dr. Andreas Dressel SPD: Wir wollen das nicht gegen unsere geliebte Opposition machen!)

– Wollen wir das jetzt noch einmal in Ruhe besprechen, Herr Dr. Dressel? Sonst lasse ich nun einfach abstimmen. Ist das in Ordnung? – Gut.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 20/13049 federführend an den Haushaltsausschuss und mitberatend an den Verkehrsausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann war das einstimmig.

Es kann doch so einfach sein.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 8 auf, Drucksache 20/12845. Große Anfrage der CDU-Fraktion: Schulen in freier Trägerschaft als Bereicherung der Hamburger Schullandschaft.

**[Große Anfrage der CDU-Fraktion:
Schulen in freier Trägerschaft als Bereicherung
der Hamburger Schullandschaft
– Drs 20/12845 –]**

Diese Drucksache möchte die CDU-Fraktion an den Schulausschuss überweisen. Wird hierzu das Wort gewünscht? – Frau Prien, Sie haben es.

Karin Prien CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Offensichtlich sind viele Mitglieder der SPD-Fraktion der Meinung, dass das Thema Schulen in freier Trägerschaft nicht lohnt, debattiert zu werden, beziehungsweise das Zuhören sich nicht lohnt, aber es geht immerhin um 20 000 Schüler in dieser Stadt.

(Glocke)

Vizepräsidentin Kersten Artus (unterbrechend): Frau Prien, verzeihen Sie bitte einen Moment. Ich möchte bitten, der Rednerin aufmerksam zuzuhö-

ren, und wenn Sie das nicht möchten, den Raum zu verlassen. – Fahren Sie bitte fort, Frau Prien.

Karin Prien CDU (fortfahrend): Es geht immerhin um knapp 20 000 Schüler, über die wir heute reden. Insofern lohnt es dann doch, sich einmal damit zu befassen.

(Beifall bei Dietrich Wersich CDU)

Die Schulen in freier Trägerschaft erfreuen sich in Hamburg großer Beliebtheit, und die Nachfrage nach Plätzen bei Schulen in freier Trägerschaft ist seit 2003, nachdem der CDU-geführte Senat die Finanzierung auf eine solide Basis gestellt hat, kontinuierlich gestiegen. Das ist sicherlich auch immer dann der Fall, wenn es eine Menge Ungewissheit im staatlichen Schulsystem gibt. Insofern haben wir in der Zeit zwischen 2010 und 2013 immerhin 17 neue Privatschulen dazu bekommen. Das ist auch in dem Zusammenhang interessant, dass Sie sich in der Großen Anfrage der Tatsache rühmen, dass sich der Zuschuss erhöht habe.

Die Vielfältigkeit der Schulen in privater Trägerschaft ist nach wie vor vorhanden. Es gibt die ganz konventionellen, konfessionellen Schulen, es gibt die reformpädagogisch-innovativen Schulen – womit ich nicht sagen will, dass konfessionelle Schulen nicht innovativ wären – und es gibt diese Schulen im allgemeinbildenden, im Berufsschul- und Sonderschulbereich. Dass diese Schulen eine Bereicherung für unsere Schullandschaft sind, darüber sind wir uns offensichtlich zumindest mit dem SPD-Senat einig. Allerdings endet die Einigkeit da, wo es um die Frage geht, ob sich das Verhältnis der Stadt Hamburg zu den Schulen in freier Trägerschaft noch etwas weiterentwickeln müsste.

Wenn man sich die Große Anfrage anschaut, dann ist der Senat offensichtlich der Meinung, es sei alles ganz super, wie fast immer bei Ihnen, wenn es um Schule geht, und da müsse man gar nichts machen. Das sehen wir ein bisschen anders. Wir denken, dass es in zwei Bereichen durchaus Bedarf gibt, über eine Weiterentwicklung des Systems nachzudenken.

Wenn man der Meinung ist, dass Schulen in freier Trägerschaft wegen des gesunden Wettbewerbs zwischen den Schulen in staatlicher Führung und denen in freier Trägerschaft sich gegenseitig befruchten und dass gegenseitige Inspiration durch unterschiedliche Modelle stattfinden soll, dann sollte man dieses Fruchtbare, das aus dem Wettbewerb entsteht, auch besser nutzen. Leider ist es so, dass die Wertschätzung der Schulbehörde gegenüber dem, was in den Schulen in freier Trägerschaft passiert, manches Mal zu wünschen übrig lässt. Es gibt zu wenig Austausch zwischen der Behörde und den Schulen in freier Trägerschaft und ihren Verbänden. Es würde sich unbedingt lohnen, auch dem Beispiel anderer Bundesländer

(Karin Prien)

folgend, etwa einen Runden Tisch einzuberufen und für mehr Austausch zu sorgen. Auch würde es sich lohnen, einmal darüber nachzudenken, ob das System der Schulaufsicht so, wie wir es in Hamburg bei den Schulen in freier Trägerschaft betreiben, wirklich sinnvoll ist. Zur Erklärung muss man sagen, dass diejenigen, die bei uns die Schulaufsicht betreiben, die Gleichen sind, die über die Genehmigung und die Zulassung von Schulen in freier Trägerschaft entscheiden. Das heißt, es geht hier vornehmlich um rechtliche Fragen, und es geht wenig um inhaltliche und um Qualitätsfragen; das halten wir für ein Manko.

Richtigen Handlungsbedarf gibt es aber im Bereich der Finanzierung.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Darum geht es! Sie sollen mehr Geld kriegen!)

– Darum geht es, genau, sie sollen mehr Geld bekommen, Frau Heyenn.

Sie sollen so viel mehr Geld bekommen, dass sie auch in der Lage sind, ihre Gebäudekosten angemessen zu zahlen. Das sind sie im Moment aufgrund einer Regelung, die 2003 nur vorläufig getroffen wurde, leider nicht. Das sollte man sich genau anschauen. Und wenn der Senat sich in der Drucksache der Tatsache rühmt, dass die Finanzierung der Schulen in freier Trägerschaft in Hamburg in der Spitzengruppe liegen würde, so ist das leider nicht wirklich wahr. Sie ist insgesamt knapp unterhalb des Durchschnitts.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Ja, das glaube ich auch! 80 Prozent etwa!)

Wir haben bei den Gymnasien nur eine Finanzierungsquote von 65 Prozent und bei den Grundschulen von 79 Prozent, und damit bewegen wir uns gerade einmal im Mittelfeld. Insofern gibt es keinen Grund, sich den ganzen Tag auf die Schulter zu klopfen.

Das Problem bei der Finanzierung ist einmal die Frage, auf welches Jahr man bei der Berechnung des Zuschusses Bezug nimmt. Ist es wirklich richtig, das Vorjahr als Bemessungsgrundlage zu wählen? Oder ist es, weil wir im Privatschulbereich immer noch steigende Schülerzahlen haben, nicht eigentlich korrekt, hier auf das Jahr abzustellen, um das es tatsächlich geht?

Die zweite Frage betrifft das Thema Gebäudekosten. Da wird immer noch zur Berechnung des Zuschusses, wie schon seit 2003, Bezug genommen auf eine fiktive kalkulatorische Miete von 7 Euro. Das hat man damals gemacht, als man für den staatlichen Schulbereich eine kalkulatorische Miete noch nicht ermitteln konnte. Das ist inzwischen, wie wir alle wissen, anders. Inzwischen gehen wir davon aus, dass im Durchschnitt 12 Euro eine angemessene Miete darstellen. 7 Euro und 12 Euro, muss man kein Mathematikexperte sein, um zu se-

hen, dass da eine erhebliche Differenz klafft. Insofern ist tatsächlich die Frage, ob das noch ein auskömmliches Modell sein kann. Die Träger selbst beklagen, dass sie mit einer solchen nach wie vor seit 2003 nicht veränderten Berechnungsgrundlage nicht zurechtkommen, dass eine Reinvestition, eine Sanierung, geschweige denn der Neubau so nicht mehr möglich sind.

Es hat in der Vergangenheit immer wieder einzelne zusätzliche Zuwendungen gegeben. Das ist aber nichts, auf das man eine dauerhafte Planung aufsetzen könnte. Insofern halten wir es für dringend geboten, hier zu einer neuen Systematik zu gelangen. Ich hoffe daher, dass wir diese Fragen dann im Schulausschuss miteinander erörtern können, um den Schulen in freier Trägerschaft auf Dauer das Überleben in ihren eigenen Gebäuden zu sichern.

Wir als CDU stehen jedenfalls zu den Schulen in freier Trägerschaft, und zwar nicht nur bezüglich des laufenden Unterhalts, sondern auch bezüglich der Investitionen. Bedenken Sie bitte dabei, dass wir mit unserem erheblichen Reformendrang in Hamburg – ich sage nur Ganztagsbetreuung, GBS, Inklusion – natürlich den Schulen in freier Trägerschaft ein erhebliches Maß an Investitionsnotwendigkeit immer wieder auferlegen. Insofern ist es auch nur fair – und das ist eine Voraussetzung für Wettbewerb und Fairness –, auch bei der Finanzierung fair zu bleiben

(Jan Quast SPD: Sagen Sie doch, wo es herkommen soll!)

und hier auch nachzubessern. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Herr Lein von der SPD-Fraktion hat jetzt das Wort.

Gerhard Lein SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal vorab: Die Schulen in freier Trägerschaft sind aus unserer Sicht eine wertvolle Ergänzung des staatlichen Angebots. Es hat gar keinen Zweck, dass Sie, Frau Prien, signalisieren, da wären wir nicht so ganz auf Ihrer Seite. Ich glaube, in diesem Haus sind wir uns einig, dass die Schulen in freier Trägerschaft, die seit Jahren etwa 10,5 Prozent der Hamburger Schüler beschulen, ein wertvolles und pädagogisch innovatives Angebot sind, das die Schulen ergänzt und bereichert.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Wir haben katholische Bekenntnisschulen, wir haben evangelische Bekenntnisschulen. Wir haben neuerdings die evangelikalen Bekenntnisschulen und wir haben anthroposophische Bekenntnisschulen. Wir haben private Schulen. Bei der einen oder anderen könnte man fast sagen, sie haben

(Gerhard Lein)

auch ein Bekenntnis, nämlich dass Schulen auch Gewinn machen dürfen, wenn ich an "Phorms" und andere Firmen denke, die in dieses Privatschulgeschäft eingestiegen sind.

Aber unsere große Vielfalt ist zu finanzieren. Und Sie haben zu Recht darauf hingewiesen – wir haben es vermutet, dass Sie bei dieser Debatte noch einmal darauf hinweisen wollen –, welcher wichtigen Schritt Sie 2004 zu Ihrer Regierungszeit gemacht haben, nämlich die Schulen in freier Trägerschaft anders auszustatten als zuvor. Diese Erkenntnis in 2003 und 2004 haben wir allerdings auch umgesetzt. Wenn Sie sich die Zahlen genau anschauen, dann sind in jedem Jahr die Zuwendungen für Schulen in freier Trägerschaft deutlich gestiegen. 2009 waren es 10,6 Millionen Euro, 2010 114 Millionen Euro, 2011 118 Millionen Euro, 2012 120 Millionen Euro, 2013 128 Millionen Euro, und 2014 werden es nach der jetzigen Prognose voraussichtlich 133 Millionen Euro werden. Es kann also keine Rede davon sein, dass man womöglich den Schulen das ihnen zustehende Geld nicht überweisen wolle.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Richtig!)

Vielleicht sollten wir auch an die Investitionen denken. Es gibt eine Liste von jährlichen Zuschüssen für Investitionen, aber ich habe in Erinnerung, und vielleicht auch Sie, Frau Prien, dass es einmal eine Zahl von 7 Millionen Euro gab. War das zu Ihrer Regierungszeit, als man die den Schulen wegnehmen wollte und wir diesen Sparbeschluss nicht vollzogen haben? Vielleicht sagen Sie einfach, wo er recht hat, hat er recht. Sie wollten damals kürzen und wir haben das zurückgenommen.

(Beifall bei der SPD)

Klar ist, dass man bei einer solchen schriftlichen Kleinen Anfrage zum Schluss immer ans Geld denkt. Man denkt weniger an die Schulaufsicht, über die kann man diskutieren, sie funktioniert doch. Wir haben das an Nenas neuer Schule erlebt. Nach heftigen Konvulsionen, bei denen die Schulaufsicht eingestiegen ist, ist auch diese wieder in ruhiges Fahrwasser eingetreten. Wir haben es auch beim Alsterring Gymnasium, dort hat man am Personal Kritik geübt, das nicht den Vorgaben entsprach, die wir gesetzlich und vertraglich haben wollten. Wir haben sogar eine der Bugenhagen-Schulen, mit der die Eltern nicht zufrieden waren und sagten, wir wollen wieder zurück in staatliche Arme, in eine staatliche Schule umgewandelt.

Ich glaube, auch die Schulaufsichts- und Genehmigungsfragen sind nicht sonderlich erörterungswürdig. Es geht um Geld.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Genau! Darum geht's!)

Ich habe die Zahlen vorhin genannt, ich habe auch Ihre Investitionsüberlegungen nicht unerwähnt ge-

lassen. Ich glaube, Hamburg hat nicht nur die höchsten Sätze pro Schüler im Bundesgebiet, sondern zahlt seine Privatschulen auch gut und hat damit den höchsten Erstattungssatz. Und wer weiß, dass wir Schulen haben, deren Klassenfrequenzen weit über dem liegen, was Hamburger staatliche Schulen üblicherweise haben – ich erwähne nur das Wort Waldorf –, der sieht, dass die Schulen das Recht haben, mit diesem Geld zu machen, was sie für richtig halten.

Wir brauchen derzeit keine vertiefte Diskussion über diese Frage. Ich finde die Große Anfrage im Namen meiner Fraktion hilfreich, und sie macht vieles klar, was bisher der eine oder andere gewusst hat. Wenn Sie einen Antrag haben, dann nur zu, dann wird über den Antrag diskutiert. Da bin ich im Rahmen Ihrer Haushaltsvorschläge natürlich immer auf die Deckungsüberlegungen gespannt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Frau Dr. von Berg von der GRÜNEN Fraktion hat jetzt das Wort.

Dr. Stefanie von Berg GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich kann teilweise leider nur das wiederholen, was meine Vorrednerinnen und mein Vorredner gesagt haben. 19 000 Schülerinnen und Schüler besuchen Schulen in freier Trägerschaft. Wir GRÜNE stehen ganz klar dazu, dass Schulen in freier Trägerschaft ein wichtiges Element der Zivilgesellschaft sind, dass sie Mitverantwortung übernehmen in gesellschaftlichen Fragen, dass häufig die Gründung von Schulen in freier Trägerschaft auch ein Zeichen für bürgerschaftliches Engagement ist und dass sie in der Vergangenheit und auch heute noch häufig Motoren für Innovation gewesen sind. Wir GRÜNE stehen auch zu den Schulen in freier Trägerschaft.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn wir aber jetzt die These aufstellen, dass sie tatsächlich auch die gleichen Aufgaben übernehmen wie die staatlichen Schulen – das zeigt auch ganz klar die Große Anfrage der CDU-Fraktion –, dass sie auch ihren Beitrag zur Inklusion leisten, dass sie Kinder aufnehmen, die an den staatlichen Schulen zum Teil abgelehnt werden – das stand jüngst in der Presse –, dann muss es in der Konsequenz auch heißen, dass man sie verlässlich ausstattet. Sie müssen finanziell nachvollziehbar, transparent und verlässlich ausgestattet sein. Das ist der wichtige Punkt dabei.

Die Schulen in freier Trägerschaft, das wissen wir alle, sind mit 85 Prozent des Schülerkostensatzes der staatlichen Schulen ausgestattet. Das ist auch in Ordnung so, das soll auch nicht mehr werden. Staatliche Schulen haben nämlich zum Teil noch andere Aufgaben zu leisten. Aber für mich ist nicht

(Dr. Stefanie von Berg)

verständlich, warum sie dann nur 60 Prozent der Miete bekommen, die für staatliche Schulen veranschlagt sind. Tatsächlich bin auch ich der Meinung von Frau Prien, dass das die falsche Konsequenz aus der These ist, dass Schulen in freier Trägerschaft die gleichen Bildungsaufgaben erledigen wie staatliche Schulen.

Wir alle wollen nicht – Frau Heyenn sieht das mit Sicherheit gleich anders als ich –, dass Schulen in freier Trägerschaft die Gebühren so stark erhöhen, dass es nicht mehr möglich ist, dass alle Schülerinnen und Schüler dahingehen können.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Dann ist es umgekehrt!)

Die Gebühren wären dann so hoch, dass es wieder zu einer Sonderung kommt und sie zu exklusiven Schulen werden. Im Moment ist es nämlich noch so, dass sie es schaffen, die Gebühren relativ überschaubar zu halten, sodass sich das viele Eltern leisten können; 19 000 Schülerinnen und Schüler sprechen für sich.

Deswegen wird auch unser Haushaltsantrag in die Richtung gehen, dass die Schülerinnen und Schüler heile Schulen verdient haben und gesunde Schulgebäude. Wir müssen wirklich darüber nachdenken, wie sie an den Sanierungskosten, die auch die staatlichen Schulen bekommen, beteiligt werden können.

Lieber Herr Kollege Lein, 7 Millionen Euro hören sich erst einmal viel an, sind aber für die 19 000 Schülerinnen und Schüler nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Da müssen wir wirklich noch einmal anders in den Sanierungstopf greifen. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Frau Suding von der FDP-Fraktion hat jetzt das Wort.

Katja Suding FDP: Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Für meine Fraktion sage ich ganz klar: Schulen in freier Trägerschaft sind eine Bereicherung der Hamburger Schullandschaft. Deshalb hat auch ein FDP-Schulsenator vor gut einem Jahrzehnt die beste Finanzierung von Schulen in freier Trägerschaft auf den Weg gebracht, die es in Deutschland gibt.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Von dem würde ich lieber nicht reden an dieser Stelle!)

Die anhaltende Beliebtheit der privaten Schulen gibt uns auch recht. Ihre Anmeldezahlen steigen von Jahr zu Jahr, weil sie einfach gute Angebote machen. In vielen Bereichen sind sie sogar Vorreiter bei der Einführung neuer guter Konzepte. So haben sie als Impulsgeber auch starken Einfluss auf staatliche Schulen. Viele pädagogisch erfolgreiche Ansätze werden von staatlichen Schulen

übernommen und sind dort mittlerweile Standard, beispielsweise Englisch in Grundschulen oder das Fach Theater im musisch-künstlerischen Bereich.

Schulen in freier Trägerschaft sind aber nicht nur eine gute, sondern in vielen Fällen leider auch eine notwendige Ergänzung, weil staatliche Schulen in bestimmten Bereichen kein ausreichendes Angebot machen. Ein gutes, besser gesagt, ein sehr trauriges Beispiel dafür ist die Hochbegabtenförderung. Die in der Bürgerschaft und im Schulausschuss geführte Debatte zu diesem Thema hat deutlich gemacht: Eltern mit hochbegabten Kindern fliehen geradezu aus dem staatlichen Schulsystem, wenn sie es sich denn leisten können, weil die Förderung von hochbegabten Schülern an den meisten staatlichen Schulen eben nicht funktioniert. Hätte die FDP-Fraktion hier nicht auf einem grundsätzlichen Umsteuern bestanden, dann würde sich das wohl auch nie ändern. So aber besteht die Chance, dass auch beim Thema Hochbegabung die staatlichen Schulen von den guten Erfolgen der privaten Schulen profitieren und damit natürlich vor allem die Schülerinnen und Schüler. Jetzt müssen wir sehr genau darauf achten, dass der Senator sich dafür nicht nur feiern lässt, sondern dass es auch tatsächlich an die Umsetzung geht, denn darauf warten die Schüler, Eltern und Lehrer.

Meine Damen und Herren! Die absoluten Schülerzahlen an Schulen in freier Trägerschaft steigen, und sie würden noch viel mehr zunehmen, wenn es denn genügend Plätze gäbe. Es gibt Schulen in freier Trägerschaft, die haben auf einen freien Platz fünf Anmeldungen. Deutlicher können Eltern eigentlich nicht sagen, dass sie unzufrieden sind mit der Situation in Hamburg. Und so wird die Beliebtheit der Schulen in freier Trägerschaft zu einem Misstrauensvotum der Eltern gegenüber dem staatlichen Schulsystem.

Frau Kollegin Prien, ich gebe Ihnen recht, über die Finanzierung der Schulen in freier Trägerschaft müssen wir zehn Jahre nach der grundsätzlichen Reform dringend wieder sprechen. Die Berechnungsgrundlage, auf der die Zuweisungen Hamburgs basieren, muss an die aktuellen Bedingungen und Gegebenheiten angepasst werden. Das plakativste Beispiel ist schon genannt worden, das ist sicherlich die kalkulatorische Miete. Die 7 Euro pro Quadratmeter, die die Schulen erhalten, entsprechen kaum den realen Kosten.

Wir stehen für eine Stärkung der Schulen in freier Trägerschaft, und deswegen würden wir diese Drucksache sehr gern an den Schulausschuss überweisen, um dann auch die Details der Finanzierung klären zu können. Ihrem Überweisungsbegehren, liebe Frau Prien, stimmt meine Fraktion daher zu. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Jetzt hat Frau Heyenn von der Fraktion DIE LINKE das Wort.

Dora Heyenn DIE LINKE:* Die Schülerzahlen der Privatschulen in Hamburg sind seit Jahren annähernd konstant. Es ist ein Märchen, dass diese ständig steigen würden. Das ist nicht richtig; das liegt immer bei 10 Prozent.

(Gerhard Lein SPD: So ist es!)

Die CDU-Fraktion hat ihre Große Anfrage überschrieben mit "Schulen in freier Trägerschaft als Bereicherung der Hamburger Schullandschaft". Damit haben Sie im Grunde Ihr Ergebnis schon vorweggenommen. Nun gibt es eine Studie mit dem Titel "Allgemeinbildende Privatschulen in Deutschland – Bereicherung oder Gefährdung des öffentlichen Schulwesens?" von Professor Weiß. In ihr findet sich folgendes Statement – ich zitiere –:

"Eine besondere Reformorientierung des Privatschulbereichs ist keine zutreffende allgemeine Beschreibung der aktuellen Realität [...]. Dass sich Reforminitiativen auch im öffentlichen Schulwesen realisieren lassen, ist hinreichend belegt. Würdigung erfährt dies etwa durch den Deutschen Schulpreis, der bislang fast ausnahmslos an öffentliche Schulen ging."

Wir meinen deshalb, dass wir mit dem Satz, Schulen in freier Trägerschaft seien eine Bereicherung des Schulwesens, ein bisschen differenzierter umgehen müssen.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Gerhard Lein SPD*)

Frau Prien sagte, die CDU habe die Finanzierung auf eine solide Basis gestellt. Das ist stark untertrieben. Privatschulen erhalten in Hamburg die höchste Förderung, die es in einem Bundesland gibt. Sie haben das damals beantragt und es ist sukzessive umgesetzt worden, auch von der SPD, sodass wir jetzt bei 85 Prozent des Schülerkostensatzes sind. Dass Sie versuchen, alles Mögliche gegenzurechnen, um das herunterunterzurechnen, kann ich aus Ihrer Sicht verstehen, aber es bleibt dabei: Die Schulen in freier Trägerschaft haben in Hamburg eine unglaubliche öffentliche Unterstützung.

(Präsidentin Carola Veit übernimmt den Vorsitz.)

Sie haben in Ihrer Großen Anfrage einiges vergessen zu fragen, Sie haben zum Beispiel nicht nach den Elternbeiträgen gefragt. Das wäre ein ganz wichtiger Punkt. Natürlich sind auch wir dafür, dass sich Privatschulen gründen können, dass sie existieren können und pädagogische Innovationen vorantreiben können. Das ist ein Gebot des Grundgesetzes und das Recht von Privatschulen. Der Punkt ist aber, dass das Sonderungsverbot einge-

halten werden muss. Ich weise darauf hin, dass wir diese Diskussion in der letzten Legislaturperiode schon einmal geführt haben. Damals haben wir sehr intensiv über Privatschulen nachgedacht, und die schwarz-grüne Regierung mit Schulsenatorin Goetsch hat dafür gesorgt, dass es eine Schulaufsicht für Privatschulen gibt, die diese Schulen begleitet, sie unterstützt, die aber auch darauf schaut, ob das, was an Genehmigungsmaterial vorgelegt wurde, auch eingehalten wird oder es da eventuell Probleme gibt. Damals sind die ersten 13 Schulen angeschrieben worden. Es ist nicht so, dass wir dafür sind, dass die Elternbeiträge bei den Privatschulen steigen, Frau von Berg, sondern wir haben im Gegenteil damals durch unsere Initiative mit dafür gesorgt, dass es eine Obergrenze gibt, damit das Sonderungsverbot des Grundgesetzes eingehalten wird. Die damalige Senatorin hat das umgesetzt, es sind jetzt durchschnittlich 200 Euro pro Monat. 13 Schulen lagen über diesem Satz. Sie sind angeschrieben worden und haben das dann wieder gesenkt. Insofern begrüße ich es außerordentlich, dass es nach wie vor zwei Beamtinnen gibt, die die Aufsicht über die Schulen in freier Trägerschaft haben. Das ist auch dringend notwendig, weil wir von Fällen wissen – Herr Lein hat einige aufgeführt –, in denen Lehrkräfte zu einem anderen Gehalt, als sie es in öffentlichen Schulen bekämen, eingestellt wurden und Verträge nicht eingehalten werden.

Etwas anderes, wonach die CDU nicht gefragt hat, ist die Anzahl der Schüler, die nach Paragraph 12 in den Schulen in freier Trägerschaft sind. Sie haben nur danach gefragt, ob es in bestimmten Schulen in bestimmten Klassenstufen Paragraph-12-Kinder gibt, um es ganz lax zu sagen, aber interessant ist doch, wie viele es sind, auch im Vergleich zur gesamten Schülerschaft und im Vergleich zu den Stadtteilschulen. Dann hätten wir ein ganz anderes Bild.

Der Abgeordnete Haufler, der heute nicht da ist, hat 2011 eine hochinteressante Anfrage gestellt. Er hat gefragt, wie viele Abiturientinnen und Abiturienten an staatlichen und an privaten Schulen das Abitur gemacht haben, die die Muttersprache Deutsch hatten. Das Ergebnis war deutlich: In den Schulen in freier Trägerschaft hatten 95 bis 100 Prozent der Abiturienten die Muttersprache Deutsch, und ich muss Ihnen nicht sagen, wie das in Billstedt, Harburg oder Wilhelmsburg ist. Wir vertreten die Auffassung, dass es nicht sein kann, dass die Privatschulen zulasten des allgemeinbildenden Schulsystems entwickelt werden. Es kann nicht sein, dass das allgemeinbildende Schulsystem alle Lasten trägt und die Privatschulen sich im Grunde die engagierten Eltern und ganz spezielle Schüler aussuchen. Insofern sind wir auch gegen eine Vollfinanzierung. Alles, was von CDU und FDP gesagt wurde, geht in Richtung Vollfinanzierung der Schulen in freier Trägerschaft. Völlig aus-

(Dora Heyenn)

geklammert werden die Beiträge, die jeden Monat für jedes Kind gezahlt werden müssen. Wir sind da sehr, sehr skeptisch und absolut dagegen. Außerdem finden wir den Schülerkostensatz von 85 Prozent zu hoch und werden nicht müde, immer wieder Anträge zu stellen, das auf 70 Prozent zu senken. Mehr Geld für Privatschulen – mit uns nicht.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsidentin Carola Veit: Frau Prien von der CDU-Fraktion hat jetzt das Wort.

Karin Prien CDU:* Trotz des angestregten Zeitbudgets, meine Damen und Herren, ein paar wenige Bemerkungen.

(*Gerhard Lein SPD:* Ich denke, Sie reden immer gerne!)

Ehrlich gesagt, Herr Lein, ist die Selbstgefälligkeit, mit der Sie sich einem solchen Thema nähern, wirklich entnervend; ich kann es nicht anders sagen.

(*Dirk Kienscherf SPD:* Schauen Sie es sich doch einmal an!)

Wenn Sie sich die Mühe machen würden, einmal zu schauen, woran es liegt, dass die Zuwendungen seit 2003 in diesem Ausmaß gewachsen sind, dann könnten Sie unschwer erkennen, dass sich die Anzahl der Schulen und auch die der Schüler verdreifacht hat. Also ist doch klar, dass dann bei gleicher Berechnungsgrundlage auch die Ausgaben entsprechend wachsen. Da finde ich, ehrlich gesagt, Ihre Argumentation ein bisschen zu schlicht.

Ich könnte böse sagen, dass es Schulen in freier Trägerschaft dringend braucht in unserer Stadt. Das zeigt der Fall des diabeteskranken Kindes, das in einer Hamburger allgemeinbildenden Schule nicht beschult werden konnte und deshalb gar keine andere Möglichkeit hatte, als sich an eine konfessionelle Schule zu richten. Das ist ein Skandal und ein wirklich gutes Argument für Schulen in freier Trägerschaft in unserer Stadt. Aber ich will mich nicht mit Polemik aufhalten.

Was Sie nicht erwähnt haben, Herr Lein – das gilt auch für Sie, Frau Heyenn –, ist, dass es durch jedes Kind, das an einer Schule in freier Trägerschaft unterrichtet wird, auch einen Entlastungseffekt gibt. Den haben Sie noch nicht berechnet. Müssten Sie die alle an allgemeinbildenden Schulen beschulen, dann hätten Sie deutlich höhere Ausgaben als jetzt. Insofern ist das Ganze eine Milchmädchenrechnung. Ich verstehe daher Ihre mangelnde Bereitschaft nicht, mit uns über eine andere, solidere Art der Finanzierung zu reden, die eine Planung möglich macht.

Ihnen, Frau Heyenn, würde ich empfehlen, sich Schulen in freier Trägerschaft anzuschauen. Ge-

hen Sie doch einmal nach Altona in die Grundschule und schauen Sie sich an, welche Kinder dort beschult werden, wie viele von ihnen aus Familien mit Leistungsbezug kommen und wie viele Kinder mit Migrationshintergrund dort beschult werden. Wir haben das vor einigen Monaten getan. Es ist wirklich ein außerordentlich beeindruckendes Integrations- und Inklusionskonzept, das dort gefahren wird. Das Gleiche gilt zum Beispiel auch für die katholische Grundschule in Wilhelmsburg. Insofern entspricht das nicht der Realität.

Meine Damen und Herren! Schulen in freier Trägerschaft sind eine Bereicherung für unsere allgemeinbildenden Schulen. Es ist keine Gunst, die wir erteilen, sondern es ist ein Ausdruck von Freiheit und Vielfalt in unserer Stadt. Daran darf nicht gerüttelt werden, sondern das müssen wir pflegen. Bitte helfen Sie uns, dass das weiter möglich ist.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Carola Veit: Nun hat Herr Lein von der SPD-Fraktion das Wort.

Gerhard Lein SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Prien, ich möchte nur eine Zahl zurechtrücken. Vielleicht erklären Sie mir einmal, warum Sie sagen: "Ehrlich gesagt". Das sind wir immer, und diese Floskeln brauchen wir nicht. Aber zu den Zahlen.

(*Dora Heyenn DIE LINKE:* Können Sie das nicht schriftlich machen?)

2011 hatten wir 19 160 Schüler und 118 Millionen Euro Pro-Kopf-Zuwendungen, 2013 waren es 19 838 Schüler und 133,7 Millionen Euro Zuwendungen – also wenn das keine Steigerung ist. Sie sagten, es gäbe keine Steigerung. Das ist aber sehr wohl ein Anwachsen der staatlichen Zuwendungen gewesen, und zwar deutlich über das Anwachsen der Schülerschaft hinaus.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD – *Karin Prien CDU:* Überweisen Sie es an den Ausschuss, dann können wir uns darüber unterhalten!)

Präsidentin Carola Veit: Wer möchte nach dem Ende der Debatte nunmehr einer Überweisung der Drucksache an den Schulausschuss zustimmen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das Überweisungsbegehren abgelehnt.

Ich stelle fest, dass wir von der Großen Anfrage Kenntnis genommen haben.

Tagesordnungspunkt 23, Drucksache 20/13154, Antrag der GRÜNEN Fraktion: Holsten-Brauerei: Planwertgewinne zur Gestaltung des neuen Quartiers abschöpfen!

(Präsidentin Carola Veit)

**[Antrag der GRÜNEN Fraktion:
Holsten-Brauerei: Planwertgewinne zur Gestaltung des neuen Quartiers abschöpfen!
– Drs 20/13154 –]**

Die Fraktionen sind übereingekommen, dass die Debatte heute entfällt.

Der Abgeordnete Bläsing hat mir mitgeteilt, dass er an der Abstimmung nicht teilnehmen wird.

Wer möchte nun also die Drucksache an den Stadtentwicklungsausschuss überweisen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann haben wir das einstimmig entsprechend überwiesen.

Wir kommen zu Punkt 29 unserer Tagesordnung, Drucksache 20/13164, Antrag der FDP-Fraktion: Integriertes Gesamtkonzept zur Minderung von Hochwasserrisiken sowie zur Verbesserung ökologischer Bedingungen in Hamburger Gewässereinzugsgebieten.

Hierzu liegt Ihnen ein Antrag der SPD-Fraktion vor.

**[Antrag der FDP-Fraktion:
Integriertes Gesamtkonzept zur Minderung von Hochwasserrisiken sowie zur Verbesserung ökologischer Bedingungen in Hamburger Gewässereinzugsgebieten
– Drs 20/13164 –]**

**[Antrag der SPD-Fraktion:
Aktionsplan "Anpassung an den Klimawandel" ist auf den Weg gebracht und wird umgesetzt – Sorgen im Zuge der Ausweisung von Überschwemmungsgebieten weiter ernst nehmen
– Drs 20/13290 –]**

Die Ursprungsdrucksache möchte die FDP-Fraktion federführend an den Stadtentwicklungsausschuss und mitberatend an den Umweltausschuss überweisen.

Wer wünscht das Wort? – Herr Dr. Duwe von der FDP-Fraktion, Sie haben es.

Dr. Kurt Duwe FDP:* Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben den Tag mit der Wasserrahmenrichtlinie begonnen, dann werden ihn auch gebührend mit der Wasserrahmenrichtlinie beenden. Der Antrag, den wir vorlegen, soll die positiven Auswirkungen der Maßnahmen auf Grundlage der Wasserrahmenrichtlinie mit denen zur Vermeidung von Hochwasser in kleinen Einzugsgebieten verbinden.

Sie kennen die Diskussion über die Überschwemmungsgebiete; ich will nicht weiter darauf eingehen. Wichtig ist eigentlich nur, dass Gebiete als Überschwemmungsgebiete definiert werden, in denen mindestens einmal in 100 Jahren eine Über-

schwemmung stattfindet. Jeder weiß, dass die Überschwemmungen, die wir in Hamburg haben, zum großen Teil nicht natürlichen Ursprungs sind, sondern von uns Menschen durch Versiegelung oder andere Maßnahmen selbst verursacht werden. Das kann man natürlich zumindest zu einem gewissen Teil vermeiden. Unser Antrag versucht, beides zu verbinden, nämlich Hochwasserrisiken zu vermeiden und gleichzeitig die Wasserläufe wieder ökologisch aufzuwerten.

Bisher wird in Hamburg bei der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie davon ausgegangen, dass man von der Mündung bis zur Quelle saniert. Normalerweise macht man das umgekehrt. Gewässer werden von der Quelle aus stromab saniert. Wir haben in Hamburg diese schön angelegten Fischtreppen. Voraussetzung ist allerdings, dass die Fische, die dort hochsteigen sollen, in ein Gewässer kommen, das mindestens dieselbe Qualität hat wie das Gewässer stromab, und das ist bei den meisten dieser kleinen Gewässer nicht der Fall.

Wir haben in Hamburg – in Anführungszeichen – ein weiteres Problem. Wir müssen sehr viele Ausgleichsflächen oder Ausgleichsmaßnahmen nachweisen für Eingriffe in die Natur, und wir wissen alle, dass sehr viele Flächen in den Vier- und Marschlanden oder in Neuland im Süden von Hamburg bereits besetzt sind, sodass man teilweise schon im Umland sucht. Man sollte sich aber trotzdem die Mühe machen, sich die Bereiche in den Quellgebieten beziehungsweise um die Oberläufe der Bäche in diesen Überschwemmungsgebieten einmal anzuschauen und zu prüfen, welche Flächen für ein Rückhaltebecken geeignet wären oder für Renaturierungszwecke zur Verfügung stehen. Da gibt es sogar Flächen, die im Besitz der Freien und Hansestadt Hamburg sind und als Pferdewiesen verpachtet sind. Ich könnte mir vorstellen, dass es unter Umständen eine Möglichkeit wäre, dort entweder Regenrückhaltebecken anzulegen oder aber dem kleinen Flüschen wieder ein bisschen mehr Raum zu geben. Das könnte man durch diese Ausgleichsmaßnahmen oder aber durch den Verzicht auf sehr teure Baumaßnahmen im Rahmen der Wasserrahmenrichtlinie finanzieren, die man erst dann angehen kann, wenn oben das Wasser vernünftig ist und die Zustände auch ökologisch vertretbar sind.

Ich möchte diesen Antrag als eine goldene Brücke sehen, die ich der SPD vorlege, da ich bisher nur von schroffer Ablehnung seitens der SPD und der Behörde gehört habe gegenüber allen Vorschlägen, die auch von Bürgerinnen und Bürgern gemacht worden sind im Rahmen der Diskussion über die Festlegung dieser Überschwemmungsgebiete. Wenn man diese Maßnahmen wirklich einführen will, muss man auch begründen können, dass es keine Alternativen gab. Solange man aber nicht bereit ist, Alternativen anzusprechen, wird

(Dr. Kurt Duwe)

man mit den Bürgern dauerhaft nicht ins Gespräch kommen.

Dies ist also ein Friedensangebot von mir. Kurzfristig wird es wahrscheinlich nicht so viel bringen, aber mittelfristig. Wir sollten endlich einmal die Wasserrahmenrichtlinie vom Kopf auf die Füße stellen und die Wasserqualität in Hamburg von der Quelle aus verbessern. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP – *Jens Kerstan GRÜNE*:
Und wir hören damit auf!)

Präsidentin Carola Veit: Jetzt bekommt Frau Krichok von der SPD-Fraktion das Wort.

Anne Krischok SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Dr. Duwe, ich wusste gar nicht, dass wir im Krieg miteinander sind, denn Sie nennen es Friedensangebote. Der Antrag der FDP beinhaltet eine Aufzählung verschiedener, allgemein bekannter Fakten zum Hochwasserschutz. Meine Damen und Herren von der FDP, auch wenn sich die Politik der FDP häufig an der Eigentumsfrage orientiert, nimmt der Klimawandel darauf keine Rücksicht, weder auf Eigentumsverhältnisse noch auf Stadtgrenzen. Flüsse sind eben dort, wo sie nun mal sind, und wir können unsere Probleme auch nicht großzügig im Umland abladen. Die FDP suggeriert, dass es nur der Umsetzung von vier Punkten ihres Antrags bedürfe und schon sei die Welt wieder heil. Die Folgen des Klimawandels müssen in einer weitreichenden Kooperation mit den Bürgerinnen und Bürgern bewältigt werden. Und die Umweltbehörde tut alles, um die Interessen der Bürgerinnen und Bürger in den Überschwemmungsgebieten zu wahren.

(Beifall bei der SPD)

Sie führt zusätzliche – ich betone: zusätzliche – dezentrale Anhörungsverfahren in den betroffenen Bezirken durch, bei denen sie den Anwohnerinnen und Anwohnern vor Ort Rede und Antwort steht. Hier sind auch Vertreterinnen und Vertreter des Landesbetriebs Straßen, Brücken und Gewässer und der Fachbehörden anwesend. Die Einwendungsfrist wurde auf Oktober verlängert. Es wurde eine Telefonhotline für die betroffenen Anlieger eingerichtet. Die Hinweise der Bürgerinnen und Bürger werden vor der Fortsetzung der Überschwemmungsgebiete genau geprüft und einbezogen.

(Beifall bei der SPD – *Olaf Ohlsen CDU*:
Schöner Ansatz!)

Parallel werden einheitliche Standards für mögliche Ausnahmeregelungen und deren Bedingungen entwickelt, die dann für ganz Hamburg gelten sollen. Diese Standards sollen die Interessen der Grundeigentümer und des Hochwasserschutzes in Einklang bringen. Es ist gut, dass die Umweltbe-

hörde auf die Kritiker zugeht und sich Anhörungen vor Ort stellt. Das hilft den Anwohnern wirklich.

(Beifall bei der SPD)

In einer großen öffentlichen Anhörung im Umweltausschuss beispielsweise könnte man nicht so individuell auf die lokalen Anliegen eingehen. Ohne umfassende Information und ordentlichen Dialog dürfen so weitreichende Entscheidungen für die Eigentümer nicht getroffen werden. Auch die Verlängerung der Einwendungsfrist ist ein Zeichen, dass alle Bedenken gehört werden und einfließen sollen. Mit dem jetzt durchgeführten Anwohnerdialog können Anregungen und Bedenken vor Ort aufgegriffen werden und in den weiteren Prozess einfließen.

(*Thilo Kleibauer CDU*: Wollten die das vorher nicht, oder wie?)

Die Auswertung der gerade einlaufenden Stellungnahmen der Bürgerinnen und Bürger aus den Einzugsbereichen zu den Überschwemmungsgebieten wird sehr sorgfältig vorgenommen und wird auch noch einige Zeit in Anspruch nehmen. Hier gilt aber Gründlichkeit vor Schnelligkeit.

(Beifall bei der SPD)

Der Hochwasserschutz liegt bei diesem Senat, wie viele andere Themen im Übrigen auch, in sehr guten Händen, denn vieles ist in den vergangenen Jahren gut und zielgerichtet vorangetrieben worden.

Herr Dr. Duwe, in Ihrer Pressemeldung von heute Vormittag beklagen Sie, dass in Hamburg Flächen versiegelt werden. Das ist übrigens in Großstädten nichts Besonderes. Bei den damit verbundenen Problemen haben wir es allerdings mit den Auswirkungen des Klimawandels zu tun, und dieser wird nicht von Senatorin Blankau verursacht.

(*Jens Kerstan GRÜNE*: Sie tun auch nichts dagegen!)

Wir sehen beim besten Willen nicht, warum wir einem Antrag der FDP zustimmen und ihn an die Ausschüsse überweisen sollten, der ansonsten den Senat auffordert, das zu tun, was er aufgrund von EU-Regelungen ohnehin tun muss und auch tun wird, und darüber hinaus noch vieles mehr. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD – *Dr. Andreas Dressel SPD*: Sehr gut!)

Präsidentin Carola Veit: Von der CDU-Fraktion bekommt nun das Wort Frau Stöver.

Birgit Stöver CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich war sehr gespannt, wie die beiden Anträge vorgestellt würden. In der Vergangenheit haben wir schon häufig über Überschwem-

(Birgit Stöver)

mungsgebiete diskutiert, und ich glaube, dass die SPD daraus auch ihre Lehren gezogen hat.

(Zuruf von *Dr. Andreas Dressel SPD*)

– Das hat sie, Herr Dressel, das ist eben so.

Ich habe allerdings den FDP-Antrag etwas anders verstanden. Auch wenn nachher im Petitum in beiden Anträgen viel über Überschwemmungsgebiete gesprochen wird, so verstehe ich den Ansatz der FDP anders, und ich hoffe, dass der auch bei der SPD zu sehen ist. Es geht nämlich darum, einzelne Maßnahmen für Gewässerschutz zusammenzuführen, also einen präventiven Hochwasserschutz für das Elbe-, aber auch für das Binnenhochwasserereignis zu erreichen. Das ist sehr wichtig, denn er umfasst deutlich mehr als nur Deichbau, sprich, einfach nur technischen Hochwasserschutz, sondern dazu gehört auch die Pflege und die Reinigung von Gewässern und Uferbefestigungen. Hierfür, und das hat die FDP in ihrem Antrag gut formuliert, müssen ausreichend Finanzmittel zur Verfügung gestellt werden. Im Haushaltsplan-Entwurf 2015/2016 ist eher eine Reduzierung zu sehen. Das finden auch wir von der CDU-Fraktion nicht gut.

Zusammengefasst: Ich würde gern den FDP-Antrag, ebenso den SPD-Antrag im Ausschuss diskutieren, denn sie haben beide richtige Ansätze. Und wir sollten definitiv darüber sprechen, wie wir einen präventiven Hochwasserschutz oder ein integriertes Gesamtkonzept schaffen können. Da bin ich beim SPD-Antrag noch ein bisschen skeptisch, weil er mir zu wenig konkret ist.

(*Olaf Ohlsen CDU*: Der ist zu schwammig!)

– Er ist zu schwammig, Olaf Ohlsen bringt es noch einmal auf den Punkt.

Nur den Aktionsplan "Anpassung an den Klimawandel" einfach weiter fortzuschreiben, genügt nicht, wenn wir nicht den Fokus darauf legen, Maßnahmen zusammenzuführen, damit wir einen präventiven Hochwasserschutz erreichen. Herr Dr. Duwe sagte es, wir müssen den Hochwasserschutz für den gesamten Fluss haben, sei es ein kleiner Fluss oder ein großer. Wir von der CDU-Fraktion sehen auch Defizite beim Gewässerschutz. Der Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer hat bereits 2009 gefordert, die Wirkungsweisen zu überprüfen, was die Rückhaltebecken angeht. Hier sollte eine Optimierung stattfinden, aber das ist bis heute nicht geschehen. Wir sehen auch eine Vernachlässigung der Pflege von Gräben und Uferstrandstreifen, die wirklich aufgehoben werden sollte.

Mein Plädoyer ist, diese beiden Anträge zusammen an den Ausschuss zu überweisen, um wirklich über ein Gesamtkonzept zu diskutieren. Dafür bitte ich um Ihre Zustimmung. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Carola Veit: Jetzt bekommt Herr Bill das Wort für die GRÜNEN.

Martin Bill GRÜNE: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist die letzte Debatte des Tages, und deswegen nähere ich mich dem Antrag der FDP etwas anders. Es ist schon ein starkes Indiz dafür, dass in dem Antrag gute Sachen stehen müssen, wenn die SPD sich nicht traut, den Antrag an den Ausschuss zu überweisen, wenn sie sich nicht traut, ihn einfach abzulehnen, sondern noch ad hoc einen Zusatzantrag schreibt. Der Antrag der FDP ist in der Tat vernünftig und verdient es, für eine Beratung an den Ausschuss überwiesen zu werden.

(Beifall bei der FDP, vereinzelt bei den GRÜNEN und der CDU)

Wenn wir über Hochwasser in Hamburg diskutieren, dann haben wir stets vier Aspekte vor Augen. Der erste Aspekt ist immer die Sturmflut, die von der Nordsee kommt. Da entwickeln wir uns seit 1962 kontinuierlich weiter. Wir haben dort Geld, Kompetenz und Fachwissen aufgebaut. Man könnte bei den Überflutungsflächen sicherlich noch die Abstimmung mit den anderen Bundesländern verstärken.

Als zweiten Aspekt denkt man immer an Hochwasser, das vom Oberlauf der Elbe kommt, aber in Geesthacht ist bekannterweise immer Schluss, weil dort die Tideelbe anfängt. Dann kommen jedoch weitere Hochwassereignisse auf Hamburg zu, nämlich Starkregenereignisse und das Binnenhochwasser der kleineren Gewässer, die durch Hamburg fließen. Darüber sollten wir im Ausschuss intensiver reden und uns im Gesamtkonzept beraten. Ich bedauere deshalb sehr, dass diese Anträge nicht an den Ausschuss überwiesen werden.

Wir hatten nämlich gerade, und das wurde auch angesprochen, eine große Debatte über das Binnenhochwasser und die Ausweisung der Überschwemmungsgebiete. Zurzeit laufen die Anhörungen in den Bezirken, die erst nach großem öffentlichem Druck entstanden sind. So, wie ich es höre, sind zahlreiche Bürgerinnen und Bürger mit sehr viel Engagement dabei, haben sich sehr viel Sachverstand angeeignet und auch Vorschläge unterbreitet, wie man sich konzeptionell weiterentwickeln könnte. Ich finde, das sollten wir schon im Ausschuss diskutieren und auch einmal die Beteiligten hören. Sie wollen in den Ausschuss kommen und mit uns als Bürgerschaft darüber diskutieren. Auch wir als Parlamentarier der Bürgerschaft haben ein Recht darauf zu erfahren, welche Erkenntnisse die BSU aus den Anhörungen gezogen hat und wie sie mit den Einwendungen umgeht.

(Beifall bei den GRÜNEN und der FDP)

(Martin Bill)

Der FDP-Antrag hat ganz richtig geschrieben – darüber haben wir auch schon einmal diskutiert –, dass es noch weitere Fristen gibt, die im Wasserhaushaltsgesetz stehen. Auch die wird Hamburg umsetzen müssen. Wir sollten schon einmal diskutieren, wie wir es verhindern, dass sich das Kommunikationsdesaster vom Sommer nicht noch einmal wiederholt, sondern wie wir es schaffen, die Beteiligten rechtzeitig zu hören, mit ihnen zusammen ein langfristiges Konzept zu entwickeln und auch die Abstimmungen mit den umliegenden Ländern zustande bringen.

Wir müssen auch die ökologische Qualität der Flüsse anpacken, das steht ebenfalls im Wasserhaushaltsgesetz. Es wäre gut, auch das in ein Gesamtkonzept zu integrieren. Da könnten wir im Übrigen – jetzt komme ich zum Ergänzungsantrag der SPD – sehr gut die angekündigte Drucksache zum Regenwassermanagement diskutieren und auch Zwischenergebnisse aus dem Aktionsplan der Klimaanpassung in solch eine Diskussion einfließen lassen.

Deswegen auch mein Plädoyer für eine Überweisung dieser Anträge an den Ausschuss. Sollte es zur Abstimmung in der Sache kommen, stimmen wir dem FDP-Antrag zu.

(Beifall bei *Finn-Ole Ritter FDP*)

Der SPD-Antrag beschreibt einen kleinsten gemeinsamen Nenner; auch dem stimmen wir nach parlamentarischen Gepflogenheiten zu.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei *Martina Kaesbach FDP*)

Präsidentin Carola Veit: Nun bekommt Frau Heyenn von der Fraktion DIE LINKE das Wort.

Dora Heyenn DIE LINKE:* Das Hochwasserrisiko steigt. Über den Klimawandel und seine Folgen müssen wir nicht mehr reden, das ist eben schon ausführlich gemacht worden. Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt hat für ganz Hamburg die Gebiete errechnet, die bei Hochwasser, zum Beispiel in einem Binnengewässer nach starken Regenfällen, wahrscheinlich überflutet werden. Klimabedingt steigt das Hochwasser nämlich nicht nur an den Hamburger Deichen. So müssen wir mit intensiveren und häufigeren extremen Niederschlagsereignissen rechnen, bei denen Flüsse und Kanalisation deutlich mehr Wassermengen bewältigen müssen. Zusätzliche Ursachen für verstärkte Wassermassen wie Flächenversiegelung, Flächenverdichtung, Drainierung zum schnellen Abfluss des Wassers, Verlust von Überflutungsflächen müssen geklärt werden, und dazu – hier hat die FDP recht – brauchen wir ein Hochwasserschutzgesamtkonzept, und zwar ein integriertes. Die Maßnahmen müssen sowohl ökonomisch als auch ökologisch sinnvoll sein. Dazu gehören zum Bei-

spiel naturnahe Maßnahmen wie die Renaturierung von Auen, ein Stopp bei der Flächenversiegelung, den Rückhalt des Wassers in der Landschaft und eine angepasste Siedlungsentwicklung, um die Folgekosten von Hochwasser verträglich zu halten.

Der Antrag der FDP-Fraktion geht in die richtige Richtung, wir stimmen ihm aber nicht in jedem Punkt zu. Drei Punkte können wir nicht mittragen, aber ansonsten war das ein guter Impuls.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Finn-Ole Ritter FDP – Dr. Andreas Dressel SPD*: Oh, ein Ritterschlag!)

Präsidentin Carola Veit: Vielen Dank. – Gibt es weitere Wortmeldungen? – Dann können wir zur Abstimmung kommen.

Wer stimmt zunächst einer Überweisung der Drucksache 20/13164 federführend an den Stadtentwicklungsausschuss und mitberatend an den Umweltausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist das Überweisungsbegehren abgelehnt.

Wir stimmen in der Sache ab, zunächst zum FDP-Antrag. Die CDU-Fraktion möchte die Ziffer 1.f und die Fraktion DIE LINKE, wie eben gehört, die Ziffern 1.c, d, und g separat abstimmen lassen.

Wer möchte also dem FDP-Antrag mit Ausnahme der Ziffern 1.c, d, f und g seine Zustimmung geben? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist das abgelehnt.

Wer möchte die Ziffern 1.c, d und g annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Auch das ist das abgelehnt

Wer möchte Ziffer 1.f seine Zustimmung geben? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit sind alle Ziffern abgelehnt.

Wir kommen zum SPD-Antrag aus Drucksache 20/13290.

Wer möchte diesen annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann hat dieser Antrag eine Mehrheit gefunden.

Punkt 26, Drucksache 20/13161, Antrag der Fraktion DIE LINKE: Wohnen statt Unterbringen: endlich ein nachhaltiges Konzept auf den Weg bringen, das menschengerechtes Wohnen für alle zum Ziel hat.

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 20/13275 ein Antrag der GRÜNEN Fraktion vor.

[Antrag der Fraktion DIE LINKE: Wohnen statt Unterbringen: endlich ein nachhaltiges Konzept auf den Weg bringen, das

(Präsidentin Carola Veit)

menschengerechtes Wohnen für alle zum Ziel hat

– Drs 20/13161 –]

**[Antrag der GRÜNEN Fraktion:
Schaffung einer unabhängigen Kommission für die öffentliche Unterbringung und die Zentrale Erstaufnahme**

– Drs 20/13275 –]

Uns hat die Information erreicht, dass die Fraktionen sich geeinigt haben, diese Anträge zu vertagen? – Das ist so.

Dann kommen wir zu Punkt 31, Drucksache 20/13166, Antrag der CDU-Fraktion: Keine Verlegung des bestehenden Radwegs in der Shanghaiallee in der HafenCity.

**[Antrag der CDU-Fraktion:
Keine Verlegung des bestehenden Radwegs in der Shanghaiallee (HafenCity)**

– Drs 20/13166 –]

Dieser Antrag ist zurückgenommen, also entfällt Debatte und Abstimmung.

Punkt 4, Drucksache 20/13095, Bericht des Eingabenausschusses.

**[Bericht des Eingabenausschusses:
Eingaben**

– Drs 20/13095 –]

Zunächst zu Ziffer 1.

Wer möchte sich der Empfehlung anschließen, die der Eingabenausschuss zur Eingabe 495/14 abgegeben hat? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist dann einstimmig so beschlossen.

Wer möchte der Empfehlung zur Eingabe 515/14 folgen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Auch das war einstimmig.

Wer möchte sich darüber hinaus den Empfehlungen zu den übrigen Eingaben anschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Auch das war einstimmig.

Von den Ziffern 2 bis 4 hat die Bürgerschaft Kenntnis genommen.

Die in der Geschäftsordnung für bestimmte Punkte der Tagesordnung vorgesehene

Sammelübersicht***

haben Sie erhalten.

Ich stelle fest, dass Sie die unter A aufgeführten Drucksachen zur Kenntnis genommen haben.

Wer stimmt den Überweisungsbegehren unter B zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Auch diese Überweisungen sind einstimmig erfolgt.

Wir kommen zu Punkt 14, Drucksache 20/13144, Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft: Bürgerschaftliches Ersuchen vom 28. August 2013: "Langjährige Sozialbindungen auch in nachgefragten Stadtvierteln anbieten!"

[Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:

Bürgerschaftliches Ersuchen vom 28. August 2013: "Langjährige Sozialbindungen auch in nachgefragten Stadtvierteln anbieten!" – Drs. 20/8958

– Drs 20/13144 –]

Diese Drucksache möchte die GRÜNE Fraktion an den Stadtentwicklungsausschuss überweisen.

Wer möchte so verfahren? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das Überweisungsbegehren ist abgelehnt.

Ich stelle fest, dass die Bürgerschaft Kenntnis genommen hat.

Punkt 15, Drucksache 20/13044, Bericht des Ausschusses für Justiz, Datenschutz und Gleichstellung: Entwurf eines Achten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über das Hamburgische Verfassungsgericht.

[Bericht des Ausschusses für Justiz, Datenschutz und Gleichstellung über die Drucksache 20/9559:

Entwurf eines Achten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über das Hamburgische Verfassungsgericht (Senatsantrag)

– Drs 20/13044 –]

Wer möchte sich der Ausschussempfehlung anschließen und das Achte Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das Hamburgische Verfassungsgericht mit der vom Ausschuss empfohlenen Änderung beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist das einstimmig beschlossen worden.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

(Präsidentin Carola Veit)

Das tut er. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Den sehe ich nicht.

Wer will das soeben in erster Lesung beschlossene Gesetz auch in zweiter Lesung beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das Gesetz auch in zweiter Lesung einstimmig und somit endgültig beschlossen.

Punkt 20, Drucksache 20/13151, Antrag der SPD-Fraktion: "Sanierungsfonds Hamburg 2020": Ausfinanzierung wichtiger Stadtteilprojekte im Bezirk Wandsbek.

**[Antrag der SPD-Fraktion:
"Sanierungsfonds Hamburg 2020": Ausfinanzierung wichtiger Stadtteilprojekte im Bezirk Wandsbek (Get-to in Hohenhorst und BRAKULA in Bramfeld)
– Drs 20/13151 –]**

Wer möchte diesem Antrag seine Zustimmung geben? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Auch das war einstimmig.

Es bedarf auch hier einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Das tut er. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Den sehe ich nicht.

Wer will den soeben in erster Lesung gefassten Beschluss auch in zweiter Lesung fassen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann haben wir das auch in zweiter Lesung einstimmig und somit endgültig beschlossen.

Punkt 21, Drucksache 20/13152, Antrag der SPD-Fraktion: WindEnergy Hamburg 2014 – Rückenwind für den Clusterstandort "Erneuerbare Energien Hamburg".

**[Antrag der SPD-Fraktion:
WindEnergy Hamburg 2014 – Rückenwind für den Clusterstandort "Erneuerbare Energien Hamburg"
– Drs 20/13152 –]**

**[Antrag der GRÜNEN Fraktion:
WindEnergy Hamburg 2014 – berichten, ehe die Luft raus ist
– Drs 20/13274 –]**

Hierzu liegt Ihnen mit Drucksache 20/13274 ein Antrag der GRÜNEN Fraktion vor.

Wer möchte zunächst diesen annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann hat dieser Antrag keine Mehrheit gefunden.

Nun zum Antrag der SPD-Fraktion.

Wer möchte diesem seine Zustimmung geben? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das war einstimmig.

Die SPD-Fraktion möchte diese Drucksache gern nachträglich an den Wirtschaftsausschuss überweisen. – Wer möchte das nicht? – Enthaltungen? – Dann ist auch diese Überweisung einstimmig erfolgt.

Wir kommen zu Punkt 25, Drucksache 20/13156, Antrag der GRÜNEN Fraktion: Deputationen abschaffen – Bürgerschaft durch Wissenschaftlichen Dienst und Budgetbüro stärken.

**[Antrag der GRÜNEN Fraktion:
Deputationen abschaffen – Bürgerschaft durch Wissenschaftlichen Dienst und Budgetbüro stärken
– Drs 20/13156 –]**

Diese Drucksache möchte die SPD gern an den Verfassungs- und Bezirksausschuss überweisen. Vonseiten der CDU-Fraktion liegt ein Antrag auf Überweisung an den Haushaltsausschuss vor.

Wer möchte die Drucksache 20/13156 an den Haushaltsausschuss überweisen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist dieses Überweisungsbegehren nicht zustande gekommen.

Wer möchte diese Drucksache an den Verfassungs- und Bezirksausschuss überweisen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das war dann einstimmig.

Punkt 27, Drucksache 20/13162, Antrag der FDP-Fraktion: Einhaltung der Schuldenbremse sichern – automatische Sanktionsmechanismen einführen.

**[Antrag der FDP-Fraktion:
Einhaltung der Schuldenbremse sichern – automatische Sanktionsmechanismen einführen
– Drs 20/13162 –]**

Die FDP-Fraktion möchte diese Drucksache gern an den Haushaltsausschuss überweisen.

Wer folgt diesem Überweisungsbegehren? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist das Überweisungsbegehren abgelehnt.

Wir stimmen über den FDP-Antrag in der Sache ab, was die Fraktionen der SPD und GRÜNEN gern ziffernweise tun möchten.

(Präsidentin Carola Veit)

Wer möchte also zunächst den Ziffern 1 und 2 des FDP-Antrags folgen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist dann mit großer Mehrheit so beschlossen.

Wer möchte die Ziffern 3 und 5 annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Diese beiden Ziffern haben keine Mehrheit gefunden.

Wer möchte Ziffer 4 seine Zustimmung geben? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann hat auch Ziffer 4 keine Mehrheit gefunden.

Wir können zu Punkt 28 kommen, Drucksache 20/13163, ebenfalls ein Antrag der FDP-Fraktion: Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit bei der Einrichtung menschenwürdiger Unterkünfte in der öffentlichen Unterbringung gewährleisten.

**[Antrag der FDP-Fraktion:
Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit bei der Einrichtung menschenwürdiger Unterkünfte in der öffentlichen Unterbringung gewährleisten
– Drs 20/13163 –]**

Die FDP-Fraktion möchte die Drucksache gern an den Ausschuss für Soziales, Arbeit und Integration überweisen.

Wer möchte entsprechend überweisen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist das Überweisungsbegehren abgelehnt.

Wir stimmen über den FDP-Antrag in der Sache ab, was die Fraktionen der CDU und GRÜNEN gern zifferweise tun möchten.

Wer möchte also zunächst Ziffer 1 des FDP-Antrags annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Ziffer 1 ist damit abgelehnt.

Wer schließt sich den Ziffern 2, 3 und 9 an? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann sind auch diese Ziffern abgelehnt.

Wer möchte Ziffer 4 seine Zustimmung geben? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Auch Ziffer 4 ist abgelehnt.

Wer möchte die Ziffern 5, 6 und 8 annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann sind auch diese Ziffern abgelehnt.

Nun noch Ziffer 7, wer möchte dieser Ziffer folgen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann hat auch Ziffer 7 keine Mehrheit gefunden.

Wir kommen zu Punkt 30, Drucksache 20/13165, das ist ein gemeinsamer Antrag der Fraktionen der CDU, GRÜNEN, FDP und LINKEN: Aktenvorlageersuchen nach Artikel 30 Hamburgische Verfassung zur Einsichtnahme in die Verträge zu JUS-IT.

Hierzu liegt Ihnen mit Drucksache 20/13273 ein Antrag der SPD-Fraktion.

**[Antrag der Fraktionen der CDU, GRÜNEN, FDP und LINKEN:
Aktenvorlageersuchen nach Artikel 30 Hamburgische Verfassung zur Einsichtnahme in die Verträge zu JUS-IT
– Drs 20/13165 –]**

**[Antrag der SPD-Fraktion:
Aktenvorlageersuchen nach Artikel 30 Hamburgische Verfassung zur Einsichtnahme in die Verträge zu JUS-IT
– Drs 20/13273 –]**

Ich stelle zunächst fest, dass der Antrag aus Drucksache 20/13165 mit dem nach Artikel 30 der Hamburgischen Verfassung erforderlichen Quorum gestellt worden ist. Das Aktenvorlageersuchen ist somit wirksam zustande gekommen.

Nun zum Antrag der SPD-Fraktion aus Drucksache 20/13273.

Ich stelle fest, dass auch dieser Antrag mit dem nach Artikel 30 der Hamburgischen Verfassung erforderlichen Quorum gestellt worden ist. Somit ist auch dieses Aktenvorlageersuchen wirksam zustande gekommen.

Wird hierzu noch das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Meine Damen und Herren! Dann darf ich uns allen einen schönen Feierabend wünschen.

Ende: 20.40 Uhr

Hinweis: Die mit * gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise vom Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

Anlage**Sammelübersicht** gemäß § 26 Absatz 5 GO

für die Sitzung der Bürgerschaft am 8. Oktober 2014

A. Kenntnisnahmen

TOP	Drs.-Nr.	Gegenstand
5	12826	EU-Beihilfen – Fragen der EU-Kommission zur HPA
11	13138	Bürgerschaftliches Ersuchen vom 7. November 2013: "Radverkehr fördern – Mehr Sicherheit für alle und mehr Platz für den Rad- und Fußverkehr" – Drs. 20/9679
12	13141	23. Ostseeparlamentarierkonferenz (Baltic Sea Parliamentary Conference – BSPC) vom 24. bis 26. August 2014 in Olsztyn, Polen
13	13142	Bürgerschaftliches Ersuchen vom 25. August 2011: "Für Transparenz auf dem Ausbildungsmarkt – Ausbildungsberichterstattung fortschreiben" – Drs. 20/1219 (Neufassung)
16	13045	Bericht des Haushaltsausschusses
17	13097	Bericht des Kontrollgremiums nach dem Gesetz zur Umsetzung von Artikel 13 Absatz 6 Grundgesetz
18	13018	Bericht der Härtefallkommission

B. Einvernehmliche Ausschussüberweisungen

TOP	Drs.-Nr.	Gegenstand	auf Antrag der	Überweisung an
19	13109	Keine Abschiebung in Ebola-Gebiete	SPD	Innenausschuss
24	13155	Deutsche Gebärdensprache schrittweise in den Hamburger Schulen etablieren!	SPD	Schulausschuss